



Hochschule Neubrandenburg
University of Applied Sciences

Zwischen Engagement und Bedrohung:

Rechtsextreme Einflussnahmen und Schutzstrategien im
Ehrenamt Mecklenburg-Vorpommerns

Masterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades

„Master of Arts“(M.A.)

Im Studiengang

**Beratung – Psychosoziale Beratung in den Handlungsfeldern Soziale
Arbeit/Sozialpädagogik, Bildung und Erziehung**

des Fachbereiches

Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung

an der

Hochschule Neubrandenburg – University of Applied Sciences

Vorgelegt von: Anisa Smajovic

Betreuer*in: Prof.in Dr. Christine Krüger

Zweitbetreuer*in: Prof.in Dr. Júlia Wéber

URN-Nummer: urn:nbn:de:gbv:519-thesis2025-0561-1

Tag der Einreichung: 05.02.2026

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung und Zielsetzung	1
2 Hinführung zum Thema	4
3 Begriffsdefinitionen	6
3.1 Rechtsextremismus und Extremismustheorie	7
3.2 Extreme Rechte	9
4 Einflussnahmen durch extrem rechte Akteur*innen	11
4.1 Strukturen angreifen	13
4.2 Bedrohen	15
4.3 Sozialräumliche Inszenierungen	17
4.4 Agenda Setting	18
5 Aktueller Forschungsstand	21
5.1 Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern.....	24
5.2 Rechtsextreme Einflussnahmen und Bedrohungen für die Zivilgesellschaft	29
5.3 Schutz-, Resilienz- und Präventionsfaktoren	36
6 Methodisches Vorgehen	39
6.1 Datenerhebung	40
6.2 Datenauswertung.....	41
7 Empirische Ergebnisse.....	42
7.1 Struktur und Zusammensetzung des Ehrenamtes.....	42
7.2 Einstellungen und Konflikte im Ehrenamt.....	47
7.3 Rechtsextreme Einflussnahmen und Diskursverschiebung	50
7.4 Rechtsextreme Strategien und Bedrohungsverhalten	53
7.5 Spezifika des ländlichen Raums und regionale Kontexte	57
7.6 Besonders gefährdete Bereiche des Ehrenamts	59
7.7 Rolle des christlichen Trägers und Teamkultur	62
7.8 Gegenstrategien und institutionelle Maßnahmen	62
7.9 Zusammenfassung der Kerninhalte	66
8 Fazit und Ausblick	68
Quellenverzeichnis	71

1 Einleitung und Zielsetzung

Ehrenamtliches Engagement ist in Mecklenburg-Vorpommern allgegenwärtig. In Sportvereinen, der Nachbarschaftshilfe, Jugendarbeit oder im Brand- und Katastrophenschutz engagieren sich immer mehr Menschen und prägen das gesellschaftliche Miteinander. Gerade der letzte genannte Engagementbereich verdeutlicht die enorme Bedeutung des Ehrenamtes als stützende Säule der Gesellschaft in Deutschland, denn rund 95 % aller Feuerwehkräfte sind hierzulande ehrenamtlich organisiert (vgl. Malteser Hilfsdienst e.V.). Kaum vorstellbar welche dramatischen Folgen es hätte, wenn dieses Ehrenamt plötzlich diesen Dienst am Gemeinwohl einstellen würde. Die Versorgungslücken gerade im ländlichen Raum wären von enormem Ausmaß und die kommunale Sicherheitsinfrastruktur wäre massiv destabilisiert. Doch auch das Ehrenamt als stützende Säule der Demokratie, politischen Partizipation und des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der damit verbundene Gemeinwohlgedanke wird zunehmend durch rechtsextreme Einflussnahmen bedroht und / oder unterwandert. Diese Einflussnahmen reichen von strategischer Unterwanderung, über diskursive Verschiebungen, bis hin zu Bedrohungen gegenüber Engagierten und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen.

Ein Beispiel für diese Entwicklungen liefert der Verein *Neustart Kranichland* in Ribnitz-Damgarten (Mecklenburg-Vorpommern). Im Juni 2022 wurde dieser Verein neu gegründet und erwies sich als Einflussnahme rechtsextremer Akteur*innen auf die Zivilgesellschaft. So konnten Verbindungen der führenden Mitglieder zu rechtsextremen Strukturen wie der Identitären Bewegung und der AfD nachverfolgt werden (vgl. Katapult MV 2024). Ein weiteres aktuelles Beispiel für diese Entwicklung liefert die Jugendorganisation der AfD *Die junge Alternative*. 2023 wurde diese Organisation in einigen Bundesländern als gesichert rechtsextrem eingestuft (vgl. Katapult MV 2024). Mit öffentlichen Aktionen wie etwa einer Mahnwache auf Rügen unter dem Leitspruch „Das Boot ist voll“ wurde hierbei von Seiten der Akteur*innen zur sogenannten „Remigration“ aufgerufen (vgl. Katapult MV 2024).

Aus diesen zwei Beispielen lässt sich bereits ableiten, dass zum einen rechtsextreme Akteur*innen gezielt Vereine und Initiativen nutzen, um ihre rechtsextremen Ideologien zu verbreiten. Zum anderen zeigt gerade das zweite Beispiel auch, dass diese Einflussnahmen im Ehrenamt gerade durch das ehrenamtliche Engagement gesellschaftliche Anerkennung und Reichweite für rechtsextreme Narrative generieren möchten.

In dieser Masterarbeit sollen diese extrem rechten Einflussnahmen im Feld des Ehrenamtes und bürgerschaftlichen Engagements in Mecklenburg-Vorpommern genauer betrachtet und untersucht werden. Ebenso steht hierbei im Fokus, welche Schutz- und Gegenstrategien Akteur*innen in der Praxis entwickeln, um demokratische Werte, Vereinszwecke und ein respektvolles Miteinander zu schützen.

Mithilfe von Expert*inneninterviews von Fachkräften aus Vereinen und Verbänden sollen die folgenden Forschungsfragen bearbeitet werden: „Welche wahrgenommenen Erfahrungen bezüglich rechtsextremer Einflussnahmen existieren bei Akteur*innen im Ehrenamt und bürgerschaftlichen Engagement in Mecklenburg-Vorpommern, und welche Strategien entwickeln diese Akteur*innen zum Schutz ihrer Mitglieder und zur Wahrung ihrer Werte und Ziele angesichts dieser Einflussnahmen?“

Methodisch wird die Forschungsfrage mithilfe leitfadengestützter Expert*inneninterviews bearbeitet. Die Auswertung erfolgt entlang einer qualitativen Inhaltsanalyse um Wahrnehmungen, Deutungsmuster, Konfliktodynamiken und konkrete Handlungs- und Schutzstrategien systematisch zu erfassen.

Im zweiten Kapitel „Hinführung zum Thema“ möchte ich zunächst einen Überblick über die aktuelle Situation des Ehrenamtes in Deutschland und spezifisch in Mecklenburg-Vorpommern verschaffen. Hierbei wird zunächst der Anteil der ehrenamtlichen Beteiligung in Deutschland und spezifisch Mecklenburg-Vorpommern skizziert und im Anschluss kurz die Bedeutung vom Ehrenamt für unsere Zivilgesellschaft beschrieben. Ebenso wird kurz aufgegriffen, ab wann ein ehrenamtliches Engagement Demokratie schädigend sein kann. In dem darauffolgendem Unterkapitel 2.1 wird der Begriff „Extreme Rechte“ zunächst definiert. Anschließend im Unterkapitel 2.2 wird der Begriff der „Einflussnahme“ definiert.

In Kapitel drei „Begriffsdefinitionen“ werden zentrale Arbeitsbegriffe geklärt. Hierzu wird zunächst das Spannungsfeld um den Begriff „Rechtsextremismus“ umrissen, sowie einschlägige Kontroversen im Hinblick der Extremismustheorie aufgegriffen. Anschließend wird der Begriff „Extreme Rechte“ als analytische Kategorie eingeordnet und von angrenzenden Konzepten abgegrenzt.

Kapitel vier „Einflussnahmen durch extrem rechte Akteur*innen“ beschäftigt sich mit typischen Einflussnahmestrategien gegenüber zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Strukturen. Dabei werden unterschiedliche Vorgehensweisen wie „das Angreifen von Strukturen“, „Bedrohungsverhalten“, „sozialräumliche Inszenierung“ und Formen des „Agenda Settings“ beschrieben, um eine Grundlage für die spätere empirische Auswertung zu ermöglichen.

Anschließend wird im Kapitel fünf der aktuelle Forschungsstand dargestellt. Hierbei werden der Forschungsstand zum Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern sowie zu rechtsextremen Einflussnahmen und Bedrohungen gegenüber der Zivilgesellschaft gebündelt. Darüber hinaus werden Erkenntnisse zu Schutz-, Resilienz- und Präventionsfaktoren zusammengeführt, welche als Bezugspunkte für die Einordnung der empirischen Ergebnisse dienen.

Das Kapitel sechs befasst sich mit dem methodischen Vorgehen dieser Masterarbeit. Hierzu wird zunächst die Erstellung des Leitfadens, Auswahl der Interviewpartner*innen, Durchführung der Leitfadeninterviews und die darauffolgende Transkription mit den dazugehörigen Regeln beschrieben. Im Kapitel 6.1 wird vertiefend auf die Datenerhebung in Form der leitfadengestützten Expert*inneninterviews eingegangen. Abschließend wird im Kapitel 6.2 auf die Datenerhebungsmethode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring eingegangen, welche zur Auswertung der Interviews genutzt wurde.

In Kapitel sieben werden die empirischen Ergebnisse der Leitfadeninterviews dargestellt. Hierzu werden die Ergebnisse aus den Leitfadeninterviews in den nachfolgenden Unterkapiteln 7.1 bis 7.8 entlang der thematischen Schwerpunkte Strukturmerkmale des Ehrenamtes, der Konflikte und Einstellungen, wahrgenommene rechtsextreme Einflussnahmen, spezifische Bedrohungsformen sowie regionalen Besonderheiten herausgearbeitet. Darüber hinaus werden Gegenstrategien, institutionelle Maßnahmen und praxisnahe Schutzfaktoren systematisiert und zusammengeführt. Im Unterkapitel 7.9 werden die wichtigsten Kerninhalte der Ergebnisse aus beiden Interviews noch einmal kompakt zusammengefasst.

Abschließend werden im Kapitel acht die zentralen Befunde im Hinblick auf die Forschungsfrage zusammengefasst. Die Befunde werden hierbei eingeordnet, um im Anschluss eine Schlussfolgerung für die Praxis, Prävention und weiteren Forschungsbedarfen abzuleiten.

2 Hinführung zum Thema

Bundesweit engagierten sich rund 28,8 Millionen Menschen ehrenamtlich, wie der deutsche Freiwilligensurvey von 2019 zeigt. Eine Zahl, die im Vergleich zum Jahr 1999 um 10 % gestiegen ist (vgl. Simonson et al. 2021: 1). Rund 38 % der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern ab dem 14. Lebensjahr engagierten sich im Jahr 2019 freiwillig in einem Ehrenamt (vgl. Holtmann et al. 2023: 196).

Die meiste Beteiligung bundesweit und auch in Mecklenburg-Vorpommern wurde im Bereich „Sport- und Bewegung“ mit einem Anteil von 15 % gemessen. Am zweithäufigsten engagieren sich die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern in den Bereichen Schule, Kindergarten, Freizeit und Geselligkeit, Kultur und Musik, sowie im sozialen Bereich. Hierbei deckt sich der prozentuale Anteil der Beteiligung zum größten Teil mit den anderen Bundesländern. Abweichungen gibt es jedoch in den Bereichen der „kirchlichen-religiösen“ Beteiligung und im Bereich „Freizeit und Geselligkeit“. Während der „kirchlich-religiöse“ Bereich mit 4 % deutlich niedriger als im Gesamtvergleich zu den anderen Bundesländern ausfällt, ist der Bereich „Freizeit und Geselligkeit“ von den Befragten aus dem Freiwilligensurvey öfter angegeben worden als in den restlichen Bundesländern. Ebenfalls auffällig ist es, dass es in Mecklenburg-Vorpommern einen generellen erheblichen Anstieg vom freiwilligen Engagement gibt. Im Jahr 1999, zu Beginn des Surveys, lag die Quote der Beteiligung noch bei 25 %, was im Ländervergleich sehr niedrig ausfiel. So ist der Anteil vom freiwilligen Engagement in den Jahren von 1999 bis 2019 um fast 13 Prozent gestiegen (vgl. Holtmann et al. 2023: 196 f).

Da diese Masterarbeit sich mit dem Thema rechtsextreme Einflussnahmen von rechtsextremen Akteur*innen auf das Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt, ist es von großer Relevanz die Statistiken und Ergebnisse des Surveys in Bezug auf Menschen mit Fluchterfahrung und / oder Menschen mit Migrationshintergrund einzubeziehen. In den fünf Jahren vor dem Befragungszeitraum im Jahr 2019 engagierten sich in Mecklenburg-Vorpommern rund 10 % der befragten Personen für geflüchtete Menschen. Im direkten Bundesvergleich entspricht dies einem Platz im untersten Drittel aller Bundesländer. Im Vergleich aller fünf ostdeutschen Flächenländer belegt Mecklenburg-Vorpommern jedoch den zweiten Rang (vgl. Holtmann u.a. 2023, S.201)

Aus den zuvor beschriebenen Zahlen wird die Bedeutung vom Ehrenamt gerade in einem ländlichen Raum wie Mecklenburg-Vorpommern deutlich. So prägt es nicht nur das soziale Zusammenleben in unserer Gesellschaft, sondern schafft gleichzeitig einen

Raum für Selbstverwirklichung, Teilhabe und auch politische Partizipation. Laut dem Freiwilligensurvey von 2019 beteiligt sich etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung an relevanten Einflussnahmen von politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. So geben 49,2 % der Bevölkerung an, mindestens eine der nachfolgenden Formen politischer Partizipation im Ehrenamt auszuüben: Teilnahme an einer Demonstration, Kontakt zur Politik, Mitarbeit in einer politischen Organisation, Teilnahme an Unterschriftenaktionen oder der Aufruf und Durchführung von Boykott bestimmter Produkte (vgl. Arriagada / Tesch-Römer 2021: 263). Somit ist das Ehrenamt auch ein Ort an dem Menschen die Gesellschaft politisch mitgestalten. Das Engagement ist hierbei vielfältig und reicht von lokalem Vereinsleben bis hin zur politischen Beteiligung und / oder Aktivismus. Hierbei orientiert sich freiwilliges Engagement idealerweise am Gemeinwohl. Dieses Gemeinwohl ist jedoch nicht eindeutig definiert, sondern stellt ein Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungen dar (vgl. Simonson et al. 2021: 11). Dadurch kann freiwilliges Engagement auch problematische Formen annehmen, welche zwar aus individueller Perspektive für einzelne Akteur*innen gemeinwohlorientiert ist, der Demokratie und der Gesellschaft jedoch mehr schadet, statt zu fördern. Dies ist der Fall, wenn demokratiefeindliche Ziele verfolgt werden, die zur Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen aufrufen oder Strukturen unterwandern (vgl. Simonson et al. 2021: 16). Mit Unterwanderung ist in diesem Zusammenhang gemeint, dass Personen gezielt Organisationen, Vereinen oder Verbänden beitreten und nicht den offiziellen Vereinszweck unterstützen, sondern viel mehr, um den eigenen Einfluss zu stärken und eigene, zumeist versteckte, Ziele durchzusetzen.

3 Begriffsdefinitionen

Innerhalb des Forschungsfeldes der Rechtsextremismusforschung und Demokratieforschung existieren unterschiedliche Begriffe zum Thema Rechtsextremismus, welche die verschiedenen Strömungen, Bedeutungen, ideologischen Nuancierungen und Strategien kenntlich machen sollen. Hierbei wird deutlich, dass rechtsextreme Strömungen nicht statisch sind und sich immer wieder dynamisch verändern und sich in ihrem Auftreten, sowie ihrer Organisation stetig umgestalten und / oder anpassen (vgl. Tuschling 2024; Gille / Krüger / Weber 2022: 17). Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen, extremen Rechten und / oder anderen Extremismusformen nutzt eine Vielzahl an disziplinären Zugängen. So sind die verwendeten Begrifflichkeiten nicht immer miteinander analog. Dieses Merkmal unterscheidet dieses Forschungsfeld jedoch nicht zwangsläufig von anderen. Dass die Begriffe und theoretischen Perspektiven zur Beschreibung, Ordnung, Erklärung und teilweise Bewertung empirischen Materials besonders mit Handlungspraxen und politischen Kontroversen verwoben sind, stellt hierbei jedoch ein markantes Charakteristikum des Forschungsfeldes dar (vgl. Virchow 2016: 13).

Im nachfolgenden Kapitel möchte ich zentrale Begriffe definieren und näher erläutern, welche für das Verständnis der Thematik dieser Masterarbeit von großer Bedeutung sind. Ziel ist es eine terminologische Grundlage zu schaffen, um die Bedeutungen der einzelnen Strömungen und Konzepte, sowie ihre Abgrenzungen voneinander und Übereinstimmungen zueinander zu verdeutlichen. Diese begriffliche Klärung ist insofern notwendig, um zunächst ein grundlegendes Verständnis für die im weiteren Verlauf behandelten Zusammenhänge zu ermöglichen und des Weiteren eine Basis für eine präzise Analyse zu legen. Gerade im Kontext der späteren Auseinandersetzung mit Einflussnahmen durch extrem rechte Akteur*innen auf das Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern ist es essenziell wichtig, die verwendeten Begriffe eindeutig zu bestimmen, um Missverständnisse zu vermeiden und eine differenzierte Betrachtung gewährleisten zu können. Darüber hinaus wird durch die systematische Begriffsbestimmung erkenntlich, welche Dynamiken, Strategien und Mechanismen den Einflussversuchen zugrunde liegen. Mithilfe dieser Grundlage lassen sich die unterschiedlichen Strategien und Handlungsweisen extrem rechter Akteur*innen im Hinblick auf das Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement nachvollziehen und in ihrer Tragweite adäquat einordnen. Somit fungiert dieses Kapitel als notwendige Vorbereitung für die spätere Analyse der im empirischen Teil dieser Masterarbeit erhobenen Daten.

3.1 Rechtsextremismus und Extremismustheorie

Im deutschsprachigen wissenschaftlichen und politischen Diskurs hat sich besonders der Begriff des „Rechtsextremismus“ etabliert. Mitte der 1970er Jahre löste der Begriff „Rechtsextremismus“ den damals gebräuchlichen Begriff „Rechtsradikalismus“ ab (vgl. Jenke 1973; Scheuch / Klingemann 1967, zit. nach Virchow 2016: 14). In der Praxis wurde der Begriff unter anderem auch von den Innenministerien aufgegriffen und dazu genutzt zwischen verfassungswidrigem (Rechtsextremismus) und dem noch verfassungsgemäßen (Rechtsradikalismus) zu differenzieren (vgl. Flechtheim 1970, zit. nach Virchow 2016: 14). Hierbei handelt es sich jedoch nicht um einen juristischen Begriff, sondern um eine von Sicherheitsbehörden entwickelte Ordnungskategorie (vgl. Virchow 2016: 14).

Die Politikwissenschaftlerin und Soziologin Paula Tuschling beschreibt Anhänger*innen des Rechtsextremismus wie folgt: *„Als rechtsextrem werden einzelne Personen, (organisierte) Gruppen, Bewegungen oder Parteien bezeichnet, die mit ihren politischen Einstellungen, Zielen und ihrem Verhalten einer Ideologie der Ungleichheit von Menschen folgen“* (Tuschling 2024). Des Weiteren schreibt Tuschling, dass die Akteur*innen von Rechtsextremismus Gewalt oftmals als legitimes Instrument sehen, um die eigenen politischen Ziele zu verfolgen und durchzusetzen. Hierbei lehnen rechtsextreme Akteur*innen sowohl das Basiskonzept der Demokratie und die damit zusammenwirkende offene, plurale Gesellschaftsordnung, als auch die Vorstellung allgemein geltender Menschenrechte ab. Die Akteur*innen kategorisieren die oben genannten Menschen aufgrund von ethnischen Zugehörigkeiten in homogene, unveränderliche Kollektive ein. In dieser Ideologie sollen somit Kollektive bewusst voneinander getrennt werden. Laut Tuschling sind die wesentlichen Merkmale von Rechtsextremismus völkisches Denken, Rassismus und Antisemitismus. Jedoch ist das Aufkommen von anderen exkludierenden und gruppenbezogenen menschenfeindlichen Formen, wie zum Beispiel Queerfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit oder Islamfeindlichkeit ebenfalls keine Seltenheit (vgl. Tuschling 2024).

„Rechtsextremismus“ ist in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung eng verknüpft mit der Extremismustheorie. Bekannte Vertreter dieser Theorie sind beispielsweise Eckhard Jesse, Uwe Backes und Armin Pfahl-Traugber. Ausgehend von diesem Ansatz lehnt der Extremismus den demokratischen Staat und dessen grundlegenden Werte und Normen ab (vgl. Backes / Jesse 1993: 40). Nach dieser Theorie zählt unter Extremismus neben dem in dieser Arbeit thematisierten Rechtsextremismus, jegliche andere Formen von Extremismus wie beispielsweise Linksextremismus, Islamismus, Ökoterrorismus oder Radikalfeminismus (vgl. Jesse 2004: 7 ff). Nach den zuvor genannten Vertretern

dieser Theorie teilen sich jegliche Formen von Extremismus bestimmte Charakteristika. So ist Extremismus gekennzeichnet durch die Annahme der eigenen Sichtweise als absolute Wahrheit, das Anstreben zentrale gesellschaftliche Bereiche nach der eigenen Ideologie auszurichten, ein deterministisches Verständnis von Geschichte, die Konzentrierung auf ethische oder nationale Identität und eine zweigeteilte Denkstruktur, welche zwischen „wir“ und „die Anderen“ unterscheidet (vgl. Pfahl-Traugber 2013: 33 f.).

„Die Rechtsextremismustheorie wurde in den 1980er Jahren entwickelt – und ist seither in der Wissenschaft umstritten.“ (bpb 2014: 00:00:05)

Kritisch betrachtet wird, nach Butterwegge, dass in der Extremismustheorie politische Extreme, von zum Beispiel Links und Rechts, gleichgesetzt werden. Laut Butterwegge blendet die Extremismustheorie die politischen Inhalte beider Richtungen aus und setzt dadurch zwei unterschiedliche und gegensätzliche Phänomene miteinander gleich. So kritisiert Butterwegge, dass es nicht zielführend und inadäquat ist, Phänomene gleichzusetzen, die sich im Kern nicht decken. Vielmehr müssten Phänomene miteinander verglichen werden, die über mehr Übereinstimmungen miteinander verfügen (vgl. bpb 2014: 00:02:18). Möller ergänzt, dass das Wort „Extremismus“, welches sowohl bei Rechts- als auch bei Linksextremismus verwendet wird, voraussetzt, dass es bei beiden Begriffen eine Gleichsetzung gibt. Dies setze voraus, dass das gleiche Phänomen besteht im Bezug der Abweichung zur politischen Mitte (vgl. bpb 2014: 00:02:55). Ebenso gibt er zu bedenken *„[...] Wenn aber der Extremismus in der Mitte zuhause ist, macht dieser Begriff keinen Sinn mehr.“* (bpb 2014: 00:03:06). So basiert die Theorie auf dem Modell einer klar abgrenzbaren demokratischen Mitte und extremen Rändern. Dies wurde jedoch durch empirische Studien widerlegt, da rechtsextreme Einstellungen auch in der gesellschaftlichen Mitte weit verbreitet sind (vgl. Virchow 2016: 15).

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt ist die unzureichende Komplexität dieses Modells. Gesellschaftliche Ursachen und Wirkungszusammenhänge wie ökonomische Ungleichheiten, soziale Desintegration, Exklusion oder Diskriminierung werden hierbei nur gering betrachtet. Des Weiteren besteht durch die normative Konstruktion einer demokratischen „Mitte“ und die damit einhergehenden Abspaltung von den „extremen Rändern“ die Gefahr der Idealisierung dieser eben erwähnten „Mitte“. Eine solche Idealisierung kann zur Folge haben, dass gesellschaftliche Konfliktlagen und strukturelle Probleme nicht als normaler und unvermeidbarer Teil demokratischer Auseinandersetzungen verstanden werden, sondern an die Ränder verrückt werden. Hierbei besteht ebenfalls die Gefahr, dass relevante gesellschaftliche Problemlagen

ignoriert oder marginalisiert werden (vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg o.J).

Modelle wie das „Kreismodell“ oder „Hufeisenmodell“ stellen die politischen Ränder von links und rechts als gleichermaßen gefährlich dar. Dies suggeriert, dass beide Richtungen näher zusammenrücken und gleichermaßen beurteilt werden. Hierbei besteht die Gefahr, Rechtsextremismus zu verharmlosen, während das linke Spektrum stärker stigmatisiert wird. Diese konstruierte Nähe dient gleichzeitig konservativen und / oder neokonservativen Akteur*innen als Werkzeug, um rechte Gewalt, Handlungen und Ideologien zu relativieren und gleichermaßen die eigene „Mitte“ als einzig wahre Demokratie zu inszenieren (vgl. Kopke / Rensmann 2000).

Wie aus diesem Kapitel deutlich zu erkennen ist, ist der Begriff „Rechtsextremismus“ in der Wissenschaft umstritten. Aus Platzgründen und zur Wahrung des Fokus dieser Masterarbeit wurde die Behandlung der Extremismustheorie und die zugehörige Kritik auf die Kerninhalte beschränkt, welche für das Thema unmittelbar von Relevanz sind. Besonders die Thematisierung der konstruierten vermeintlichen „Mitte“, welche rechten Akteur*innen dazu verhilft rechtes Gedankengut zu verharmlosen und die Anschlussfähigkeit begünstigt, ist für die weitere Beschäftigung mit der Thematik äußerst wichtig.

3.2 Extreme Rechte

Wie zuvor bereits erwähnt verweist die breite Palette an unterschiedlichen Begriffen wie Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, extreme Rechte, neue Rechte etc. auf verschiedene Strömungen mit rechter Gesinnung, welche Überschneidungen und / oder Differenzierungen aufweisen. Der Begriff „extreme Rechte“ fungiert hierbei als Sammelbezeichnung für unterschiedliche ideologische Strömungen. Diese Strömungen teilen die Ansicht, dass soziale Hierarchien naturgegeben sind und unvermeidlich beziehungsweise erstrebenswert sind. Hierbei sind Ideologien gemeint, welche von einer kulturellen Homogenität von bestimmten Personengruppen ausgehen und den dynamischen Kulturbegriff ablehnen. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Ideologien ist das Konstruieren der Annahme eines homogenen Volkes, welche Entstehung als völlig natürlich und durch die Sozialisation in einer spezifischen Kultur angesehen wird. Dabei wird jede Veränderung oder Interaktion mit Personengruppen, welche nicht der Vorstellung des konstruierten homogenen Volkes entspricht, als Bedrohung angesehen und abgelehnt (vgl. Virchow 2018, zit. nach Gille / Krüger / Wéber 2022: 17).

Der Begriff „Extreme Rechte“ fungiert aber auch als mögliche Alternative zu dem umstrittenen Begriff des „Rechtsextremismus“. Hüttmann kritisiert am Extremismusmodell unter anderem, dass es Gesellschaft in eine „gute Mitte“ und „gefährliche Ränder“ teilt und dadurch Inhalte rechter Positionen sowie deren Verbreitung in der Mitte leichter aus dem Blick geraten. Durch den Begriff „Extreme Rechte“ rücken ideologische Inhalte wie zum Beispiel die Ablehnung von Freiheit und Gleichheit in den Mittelpunkt. Hierbei überwindet der Begriff die Vorstellung einer klar abgegrenzten „Mitte“ und verhindert gleichzeitig, dass rechte Phänomene lediglich als Randerscheinungen betrachtet werden (vgl. Hüttmann 2011: 329 ff; 342 ff).

Wie bereits anfänglich erwähnt ist die „Extreme Rechte“ ein Sammelbegriff für Organisationen, Parteien, Bewegungen, Strömungen und Milieus, welche außerhalb der demokratisch legitimierten Rechten angesiedelt sind, beziehungsweise über den Rahmen demokratischer Rechtsparteien hinausgehen. Braun, Geisler und Gerster fassen darunter Akteure des Rechtsextremismus (im Sinne des Verfassungsschutzes) ebenso wie das rechtsradikale Spektrum sowie Teile der „Neuen Rechten“, sofern verfestigte inhaltliche und strukturelle Bindungen bestehen (vgl. Braun / Geisler / Gerster 2009: 15 f)

Der Begriff der „Extremen Rechten“ ist deutlich umfangreicher als der des „Rechtsextremismus“, da er nicht zwangsläufig die offene Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einschließt. So sind auch Akteur*innen mit einbezogen, die sich formal demokratischer Mittel bedienen, hierbei jedoch exklusive und antipluralistische Politik betreiben. Ergänzend bietet die Bewegungsforschung einen Zugang, der die „Extreme Rechte“ als soziale Bewegung beschreibt, um Heterogenität und Wandlungsprozesse in Organisation und Mobilisierung systematisch zu untersuchen (vgl. Braun / Geisler / Gerster 2009: 16)

Der Begriff „Extreme Rechte“ betont hierbei die Weltanschauung selbst, wie zum Beispiel Antipluralismus und wie zuvor bereits erwähnt die Ablehnung von Freiheit und Gleichheit als politische Prinzipien. Ebenso verbreitet ist das Festhalten am völkischen Nationalsozialismus und autoritäre Gesellschaftsvorstellungen. Hierbei wird deutlich, dass der Begriff „Extreme Rechte“ den Fokus eher auf die inhaltliche Ideologie legt und weniger das Verhältnis zum Staat und seinen Institutionen (vgl. Hüttmann 2011: 342 ff).

4 Einflussnahmen durch extrem rechte Akteur*innen

Um angemessen mit dem Thema der Einflussnahmen von der extremen Rechten auf das Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern und Schutzmaßnahmen umgehen zu können, ist es zunächst von großer Bedeutsamkeit diese Einflussnahmen zu definieren und zu analysieren, wie Akteur*innen mit rechter Gesinnung vorgehen. Im nachfolgenden Kapitel wird zunächst der Begriff der Einflussnahme erläutert. Anschließend soll aufgezeigt werden, an welchen verschiedenen Einflussnahmen sich extrem rechte Akteur*innen bedienen, wie sie vorgehen und welche Grundgedanken hierbei zum Tragen kommen. Um den Begriff „Einflussnahme“ prägnant zu erfassen, wird zunächst herausgearbeitet, welche Mechanismen und Prozesse sich hinter diesem Begriff verbergen. In der Sozialpsychologie wird der verwandte Begriff des „sozialen Einflusses“ von verschiedenen Expert*innen wie folgt beschrieben:

„Sozialer Einfluss (social influence): Veränderung von Einstellungen, Überzeugungen, Meinungen, Werten bzw. Verhaltensweisen einer Person infolge der Tatsache, dass sie mit den Einstellungen, Überzeugungen, Meinungen, Werten bzw. Verhaltensweisen anderer Menschen konfrontiert war“ (Hewstone / Martin 2023: 267)

„Social influence is the effect that the words, actions, or mere presence of other people have on our thoughts, feelings, attitudes, or behavior.“ (Aronson et al. 2019: 25)

Wenn in dieser Arbeit von Einflussnahmen durch extreme rechte Akteur*innen gesprochen wird, ist die Einwirkung von eben diesen Akteur*innen auf Angebote, Einrichtungen und Personen gemeint, die ehrenamtlich und im bürgerlichen Engagement wirksam werden. Hierbei wird zwischen selbst konzipierten Angeboten direkt von den Akteur*innen, externen Einflüssen auf schon bestehende Angebote im Ehrenamt und internen Praktiken, welche innerhalb der Organisationen rechtsextreme Diskurse und Praktiken verbreiten, unterschieden. In dieser Arbeit werden vor allem die externen Einflüsse in den Fokus gerückt und genauer betrachtet. Grund dafür ist die thematische Fokussierung auf bereits bestehende Angebote aus dem Ehrenamt und Einflussversuche durch rechte Akteur*innen, welche das Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern bedrohen. Mit externen Einflussnahmen sind alle Versuche von extrem rechten Akteur*innen gemeint, welche gezielt auf bestehende Angebote, Vereine und Initiativen aus dem Ehrenamt Einfluss nehmen, um zur Verbreitung ihrer Ideologie beizutragen. Hierbei sind alle Vorgänge miteingeschlossen, welche von einzelnen Akteur*innen, Initiativen, Parteien oder Bewegungen durchgeführt werden, welche nicht eindeutig und unmittelbar in den bestehenden Angeboten eingebunden sind (vgl. Gille / Krüger / Weber 2022: 74)

Als Grundlage der nachfolgenden Definitionen wird vorrangig das Werk „Einflussnahmen der extremen Rechten – Herausforderungen für die Soziale Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern“ von Christoph Gille, Christine Krüger und Júlia Wéber verwendet. Dort sind die Einflussnahmen im Kontext mit der Sozialen Arbeit definiert, können jedoch auf ehrenamtliches Engagement übertragen werden.

Die Definition der Einflussnahme beschreibt zunächst Mechanismen. Wie zuvor bereits beschrieben, zielt eine soziale Beeinflussung darauf ab, auf das Denken und Verhalten von Menschen einzuwirken. Dies kommt bei extrem rechter Einflussnahme beispielsweise durch Diskursverschiebung oder Normalisierung von Ideologien zustande. Solche Mechanismen sind nicht exklusiv in der professionellen Sozialen Arbeit beobachtbar, sondern greifen auch in ehrenamtlichen Vereinen, Initiativen und Projekten (vgl. Stimpel / Olk 2012: 37).

Tragender Unterschied bei der Übertragung der Definitionen der Einflussnahmen ist, dass die Soziale Arbeit natürlich einen professionelleren und institutionalisierten Rahmen beinhaltet, während das Ehrenamt auf Freiwilligkeit basiert, oftmals ressourcenschwächer und weniger formalisiert ist, was vermutlich ein Indikator dafür sein könnte, dass gleiche Mechanismen greifen, jedoch die Abwehrstrategien wohlmöglich schwächer ausgeprägt sind. Auf Grundlage dieser Gemeinsamkeiten und ähnlichen Angriffsflächen ist die Übertragbarkeit der Definition von Einflussnahmen aus der Sozialen Arbeit plausibel. Die Definitionen aus der Sozialen Arbeit können neu kontextualisiert werden.

Unter externen Einflussnahmen von extrem rechten Akteur*innen werden alle Versuche gezählt, etablierte Angebote zu beeinflussen oder zu unterwandern. Dieser Einflussversuch bezieht sich hierbei auf den Versuch die eigene rechte Ideologie in die Strukturen und Konzepte von Vereinen und Verbänden einfließen zu lassen und / oder einzelne Personen im Sinne dieser Ideologie zu beeinflussen. Hierbei werden alle Versuche und Vorgänge von extrem rechten Akteur*innen wie Parteien, Initiativen, Einzelpersonen oder Bewegungen gezählt, unabhängig vom Erfolg oder Misserfolg des Einflussversuches (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 74).

Laut Gille, Krüger und Wéber sind externe Einflussnahmen, welche auf etablierte Angebote einwirken in vier unterschiedliche Varianten aufteilbar. Die genannten Varianten sind: Strukturen angreifen, Bedrohen, sozialräumliche Inszenierungen und Agenda Setting. Diese vier Varianten wiederum können auf zwei differenzierte Ausrichtungen aufgeteilt werden. Die erste Ausrichtung ist demnach „bestehendes destabilisieren“, wozu „Strukturen“ angreifen und „Bedrohen“ zählen. Die zweite

Ausrichtung wird „Neues schaffen“ genannt und schließt „sozialräumliche Inszenierung“ und „Agenda-Setting“ ein (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 76). Nachfolgend möchte ich kurz beschreiben, was mit den beiden Ausrichtungen gemeint ist, um anschließend auf die vier Varianten kurz einzugehen. Hierbei werde ich die Definitionen aus dem Fachtext extrahieren und einige Beispiele aus dem Ehrenamt wiedergeben, um die Definitionen neu zu kontextualisieren.

Mit „Bestehendes destabilisieren“ sind Einflussnahmen gemeint, welche darauf ausgelegt sind, Einrichtungen des Ehrenamtes oder thematische Diskurse und deren Legitimität zu infiltrieren, dekonstruieren oder in Frage stellen (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 76).

Die Ausrichtung „Neues schaffen“ ist dazu ausgelegt bestehende Strukturen und Angebote inhaltlich im Sinne der Ideologie zu verändern. Somit ist diese Ausrichtung weniger auf Destruktion ausgelegt, sondern darauf Inhalte und Diskurse der Ideologie zu verbreiten oder auch im Sinne der eigenen Ideologie zu verändern. Hierbei können einzelne Beispiele jedoch auch sowohl Aspekte beider Ausrichtungen enthalten wie zum Beispiel destruktive Elemente und neue Impulse für Neuausrichtungen bestehender Thematiken (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 76).

4.1 Strukturen angreifen

Die Variante „Strukturen angreifen“ ist darauf ausgelegt Angebote des Ehrenamtes in Frage zu stellen, Finanzierungen laufender Angebote zu gefährden oder die verantwortlichen Personen aus dem Ehrenamt zu attackieren. Hinter diesem Vorgehen verbirgt sich laut Gille, Krüger und Wéber das Ziel den Fortbestand der Einrichtungen oder auch einzelne Angebote gezielt zu gefährden und ihre Arbeit zu behindern. Diese Variante tritt zumeist im institutionalisierten politischen Raum auf und beinhaltet, Diskussionen, offene Anfragen und Beschlüsse in politischen Gremien zu nutzen, um Angebote in Frage zu stellen. Hiermit verfolgen Akteur*innen das Ziel sich den offenen Diskurs zu eigen zu machen, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und Diskurse inhaltlich zu verschieben (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 76).

In einer Dunkelfeldstudie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft aus dem Jahr 2023 wird dieses Vorgehen von extrem rechten Akteur*innen bestätigt. Die Ergebnisse dieser Studie mit dem Titel „Sie versuchen uns zu lähmen - Eine Dunkelfeldstudie zum strategischen Einsatz von juristischen Mitteln durch rechtsextreme Akteur*innen gegen die Zivilgesellschaft“, zeigen einen Anstieg an juristischen Interventionen seit dem Jahr 2015. Bei diesen Interventionen handelt es sich um eine gezielte Strategie von extrem

rechten Akteur*innen, kritische Berichtserstattungen, Engagementformen oder Aktivitäten zu ver- oder behindern. Ebenso heißt es in der Berichterstattung, dass diese Art der Einflussnahme gezielt gegen vulnerable Personen oder Organisationen eingesetzt wird. Zudem berichtet die Studie darüber, dass diese Form der Einflussnahme oftmals über die direkten Betroffenen hinaus eine abschreckende Wirkung haben. So ist es zu beobachten, dass Institutionen und engagierte Menschen durch die Bedrohung derartiger Interventionen von extrem rechten Akteur*innen ihre eigenen Äußerungen oder Engagement präventiv einschränken, um nicht zur Zielscheibe rechter Gewalt zu werden (vgl. Helmert et al. 2023: 4).

Ein aktuelles Beispiel für diese Form der Einflussnahme auf das zivilgesellschaftliche Engagement zeigt sich in Neustrelitz. Medienberichten zufolge hat der Kulturausschuss unter der Mitwirkung von Vertreter*innen der CDU und AfD, beantragte Fördermittel für die „Lange Kunst- und Einkaufsnacht“ nur eingeschränkt bewilligt. Durch die formale Beanstandung und eine gemeinsame Ablehnung der Finanzierungsmittel wurden erhebliche Teile der Geldmittel für das veranstaltende „Kunsthaus“ blockiert, wodurch die Durchführung der Veranstaltung in ihrer bisherigen Form gefährdet wurde (vgl. Nordkurier 2025). In einer öffentlichen Stellungnahme der Fraktion PuLS wird die Entscheidung der Kürzung der Geldmittel massiv kritisiert:

„Seit 16 Jahren beantragt das Kunsthaus Fördermittel für die Ausrichtung der „Langen Nacht der Künste“, die den kulturellen Teil dieser Veranstaltung ausmacht. Das Veranstaltungsformat ist inzwischen etabliert und wird von den Bürgern der Stadt und Gästen zahlreich angenommen. Im Antrag steht sinngemäß, „um der lokalen Kunst- und Kulturszene eine Plattform zu geben und Neustrelitzer Bürgern einen niederschweligen und kostenfreien Zugang zu ermöglichen“. Der Antrag entspricht, wie immer, der Förderrichtlinie und enthält einen allgemein gehaltenen Finanzierungsplan, so wie es für diesen Antrag gefordert und praktikabel ist“ (Wählerversammlung PuLS Neustrelitz 2025).

SPD- Stadtvertreter Daniel Priebe äußert sich ebenfalls kritisch gegenüber der Kürzung finanzieller Mittel für die Kulturveranstaltung. So gibt er im Bericht zu denken, dass populistische Tendenzen konstruktive Arbeit gefährden, und vermutet ein politisch motiviertes Motiv des Beschlusses. Auch das Bündnis „#unteilbarmv-Solidarisches Neustrelitz“ äußert im Bericht die Vermutung einer rechtspopulistischen Tendenz hinter diesem Beschluss und begründet diese Annahme unter anderem mit der vorherigen Unterstützung und Beteiligung des Kunsthauses Neustrelitz bei der Veranstaltung des Christopher Street Days (Nordkurier 2025).

Das genannte Beispiel kann im Kontext einer möglichen politischen Einflussnahme in Form der Variante „Strukturen angreifen“ auf zivilgesellschaftliche Strukturen beziehungsweise auf ehrenamtliches Engagement hindeuten. Hierbei besteht die Vermutung, dass einzelne politische Akteur*innen, welche möglicherweise dem rechten Spektrum angehören, über finanzielle Entscheidungen versuchen, etablierte Angebote und deren Trägerorganisatoren unter Druck setzen oder schwächen.

4.2 Bedrohen

Unter der Variante „Bedrohen“ zählen alle offenen oder versteckten Versuche mithilfe von physischer oder psychischer Gewalt ehrenamtliche Einrichtungen, Vereine, Initiativen oder Personen einzuschüchtern oder zu verunsichern. Zu dieser Variante gibt es bereits eine große Vielfalt an empirischen Belegen, welche sowohl anonyme Beleidigungen wie auch körperliche Gewalt dokumentieren (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 87). Die Variante der Einflussnahmen manifestiert sich in äußerst vielfältigen Formen und Ausdrucksweisen, welche über physische Übergriffe hinausgehen und ein breites Spektrum an Bedrohungshandlungen umfassen. Eine zentrale Erscheinungsform stellt hierbei die gezielte Bedrohung von Personengruppen oder Institutionen dar, welche aus der Perspektive der extrem rechten Akteur*innen als Feindbild der eigenen Ideologie angesehen werden. Die Motive der rechten Übergriffe richten sich sowohl gegen Personengruppen, denen aus ihrer ideologisch begründeten Haltung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit heraus mit Ablehnung und Hass begegnet wird, als auch gegen Vereine, Angebote und Einrichtungen, die aus der Sicht der rechten Akteur*innen als systemfeindlich oder bedrohlich für ihre eigene ideologische Ordnung wahrgenommen werden. Die Bandbreite der Anfeindungen reicht von verbalen Angriffen, rassistischen beziehungsweise gruppenbezogenen menschenfeindlichen Beleidigungen, über psychische Einschüchterungen und Anschläge auf Gebäude, sowie Vandalismus und Sachbeschädigung. Bei den Übergriffen und Anschlägen sind häufig Vereine, Initiativen oder Begegnungsstätten betroffen, welche sich für Vielfalt, Demokratie und Inklusion einsetzen (vgl. Leber / Mertens / Küpper 2024: 2). Dies lässt sich im vorherigen Beispiel des Kulturhauses Neustrelitz und der „Langen Kunst- und Einkaufsnacht“ beobachten.

So melden einige zivilgesellschaftliche Organisationen innerhalb einer standardisierten Organisationsbefragung und geführten qualitativen Interviews der Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zurück, dass sie besonders häufig mit gezielten Einschüchterungen,

Verleumdungskampagnen und Diskriminierungen konfrontiert waren (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 8). Neben diesen unmittelbaren Angriffen treten laut der befragten Organisationen auch indirekte und latente Bedrohungen auf, welche ein Klima der Verunsicherung und Angst erzeugen. Durch den gesellschaftlichen Bedeutungszuwachs rechtspopulistischer und rechtsextremer Diskurse, insbesondere durch parlamentarische Anfragen, mediale Diffamierungen und politische Einflussnahmen wie zum Beispiel durch die AfD, wird der Effekt der Bedrohungshandlungen verstärkt und unterstützt extrem rechte Akteur*innen bei dem Versuch zivilgesellschaftliches Engagement zu delegitimieren (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 11).

Durch die Bedrohungen versuchen extrem rechte Akteur*innen die Betroffenen zu verunsichern, mit der Zielverfolgung individuelle und / oder kollektive Handlungsspielräume einzuschränken. Das gezielte Herbeiführen von Angst ist hierbei ein strategisches Mittel, um die extrem rechten Machtverhältnisse im öffentlichen Raum zu präsentieren und zu stabilisieren. Oftmals sind bei solchen Übergriffen nicht nur die direkt angegriffenen Personen betroffen, sondern auch ihr soziales und berufliches Umfeld, was zusätzlichen Druck auf die Opfer rechter Gewalt ausübt (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 12 f.).

Ein konkretes Beispiel für die Bedrohung als Variante der Einflussnahme von extrem rechten Akteur*innen im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns liefert ein Anschlag auf den Demokratiebahnhof in Anklam im Jahr 2017. Der Demokratiebahnhof ist ein Jugend- und Kulturzentrum, welcher 2014 von jungen Menschen aus der Umgebung gegründet wurde und sich seitdem ehrenamtlich organisiert (vgl. Demokratiebahnhof Anklam e.V. 2025). In einer öffentlichen Pressemitteilung vom 10. Juni 2017 berichtet die Einrichtung:

*„In der Nacht vom 09.06. auf den 10.06.2017 wurden gegen 3 Uhr zwei mit einer brennbaren Flüssigkeit gefüllte Flaschen in die Eingangshalle des Anklamer Bahnhofgebäudes geworfen. Auch wurde die denkmalgeschützte Fassade und der Eingangsbereich mit weißer Farbe beworfen. Ein Ausbreiten der Flammen konnte mit Glück, einem beherzten Einsatz und schnellem reagieren [sic] verhindert werden. Keine*r der sich im Bahnhof befindlichen Personen wurde verletzt“* (Demokratiebahnhof Anklam e.V. 2017).

Die mitarbeitenden Personen des Demokratiebahnhofes ordnen diesen Übergriff auf das Vereinsgebäude als organisierten, rechtsextremen Angriff auf das demokratische Engagement in der Ortschaft Anklam ein. Als Grund für den Anschlag vermutet Klara Fries, eine Mitorganisatorin des Demokratiebahnhofes, den Versuch von extrem rechten

Akteur*innen das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Diskriminierung und für Menschenrechte mithilfe von Gewalteinwirkungen zu schädigen oder gar zu zerstören (vgl. Demokratiebahnhof Anklam e.V. 2017).

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, wie gefährlich es für engagierte Personen im Ehrenamt werden kann, sich für die demokratischen Werte und die Zivilgesellschaft einzusetzen und mit welcher Intensität Angst durch die rechten Akteur*innen zur Machtgewinnung instrumentalisiert wird.

4.3 Sozialräumliche Inszenierungen

Mit dieser Variante werden viele verschiedene Aktionen abgedeckt, welche im öffentlichen Raum sehr präsent wahrnehmbar sind. Hierzu zählen beispielsweise Sticker- und Flyeraktionen, Flashmobs, Kundgebungen, Verbandsaktivitäten und wiederkehrende Gedenkveranstaltungen. Im Fall der sozialräumlichen Inszenierungen werden diese bestimmten Aktionen sowohl anonym als auch verdeckt getätigt oder öffentlich durch extrem rechte Akteur*innen wie zum Beispiel der Identitären Bewegung oder der Jungen Alternative für Deutschland ausgerichtet (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 93). Ein präsent Beispiel für diese Variante lässt sich bereits aus Kapitel 1 dieser Arbeit herausfiltern, wobei die Junge Alternative eine Mahnwache in Stralsund veranstaltete unter dem Leitspruch „Das Boot ist voll.“ Um sich für Remigration und gegen die Aufnahme von geflüchteten, von Krieg bedrohten Menschen aussprach (vgl. Katapult MV 2024). Hierbei stellen Demonstrationen, Kundgebungen und allgemeine öffentliche Auftritte auf den Grundlagen des vier Säulenkonzeptes der NPD das Grundgerüst der Strategie der rechten Akteur*innen dar, mit der Zielsetzung politischen Einfluss und Macht im öffentlichen Raum zu gewinnen. Die Akteur*innen stellen die Präsentation der vermeintlichen eigenen Stärke in den Vordergrund. Es ist dabei unabhängig, wie extrem rechte Akteur*innen in Wirklichkeit im sozialen Raum verankert sind (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 93).

Diese Variante lässt sich bereits bis in das Jahr 2003 und früher zurückverfolgen. Im Rahmen der lokalen Verankerungsstrategien der NPD gewann die sogenannte „Wortergreifungsstrategie“ zunehmend an Bedeutung. Diese Strategie beinhaltet das Aufsuchen von Veranstaltungen politischer Gegner*innen, um dort aktiv das Wort zu ergreifen, die Diskussionsführung zu beeinflussen und die eigenen ideologischen Positionen im öffentlichen Raum zu platzieren. Ziel dieser Strategie ist es, Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum zu generieren, politische Gegner*innen zu konfrontieren, diffamieren und in Frage zu stellen, sowie durch provokantes Auftreten medial eine Resonanz zu erzeugen. Dieses Auftreten führt oftmals zu einer Störung des

politischen Diskurses, da sie darauf abzielt den regulären Ablauf von Veranstaltungen oder Mitgliederversammlungen zu unterbrechen, um die eigenen ideologischen Inhalte als eine vermeintlich überlegene Alternative zu platzieren (vgl. Stöss 2010: 135).

Dieses Beispiel verdeutlicht, dass die unterschiedlichen Varianten von externen Einflussnahmen oftmals nicht klar voneinander abzugrenzen sind und teilweise verschmelzen. So lässt sich die zuvor genannte „Wortergreifungsstrategie“ sowohl der „Sozialräumlichen Inszenierung“ als auch dem „Agenda Setting“ zuordnen, was im Anschluss näher erläutert wird. Die Strategie setzt zum einen auf Präsenz und Sichtbarkeit im öffentlichen Raum. Gleichzeitig inszenieren sich die extrem rechten Akteur*innen als starke Wahrheitssprecher*innen und platzieren dabei ihre Weltanschauung. Ebenso stellt diese Strategie auch eine kommunikative Einflussnahme im Sinne des „Agenda Settings“ dar, da Thematiken öffentlich in Debatten getragen werden und somit die öffentliche Wahrnehmung politischer Themen beeinflusst wird. Rechte Akteur*innen versuchen mithilfe dieser Strategie die Deutungshoheit über bestimmte Diskurse zu erlangen und dadurch eine Diskursverschiebung zu erzeugen. Hierzu wird vertieft im nächsten Unterkapitel eingegangen.

4.4 Agenda Setting

„Agenda Setting“ umfasst einzelne Aktionen von Personen oder Gruppierungen mit dem Ziel Diskurse, Thematiken, Angebote und Positionierungen von Einrichtungen subtil oder auch offensiv zu beeinflussen. Hierbei sollen extrem rechte ideologische Inhalte zum Ausdruck gebracht werden, was sowohl im analogen als auch im digitalen Raum stattfindet. Anders als bei der Variante der „Sozialräumlichen Inszenierung“ steht hierbei die Repräsentanz der eigenen Stärke nicht im Vordergrund. Akteur*innen zielen viel mehr darauf ab Diskurse und Inhalte zu verschieben und zu beeinflussen. So werden Themen beabsichtigt platziert, um inhaltliche Ausrichtungen von Angeboten und Einrichtungen im Sinne der eigenen ideologischen Ansichten zu verändern (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 95). Die Komplexität dieser Variante zeigt sich in der Vielschichtigkeit der Handlungsweisen. So kann beispielsweise die bewusste Ablehnung von Teilhabe durch extrem rechte Akteur*innen oder Personen mit rechter Gesinnung bereits einen Anteil leisten. Ein Angebot kann offen von Akteur*innen abgelehnt werden aufgrund der Beschäftigung von nicht deutsch gelesenen Fachkräften oder anderen nicht deutsch gelesenen Teilnehmer*innen (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 96). Mit diesem Vorgehen werden Themen wie „Überfremdung“ oder „kulturelle Bedrohung“ von den extrem rechten Akteur*innen platziert und in den Vordergrund gestellt. Hierdurch werden Diskussionen in den ehrenamtlichen Kontexten auf die Deutungsmuster der

rechten Gesinnung verschoben. Somit versuchen Akteur*innen den thematischen Rahmen der Debatte zu bestimmen und verrücken die eigenen Prioritäten in den Vordergrund.

Eine besondere Angriffsfläche dieser Variante der Einflussnahme bieten Gremien und Ausschüsse zur Mitbestimmung und Teilhabe. Diese sind oftmals in Ehrenamtsstrukturen zu finden, wie zum Beispiel in Jugendkonferenzen, Vereinssitzungen, Kirchengemeinderäten oder betreffen Akteur*innen, welche aus eigenem Antrieb in institutionellen Kontexten partizipieren wie zum Beispiel Elternbeiräte der Kindertagesstätten oder Schulen. Die Möglichkeiten der ehrenamtlichen Beteiligung sind hierbei sehr breit gefächert und ermöglichen es extrem rechten Akteur*innen oder Menschen mit rechter Gesinnung aktiv an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Hierbei geht es häufig um die Infragestellung von Entscheidungen oder gezielte Problematisierung von bestimmten Thematiken, welche im Rahmen dessen mit dem eigenen ideologischen Gedankengut und Prioritäten ersetzt oder verschoben werden. Fachkräfte melden zurück, dass gerade das Ehrenamt und Engagement eine Hintertür für extrem rechte Einflussnahmen unter dem Deckmantel der freiwilligen Unterstützung und Bereicherung darstellt. So bieten Personen mit rechter Gesinnung beispielsweise ihre Hilfe bei der Umsetzung von Projekten an und zeigen sich zunächst hilfsbereit. Fachkräften und anderen Organisator*innen von Angeboten ist hierbei zunächst nicht offen ersichtlich, dass die vermeintlich helfende Person rechte Ideologien in das Angebot und / oder Umwelt tragen wird. Kommt es dann verspätet zu rechtsextremen Äußerungen, stehen Betroffene oftmals vor einem Dilemma. Rechte Narrative werden erst im Nachhinein angeführt, sodass sich die betroffenen Organisator*innen nicht von Anfang an klar dagegen positionieren können. Rechte Positionen stehen hierbei bereits im Raum und wirken vermeintlich legitimiert, da diesen nicht sofort widersprochen wurde. Die Einflussnahme wurde somit erst viel zu spät realisiert und konnte somit wohlmöglich schon zum Tragen kommen (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 96).

Diese Variante der Einflussnahme ist oftmals nicht sofort erkennbar, da sich extrem rechte Akteur*innen in den letzten Jahren immer mehr in ihren Artikulationsformen angepasst haben. Die früher dominierenden Aktions- und Erscheinungsformen, die durch klar erkennbare Symbole wie beispielsweise der Springerstiefel oder eine offene Gewaltbereitschaft geprägt war, werden zunehmend durch subtilere Selbstdarstellungsstrategien ersetzt, die deutlich schwerer zu identifizieren sind. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie weder im Auftreten noch im äußeren Erscheinungsbild auf eine eindeutig rechtsextreme Orientierung hinweisen (vgl. Stimpel

/ Olk 2012: 36). Vielmehr treten rechte Akteur*innen in der Rolle als „engagierte Helfer*innen“ auf, die sich für das Allgemeinwohl einsetzen möchten.

„Genau diese Rolle – nämlich als „hilfreiche Partner“ gesehen zu werden – versuchen rechtsextreme Gruppierungen immer stärker zu bedienen. Rechtsextreme Gruppierungen nutzen zunehmend jede Gelegenheit, sich als „Kümmerer“, als die vermeintlich Einzigen, die sich der Probleme der verbliebenen Bevölkerung annehmen, zu präsentieren“ (Stimpel / Olk 2012: 37).

Durch diese Fokussierung auf vorherigen Vertrauens- und Beziehungsaufbau ebnen sich rechte Akteur*innen den Zugang in die Einrichtungen, Angeboten und Engagement um dort im Sinne ihrer Weltanschauung wirksam zu werden. Diese Öffnungsstrategie hat zur Folge, dass es zum einen für Betroffene immer schwerer wird, extrem rechte Einflussnahmen zu erkennen und dementsprechend Gegenmaßnahmen rechtzeitig einzuleiten. Zum anderen trägt sie zur Normalisierung und Verharmlosung rechtsextremer Ausdrucksformen bei, da die Akteur*innen als engagierte Mitbürger*innen auftreten, die trotz ihrer extremistischen Überzeugungen durch ihr engagiertes Handeln den Eindruck erwecken am Gemeinwohl der lokalen Gemeinschaft orientiert zu sein und werden somit eher vom Umfeld toleriert (vgl. Stimpel / Olk 2012: 37). So treten die Akteur*innen im Ehrenamt zum Beispiel in Vereinen oder in Elternbeiräten auf und können von innen heraus Einflussnehmen.

5 Aktueller Forschungsstand

In den vorangegangenen Kapiteln wurde die Forschungsfrage dieser Arbeit vorgestellt. Diese lautet: Welche wahrgenommenen Erfahrungen bezüglich rechtsextremer Einflussnahmen bei Akteur*innen im Ehrenamt und bürgerschaftlichen Engagement in Mecklenburg-Vorpommern existieren und welche Strategien diese Akteur*innen zum Schutz ihrer Mitglieder und zur Wahrung ihrer Werte und Ziele angesichts dieser Einflussnahmen entwickeln.

Innerhalb der thematischen Hinführung zu der Thematik dieser Arbeit wurde das Ehrenamt und bürgerliches Engagement in Deutschland und gesondert in Mecklenburg-Vorpommern mit aktuellen Zahlen und Fakten skizziert, sowie seine Bedeutung für die Zivilgesellschaft erläutert. Im Anschluss wurden bedeutsame Begriffe wie der des Rechtsextremismus und der dazugehörigen Begriffsdebatte beschrieben, sowie einen Einblick in die dazugehörige Extremismustheorie gegeben. Auch der Begriff der Einflussnahme von extrem rechten Akteur*innen auf das Ehrenamt und die verschiedenen strategischen Hintergründe sowie Varianten wurde thematisiert. Hierbei wurden die Definitionen, welche sich auf die Soziale Arbeit bezogen, mit Beispielen aus dem Ehrenamt neu kontextualisiert und thematisch übersetzt. Nachdem in den vorherigen Kapiteln eine thematische Grundlage für das Thema der extrem rechten Einflussnahmen auf das Ehrenamt gelegt wurde, wird das nachfolgende Kapitel den aktuellen Forschungsstand wiedergeben. Hierzu wurden die Ergebnisse von aktuellen Studien und Forschungsarbeiten zusammengefasst, miteinander abgeglichen und verknüpft, um ein Gesamtbild des aktuellen Forschungsstandes abbilden zu können. Um die Inhalte besser strukturieren zu können und zusammenhängend wiedergeben zu können, werden die Ergebnisse in insgesamt drei Themenschwerpunkte aufgeteilt: „Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern“, „rechtsextreme Einflussnahmen und Bedrohungen für die Zivilgesellschaft“ und „Schutz-, Resilienz- und Präventionsfaktoren“.

Als Grundlage der Zusammenstellung empirischer Ergebnisse, dienen insgesamt vier verschiedene Forschungsberichte und Studien, welche in den Jahren 2022 und 2024 publiziert worden. Um ein fundiertes Verständnis des aktuellen Forschungsstandes abbilden zu können, werden im Folgenden zunächst die einzelnen Studien und Forschungsberichte vorgestellt. Hierbei wird auf die thematische Ausrichtung, Zielsetzung, Ergebnisse und Relevanz für die Gesamtbetrachtung der einzelnen Publikationen eingegangen, um anschließend ein Gesamtbild des aktuellen Forschungsstandes zu entwickeln. Auf dieser Grundlage können anschließend

Gemeinsamkeiten, Abweichungen und Forschungslücken systematisch herausgearbeitet werden.

Wie bereits in den vorherigen Kapiteln verwendet, werden in diesem Teil der Arbeit Befunde aus dem Forschungsprojekt der Hochschule Neubrandenburg „Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Exemplarische Analysen zu möglichen Erscheinungen und Strategien der extremen Rechten in der Sozialen Arbeit“ genutzt. Dieses Forschungsprojekt befasste sich mit den zwei Leitfragen, inwieweit sich Einflussnahmen der Neuen Rechten auf und im Bereich der Sozialen Arbeit feststellen lassen und welche Formen diese Einflussnahmen annehmen können. Auf Grundlage dieses Forschungsprojektes ist im Jahr 2022 eine Monografie erschienen, welche in den folgenden Kapiteln verarbeitet wird. Diese Untersuchung verfolgte einen Mixed-Methods-Ansatz und vereint somit insgesamt drei grundlegende Bausteine. So wurden zum einen Fachkräfte aus Mecklenburg-Vorpommern in verschiedenen Bereichen der Sozialen Arbeit in einer Onlinebefragung zu ihren Erfahrungen und Einschätzungen in Bezug auf extrem rechte Einflussnahmen befragt. Hieraus ergaben sich insgesamt 406 beantwortete Fragebögen, wovon 252 in die Auswertung aufgenommen wurden. Im zweiten Baustein wurden auf der Grundlage der Onlinebefragung insgesamt 21 leitfadengestützte Expert*inneninterviews mit Fachkräften aus der Sozialen Arbeit geführt, um vertiefte Einblicke in die Thematik, Charakteristika und Muster rechter Einflussnahmen zu erhalten. Im dritten Baustein wurde eine Dokumentenanalyse durchgeführt, welche parlamentarische Aktivitäten der AfD im Schweriner Landtag in Mecklenburg-Vorpommern untersuchte. Hierbei wurden insgesamt 90 Dokumente ausgewertet (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 12 f.).

Die zweite Publikation, welche zur Darstellung des aktuellen Forschungsstandes verwendet wurde, sind die Ergebnisse der Pilotstudie „Bedrohte Zivilgesellschaft“, welche vom „Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)“ durchgeführt wurde und zu einem „research note“ zusammengefasst wurden. Die Studie befasste sich mit der Fragestellung, welchen Bedrohungen zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland ausgesetzt sind und welche Erfahrungen die Betroffenen erlebt haben. Hierbei wurden die Bedrohungslagen von Projekten und Trägerorganisationen im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ untersucht. Die befragten Organisationen innerhalb der Studie legen ihren Schwerpunkt im Antirassismusengagement und in der demokratischen Teilhabe. Diese Studie kombiniert eine standardisierte Organisationsbefragung mit qualitativen Interviews und verfolgt somit einen Mixed-Methods-Ansatz. Für die quantitative Erhebung wurden alle 68 Organisationen, welche durch das

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ gefördert werden, mit einem Online-Fragebogen befragt. Insgesamt 50 Organisationen beteiligten sich an dieser Befragung. Des Weiteren wurden insgesamt 16 leitfadengestützte Interviews mit ausgewählten Projekten aus den sechs Themenfeldern Antisemitismus, Antiziganismus, Feindlichkeit gegenüber Homosexuellen, Transfeindlichkeit, Rassismus und Muslimfeindlichkeit, interviewt. Hierbei wurden gezielt Organisationen ausgewählt, welche zuvor Bedrohungen gemeldet haben (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 6).

Die dritte Studie, deren Ergebnisse zur Abbildung des aktuellen Forschungsstandes herangezogen wurde, ist „Eine Dunkelfeldstudie zum strategischen Einsatz von juristischen Mitteln durch rechtsextreme Akteur*innen gegen die Zivilgesellschaft“. Diese Studie wurde von der „Open Knowledge Foundation Deutschland“ herausgegeben, vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena durchgeführt und von der Alfred Landecker Foundation finanziert. Diese Studie untersucht, in welchem Ausmaß und mit welchen Folgen die extreme Rechte juristische Mittel strategisch nutzt, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Erfahrungen von Journalist*innen, Künstler*innen, Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und Lokalpolitiker*innen, welche sich gegen rechtsextreme Strukturen engagieren oder aufgrund ihrer Arbeit als vermeintliches Feindbild der extrem rechten Akteur*innen gelten. Die Studie basiert auf einem Mixed-Methods-Ansatz und wurde durch drei Erhebungsschritte durchgeführt. Hierbei wurden insgesamt 19 qualitative Expert*innen- und Betroffeneninterviews geführt, sowie fünf Hintergrundgespräche. Im Anschluss an diese Interviews wurde eine quantitative Online-Befragung mit 282 Betroffenen durchgeführt. Im letzten Schritt wurden veröffentlichte juristische Fälle aus Datenbanken ausgewertet mit dem Ziel, qualitative und quantitative Ergebnisse zu kontrastieren (vgl. Helmert et al. 2022: 7).

Die vierte Publikation, welche für den nachfolgenden Abschnitt verwendet wird, ist der Kurzbericht des Projektes „BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen“. Diese Projektarbeit befasst sich mit den Forschungsfragen, wie Personen, die sich zivilgesellschaftlich für Demokratie engagieren, Bedrohungen erleben und wie die Erfahrungen und Einschätzungen der aktuellen Lage sind. Ebenso thematisiert dieser Bericht, wie Betroffene mit Bedrohungen umgehen und welche Herausforderungen, sowie Bedarfe hierbei von den Befragten gesehen werden. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und durch das „SOCIAL.CONCEPTS - Institut für Forschung und Entwicklung in der Sozialen Arbeit“ (SO.CON) an der Hochschule Niederrhein durchgeführt. Der Schwerpunkt des Projektes richtete sich hierbei konkret an die zivilgesellschaftliche Demokratiewerkarbeit,

welche sich explizit gegen rechts engagiert. Hierbei wurden die Daten mit einer Kombination aus qualitativen und quantitativen Befragungen, sowie mit Expert*innenrunden erhoben (vgl. Leber / Mertens / Küpper 2024: 2). Insgesamt wurden 20 leitfadengestützte Expert*inneninterviews mit Personen aus der zivilgesellschaftlichen Demokratieförderung geführt, sowie eine Online-Befragung mit über 500 Teilnehmer*innen. Von den Teilnehmer*innen der Onlinebefragung waren 137 Personen im Ehrenamt tätig und 420 Personen Hauptamtliche. Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ im statistischen Sinne, da keine Informationen über die Grundgesamtheit der Personen, welche in der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit agieren, vorhanden sind. Dennoch liefern die erhobenen Daten wichtige Hinweise auf die zentralen Themen, Bedarfe und Entwicklungstendenzen in der Praxis und können hierbei eine explorative Grundlage für weiterführende Forschungen darstellen (vgl. Leber / Mertens / Küpper 2024: 4).

5.1 Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern

Eine systematische Forschung zu extrem rechten Einflussnahmen im Kontext der Sozialen Arbeit oder dem zivilgesellschaftlichen Engagement, sowie spezialisiert auf das Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern liegt bislang nur in Ansätzen vor. Das hier ausgewertete Forschungsprojekt der Hochschule Neubrandenburg „Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Exemplarische Analysen zu möglichen Erscheinungen und Strategien der extremen Rechten in der Sozialen Arbeit“ bildet eine der wenigen regional fokussierten Analysen und zeigt im Vergleich zu Untersuchungen aus anderen Bundesländern sowohl strukturelle Parallelen als auch kontextspezifische Unterschiede.

Die empirischen Befunde des Forschungsprojektes legen dar, dass Fachkräfte der Sozialen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern die extreme Rechte als einen alltäglichen Bestandteil ihres beruflichen Umfeldes wahrnehmen. Hierbei treten laut den Rückmeldungen der befragten Personen Vorfälle und Angriffe nicht täglich auf, jedoch prägen rechte Symbole, Diskurse und Akteur*innen kontinuierlich das professionelle Selbstverständnis und Handlungsrepertoire (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 42). Rund 85 % der Befragten erkennen Anzeichen von extrem rechten Aktivitäten, dies sind deutlich mehr als in Nordrhein-Westfalen. Hierbei wird auch deutlich, dass Fachkräfte aus Mecklenburg-Vorpommern Einflussnahmen von extrem rechten Akteur*innen deutlich häufiger feststellen als Fachkräfte aus Nordrhein-Westfalen. Zu den Anzeichen werden unter anderem Graffitis, Sachbeschädigungen, Aufmärsche, etablierte

Treffpunkte und Angriffe gewertet. Etwa ein Drittel der Befragten beschreibt die extreme Rechte als gefestigte Szene (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 43 f.).

Die Wahrnehmung der extremen Rechten in Mecklenburg-Vorpommern ist eng mit dem demografischen Wandel der extrem rechten Szene verknüpft. So melden 80 % der Fachkräfte zurück, dass die Hauptakteur*innen Erwachsene sind. Jugendliche hingegen werden nur zu 39 % als Hauptakteur*innen benannt. Ebenso werden Parteien und einzelne Politiker*innen als Akteur*innen der extremen Rechten benannt, was im Gesamtbild auf eine Institutionalisierung und Alterung des rechtsextremen Milieus seit den 1990er-Jahren hindeutet (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 44). Der Befund einer demografischen Alterung des rechtsextremen Milieus lässt sich bislang ausschließlich im Rahmen des Forschungsprojektes der Hochschule Neubrandenburg für Mecklenburg-Vorpommern empirisch belegen. Für den bundesweiten Kontext liegen hierzu keine eindeutigen Ergebnisse vor. In den anderen verwendeten wissenschaftlichen Erhebungen finden sich jedoch deutliche Hinweise auf eine fortschreitende Institutionalisierung rechtsextremer Strukturen seit den 1990er-Jahren, die sich unter anderem in Berichten über parteipolitische Einflussnahmen und die Beteiligung einzelner Politiker*innen widerspiegelt. Laut der Studie „Die Mitte in der Krise“ der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen sich über alle Bundesländer hinweg bei der Betrachtung verschiedener Altersgruppen die höchsten Werte rechtsextremer Einstellungen bei den über 60-Jährigen (vgl. Deckert et al. 2010: 84). Dies belegt, dass ältere Personen häufiger entsprechende Einstellungen vertreten, liefert jedoch keinen direkten Nachweis dafür, dass die organisierte rechtsextreme Szene insgesamt gealtert ist. Zudem berichteten 44 % der Befragten des Forschungsprojektes der Hochschule Neubrandenburg von einer Zunahme rechter Aktivitäten in den letzten zehn Jahren, was Rechtsextremismus somit nicht als episodisches, sondern als kontinuierliches und wachsendes Phänomen beschreibt (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 44 f.). Zu dieser Erkenntnis der Zunahme von extrem rechten Aktivitäten und Einflussnahmen kam auch wie zuvor bereits beschrieben die „Dunkelfeldstudie zum strategischen Einsatz von juristischen Mitteln durch rechtsextreme Akteur*innen gegen die Zivilgesellschaft“. Hierbei bezog sich die Dunkelfeldstudie speziell auf die juristischen Mittel und auf alle Bundesländer, jedoch ist auch hier ein deutlicher Anstieg von den Einflussnahmen durch juristische Mittel seit spätestens 2015 zu beobachten (vgl. Helmert et al. 2022: 7). Des Weiteren geht aus den Ergebnissen des Forschungsprojektes der Hochschule Neubrandenburg hervor, dass von extrem rechten Einflussnahmen betroffene Fachkräfte Bewältigungsmechanismen entwickeln, um sowohl psychisch als auch organisatorisch bestehen zu können. Im konkreten Fall des Forschungsprojektes meldeten die befragten Fachkräfte aus Mecklenburg-Vorpommern zurück, dass die

entwickelten Bewältigungsmechanismen besonders auf die Reflexion der Vorfälle, professionelle Distanz und kollegiale Unterstützungen aufbauen. So zeigen die Ergebnisse deutlich, dass in Mecklenburg-Vorpommern der Schwerpunkt auf individuellen Strategien liegt, mit Angriffen und Einflussnahmen umzugehen, statt öffentlichen Auseinandersetzungen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hierbei auf dem interkollegialen Austausch (67 %) und das Eintreten gegen die extreme Rechte in der täglichen Arbeit (51 %). Institutionelle Reaktionen auf extrem rechte Einflussnahmen bleiben hierbei weitestgehend aus, da Verwaltungen Probleme und Verschiebungen von Diskursen oftmals verharmlosen oder relativieren. Dadurch verlagert sich der Umgang mit Rechtsextremismus auf individuelle Initiativen, während sich rechte Strukturen zunehmend im Alltag normalisieren und platzieren (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 53 ff.). Die Ergebnisse des Projektberichtes vom Projekt „BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen“ weisen hierbei auf ähnliche strategische Vorgehensweisen in den anderen Bundesländern hin. So sind die drei Hauptstrategien, um mit Einflussnahmen und Angriffen umzugehen der Zusammenschluss mit anderen Projekten und Initiativen, kollegiale Fallberatung und die Intensivierung der politischen Arbeit. Die gezielte öffentliche Bearbeitung der Vorfälle rückt auch in dieser Untersuchung eher in den Hintergrund, wird jedoch vereinzelt durchgeführt (vgl. Leber / Mertens / Küpper 2024: 10). Ebenso geht aus den Ergebnissen der qualitativen Interviews die Erkenntnis hervor, dass rechtsextreme Ideologien seit den 1990er Jahren beständiger Gegenstand in vielen Regionen sind. So bestehen alte Szenen fort, verändern sich jedoch mit der Zeit in ihrer Ausdrucksform und ihrem Kommunikationsstil. Die Einflussstrategien von extrem rechten Akteur*innen haben sich von offenen Gewaltpraktiken hin zu subtileren, gesellschaftlich anschlussfähigen Formen der Einflussnahmen verschoben. Dies hat gleichzeitig zur Folge, dass rechte Einflussformen für die Betroffenen oftmals nicht mehr klar zu erkennen sind (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 45). Diese Erkenntnis deckt sich mit der in Kapitel 4.4 „Agenda Setting“ beschriebenen Erscheinungsform von rechten Akteur*innen. Diese inszenieren sich als „Kümmerer“ und sozial engagiert, beziehungsweise als besorgte Bürger*innen, wodurch sie Anschlussfähigkeit an die gesellschaftliche Mitte gewinnen und von dort aus Einfluss ausüben können. Die damit verbundene Rollenverschiebung ist, wie bereits erläutert, dadurch gekennzeichnet, dass weder das Auftreten noch das äußere Erscheinungsbild eindeutig auf eine rechtsextreme Orientierung schließen lassen (vgl. Stimpel / Olk 2012: 36 f.). Auch in der Dunkelfeldstudie, welche vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena durchgeführt wurde, wird eine bestimmte Veränderung der extrem rechten Akteur*innen und ihre Vorgehensweise beleuchtet. Hier wird von einer zunehmenden Professionalisierung durch den Einzug rechter

Parteien in die Parlamente berichtet. Die Akteur*innen generieren hierdurch vermehrt Ressourcen und Kompetenzen, was sich letztendlich auch in stärkeren Vernetzungen untereinander zeigt und in strategischen Einflussnahmen gegenüber politischen Gegner*innen mündet (vgl. Helmert et al. 2022: 23). Beide beschriebenen Veränderungen extrem rechter Akteur*innen tragen dazu bei, dass diese versteckter und nicht offensichtlich erkennbar agieren können. Zum einen auf der parlamentarischen Ebene und zum anderen aus der gesellschaftlichen Mitte heraus. Speziell im Fall Mecklenburg-Vorpommern lässt sich diese Entwicklung durch sichtbare Manifestationen wie Aufmärsche, „Heldengedenken“ oder geschichtsrevisionistische Aktionen beobachten. Diese Ereignisse werden als Ausdruck gefestigter rechtsextremer Subkulturen interpretiert, denen kommunale Akteur*innen häufig mit Passivität oder Verharmlosung entgegen (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 46). Ebenso verdeutlichen kommunale Kooperationen zwischen der AfD und CDU, wie sie etwa im mecklenburgischen Penzlin zu beobachten sind, die zunehmende Professionalisierung und neu gewonnene Anschlussfähigkeit rechter Akteur*innen. Im konkreten Fall unterstützte die CDU einen Vertreter der AfD bei der Besetzung von einer Ausschusssitzung, was exemplarisch zeigt, wie sich rechtsextreme, beziehungsweise rechtspopulistische Positionen zunehmend in kommunalpolitische Strukturen integrieren (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 48). Im bundesweiten Kontext verdeutlichen weitere empirische Befunde, wie beispielsweise aktuelle Forschungsergebnisse des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung aus dem Jahr 2025, die politische Annäherung anderer Parteien zu der AfD. Die Ergebnisse von Schroeder, Ziberblatt und Borchert verdeutlichen, dass insbesondere konservative Parteien besonders anfällig für Kooperationen mit der rechtspopulistischen und gesichert rechtsextremen Partei AfD sind. Die Autor*innen legen diesen Standpunkt wie folgt dar:

„Politicians in established parties are often tempted to cooperate with radical parties to stabilize their own power and sometimes to benefit from their popularity. Conservative parties are particularly susceptible to this temptation, as they are often ideologically closer to radical right-wing parties“ (Schroeder, Ziberblatt, Borchert 2025: 8).

Folglich treten auf kommunaler Ebene laut den Untersuchungen des zuvor zitierten Berichtes auf kommunaler Ebene vor allem die FDP und CDU als *„(...) the most frequent district-level cooperation partners of the AfD“* (Schroeder, Ziberblatt, Borchert 2025: 20) in Erscheinung.

Im Zusammenhang mit diesen Ergebnissen lassen sich die jüngsten öffentlichen Äußerungen des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz als ein weiteres Anzeichen einer schleichenden ideologischen Annäherung an AfD Positionen interpretieren. Während

sich Merz zuvor im Bundestag 2024 ablehnend zu einer gemeinsamen Kooperation mit der AfD äußerte und Zusammenarbeit kategorisch ausschloss, löste seine sogenannte „Stadtbild“ Bemerkung im Oktober 2025 erhebliche Kritik aus (vgl. ZDF heute 2025; Deutscher Bundestag 2024: 104). Diese Formulierung wurde von Beobachter*innen als problematische Rahmung wahrgenommen und teilweise als rhetorisch anschlussfähig an migrationskritische Deutungsmuster bewertet. Zugleich präzisierte Merz später, er habe damit vor allem Migrant*innen ohne Aufenthaltsrecht und ohne Arbeit gemeint, die sich nicht an Regeln hielten (vgl. ZDF heute 2025). Unabhängig von der Intention der Aussage verweist diese Kontroverse darauf, dass die kommunikative Abgrenzung in Teilen der Öffentlichkeit als weniger eindeutig wahrgenommen wird. Diese Wortwahl könnte auf die Verschiebung konservativer Diskurse hinweisen und verweist darauf, dass die sogenannte Brandmauer zwischen konservativen und rechtsextremen Positionen zunehmend beschädigt wird.

Die Befunde des Forschungsprojektes der Hochschule Neubrandenburg verweisen des Weiteren auf die zunehmenden alltagsnahen Strategien sozialer Einflussnahmen durch extrem rechte Gruppen wie NPD-Strukturen, das Netzwerk „Nordkreuz“ und völkische Siedlerbewegungen. Diese Gruppierungen nutzen kulturelle Veranstaltungen, Kinderfeste und Nachbarschaftsnetzwerke, um gezielt Familien und Jugendliche an sich zu binden. Dieses Vorgehen führt dazu, dass extrem rechte Aktivitäten zunehmend in Alltagsstrukturen vordringen (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022: 46 f.). In den Untersuchungen geht ebenso hervor, dass besonders der ländliche Raum, welcher gerade in Ostdeutschland verbreitet ist und somit auch Mecklenburg-Vorpommern ausmacht, besonders von Einflussnahmen betroffen ist. Dies bestätigt neben dem Forschungsprojekt der Hochschule Neubrandenburg auch der Kurzbericht des Projektes „BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen“. Dieser belegt, dass rechte Bedrohungen besonders in Ostdeutschland für die Befragten eine frühe biographische Erfahrung darstellt (vgl. Leber / Mertens / Küpper 2024: 7). Im ländlichen Raum stellen Gille, Krüger und Wéber besonders die engen sozialen Netzwerke, geringe Anonymität und schwache Infrastruktur als Begünstigungen rechter Einflussnahmen fest. Diese Anonymität wird hierbei beidseitig beleuchtet. Zum einen sind Akteur*innen, die extrem rechte Diskurse und Debatten führen, oftmals in der Gemeinde bekannt, zum anderen können aber auch schneller engagierte Personen, welche sich für Vielfalt und Demokratie öffentlich einsetzen, zur Zielscheibe eben dieser feindlichen Akteur*innen werden (vgl. Gille / Krüger / Wéber 2022:49). Genau dieser Aspekt wird auch im Kurzbericht des Projektes BEWARE erwähnt. Dort heißt es konkret:

„Ländliche Räume bergen auf Grund der fehlenden Anonymität und Rückzugsmöglichkeit für Engagierte einerseits besondere Gefährdungen. Andererseits können die gegenseitige Bekanntheit und persönliche Verzahnung beispielsweise in Vereinen, Gemeinwesenarbeit oder Nachbarschaften auch Schutz bieten, wie Interviewte hervorheben“ (Leber / Mertens / Küpper 2024: 7).

Ebenso wird darüber berichtet, dass engagierte Personen in Kleinstädten Bedrohungen geringer wahrnehmen, während die Engagierten auf dem Dorf die Bedrohungen besonders stark spüren. Hierbei geben Leber, Mertens und Küpper jedoch zu denken, dass angesichts der geringen Anzahl dörflich Engagierter innerhalb der Stichprobe dieser Befund zurückhaltend interpretiert werden sollte (vgl. Leber / Mertens / Küpper 2024: 7 f.). Der Befund erscheint jedoch insofern bedeutsam, da er auf mögliche besondere Herausforderungen des Engagements im ländlichen Raum hinweisen könnte. Hinzu kommt, dass gerade in ländlichen Räumen, wie Mecklenburg-Vorpommern, die Gemeinschaft oftmals über eine vermeintlich gemeinsame Sozialisation und Kultur definiert wird. Hierdurch entsteht eine Abgrenzung gegenüber „Anderen“, die nicht zu den zuvor beschriebenen Vorstellungen passen. Diese Prozesse, welche auch „Othering“ genannt werden, schaffen zum einen Zusammenhalt nach Innen, begrenzen jedoch das Engagement nach Außen, da Personen die als nicht zugehörig eingestuft werden, nur erschwert einen Zugang zu bestehenden Netzwerken finden können. Somit wird zivilgesellschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern stark durch soziale Abgrenzungen und strukturelle Rahmenbedingungen beeinflusst und kann hierbei Ausschlüsse von Personengruppen, sowie rassistische Abwertungen begünstigen. Gleichzeitig haben Kreisgebietsreformen und der Abbau öffentlicher Infrastruktur zu Lücken geführt, die oftmals durch das Ehrenamt gefüllt werden. Hierbei bietet das Engagement einen Weg zur Teilhabe und sozialen Stabilität, besteht jedoch oftmals nur für exklusive lokale Netzwerke und kann die eben benannten Grenzziehungen ungewollt verstärken (vgl. Gille / Krüger / Wèber 2022: 50 ff.).

5.2 Rechtsextreme Einflussnahmen und Bedrohungen für die Zivilgesellschaft

Im Kurzbericht des Projektes „BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen“ von Tina Leber, Fabian Mertens und Beate Küpper aus dem Jahr 2024 können die Bedrohungen, denen zivilgesellschaftliche Organisationen und Engagierte ausgesetzt sind in vier Dimensionen unterteilt werden. Gewaltbezogene Angriffe, politische Interventionen, gesellschaftspolitisches Bedrohungsszenario und Bedrohungserwartungen, welche jeweils verschiedene bedrohliche Handlungen von

extrem rechten Akteur*innen beinhalten. Folgendes Schaubild aus dem Kurzbericht, soll zur Darstellung der einzelnen Dimensionen dienen.



Abb. 1: Vier Dimensionen von Bedrohung (Quelle: Leber / Mertens / Küpper 2024: 5)

Laut dem Kurzbericht von Leber, Mertens und Küpper meldeten 79 % der befragten Personen zurück bereits Opfer von Beleidigungen, Sachbeschädigungen oder körperlicher Gewalt geworden zu sein. Ebenso zählten hierzu Bedrohungen und Angriffe in Form von strafrechtlich relevanten Handlungen wie die Störung von Veranstaltungen oder das Eindringen in Räume der Betroffenen im Arbeitskontext hinzu. Von diesen 79 % meldeten 57 % der Betroffenen zurück, dass sie diese Form der rechten Gewalt im letzten Jahr erlebt haben (vgl. Leber / Mertens / Küpper 2024: 6).

Dieses Bild zeichnet sich auch in den anderen genannten Studien und Berichten ab. So zeigen auch die Ergebnisse der Pilotstudie „Bedrohte Zivilgesellschaft“ von Moritz Sommer und Nora Ratzmann, dass rund ein Drittel der befragten Personen ihren Projektkoordinator*innen von konkreten Übergriffen in den letzten 12 Monaten berichteten. Ebenso stellen Ratzmann und Sommer fest, dass die häufigste Form der Bedrohung mit einer Zustimmung von 54 % der Befragten die Diffamierung durch die Verbreitung von Falschinformationen oder Verleumdungskampagnen darstellt. Dicht gefolgt von persönlichen Diskriminierungen, Beleidigungen und Abwertungen, wozu auch Hatespeech im Internet zählt. Insgesamt 26 % sehen sich durch gezielte Einschüchterungen durch Gewaltandrohungen, Todeslisten, Angriffe in den Sozialen Netzwerken und Telefonanrufen bedroht. 10 % der Befragten gaben an Opfer von Sachbeschädigung geworden zu sein, während 8 % berichteten körperlich angegriffen worden zu sein. Neben der Aufzeichnung der Bedrohungen der befragten Personen wurde ebenfalls rückgemeldet, dass die Mehrzahl der Befragten wahrnehmen, dass die

Bedrohungen über die letzten Jahre hinweg langsam, aber stetig zugenommen haben (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 8 f.).

Auch die Ergebnisse der Studie „Eine Dunkelfeldstudie zum strategischen Einsatz von juristischen Mitteln durch rechtsextreme Akteur*innen gegen die Zivilgesellschaft“ von Helmert, Thürling, Treidl und Möningen, welche sich fokussiert mit den Einflussnahmen durch juristische Interventionen durch extrem rechte Akteur*innen befasst, meldet einen erheblichen Anstieg von Einsätzen juristischer Mittel durch extrem rechte Akteur*innen seit spätestens 2015 zurück. Hierbei ergibt sich laut den Ergebnissen aus der Rechtsextremismusforschung und dieser Zunahme die Beobachtung eines Anstiegs von rechter Gewalt während der sogenannten Migrationskrise (vgl. Helmert et al. 2022: 7). Für die messbare Zunahme der Bedrohungen und Angriffe von extrem rechten Akteur*innen geben die zwei zuletzt erwähnten Studien zwei Einflussfaktoren an. So geben die Ergebnisse der Pilotstudie „Bedrohte Zivilgesellschaft“ wieder, dass ein möglicher Zusammenhang der Zunahme durch die Coronapandemie wahrzunehmen ist. Die starken Einschränkungen der Hygienevorgaben führten zu einem Einbruch von ehrenamtlichen Engagements und zu drastischen Einschränkungen der Versammlungsfreiheit. Hierbei zeigte sich die Aggressivität vom Rechtspopulismus in Form von Corona-Demonstrationen der sogenannten „Querdenker*innen“ und Reichsbürger*innen. Laut der Pilotstudie wurden Organisationen stärker angegriffen, welche den neu aufgetauchten Akteur*innen kritisch entgegenstanden, indem sie Mobilisierungsstrukturen dokumentierten und öffentlich Stellung bezogen (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 10). Im Kontext der Zunahme rechter Bedrohungen wird hierbei auch ein klarer Bezug zu der Partei AfD gezogen. Die Diffamierung der Betroffenen erfolgt nämlich nicht nur durch rechtsextreme Splittergruppen, sondern vor allem auch durch Anhänger*innen der AfD und einzelnd auch durch politische Akteur*innen. So übt die AfD gezielt durch Parlamentsanfragen zu Projekten und Trägern, sowie durch diffamierende Pressearbeit massiven Druck aus um zivilgesellschaftliches Handeln zu delegitimieren. Durch intentionale Anfragen an Mittelgeber*innen ruft die AfD einen Rechtfertigungszwang der betroffenen Organisationen hervor, was zum möglichen Verlust von Finanzierungen oder Kooperationspartner*innen führen kann. Ebenso wird die strategische Diskursverschiebung von Äußerungen seitens der AfD hervorgerufen, welche als besonders bedrohlich bei den befragten Personen angesehen wird. So konstruieren Akteur*innen und Anhänger*innen der AfD ein Klima der Unsicherheit, da gezielt gesellschaftliche Diskurse nach rechts verschoben werden. Die Betroffenen melden hierbei die Sorge über die Zukunft ihrer Projekte und der eigenen Sicherheit zurück, wenn die AfD durch die Übernahme von Ämtern erweiterte Zugriffsrechte auf interne Daten erlangt (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 10 ff.). Die abgebildeten

Erfahrungen der befragten Personen spiegeln die im Schaubild erfassten Dimensionen politischer Interventionen und gesellschaftspolitischer Bedrohung wider. Hierbei verdeutlichen die genannten Strategien der AfD, wie politische Einflussnahmen Unsicherheit und Sorge um das eigene zivilgesellschaftliche Handeln, die eigene Sicherheit und Sorge um den Arbeitsplatz erzeugen. Ebenso wird deutlich, dass die AfD als politischer Akteur in Aktion tritt und strategisch parlamentarische Anfragen nutzt, um das Vertrauen in demokratische Strukturen zu untergraben und zivilgesellschaftliches Engagement öffentlich zu diskreditieren. Hierbei ist zu betonen, dass die Anfragen nicht der sachlichen Kontrolle dienen, sondern viel mehr indoktriniert werden zur Inszenierung von Skandalen, Delegitimierung von Förderprojekten und schließlich zur Mobilisierung rechtsextremer Kräfte in der Öffentlichkeit und den Sozialen Medien. So rücken laut der Amadeu Antonio Stiftung beispielsweise besonders Initiativen und Projekte des Programmes „Demokratie leben!“ in das Augenmerk der parlamentarischen Anfragen durch die AfD. Zuletzt wurde versucht diese durch die Akteur*innen in ein negatives Licht zu rücken. Hierbei versucht die AfD gezielt den Eindruck der Steuergeldverschwendung zu erzeugen und Engagierte zu diskreditieren, indem fälschlicherweise eine Nähe zum Linksextremismus konstruiert wird (vgl. Ayyadi 2023).

*„Einzelne AfD-Parlamentarier*innen (...) picken sich einzelne Initiativen oder Projekte heraus, um zu versuchen, angebliche Steuergeldverschwendung darzustellen – oder sie zumindest zu inszenieren.“* (Ayyadi 2023)

Auch die Ergebnisse der Dunkelfeldstudie von Helmert, Thürling, Treidl, und Mönigen zeigen wie bereits erwähnt eine Zunahme juristischer Mittel durch extrem rechte Akteur*innen. So gaben 77 % der Befragten der Onlinestudie an, dass juristische Angriffe in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen haben. Hierbei erklären die Autor*innen ebenfalls, dass die Zunahme der Angriffe im Zusammenhang mit der AfD gesehen werden können. Laut Studie ist die Zunahme der juristischen Interventionen ab dem Jahr 2014 zu beobachten, was kurz nach der Gründung der Partei im Jahr 2012 zu verorten ist. Ebenso stehen die Mobilisierung rechtsextremer Kräfte und die Ereignisse der sogenannten „Migrationskrise“ im Jahr 2015 im engen Zusammenhang mit diesem Anstieg. Auch im Jahr 2020 und 2021 verzeichnet die Studie einen weiteren Anstieg vom Einsatz juristischer Mittel im Kontext der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, was sich mit den Ergebnissen der Studie von Sommer und Ratzmann deckt. Des Weiteren wird auch die Verlagerung politischer Auseinandersetzungen in den digitalen Raum als Verstärker der Zunahmen bewertet. Inhalte können sich im digitalen Raum deutlich schneller verbreiten und sind leichter angreifbar. Dadurch entstehen neue Vernetzungsmöglichkeiten und Politisierung bis in die gesellschaftliche Mitte, die zu

einem entschiedeneren Vorgehen gegen politische Gegner*innen geführt haben (vgl. Helmert et al. 2022: 18). Diese neuen Verletzungs- und Mobilisierungsmöglichkeiten waren zuvor durch traditionelle Medien und Gatekeeper stark eingeschränkt. Durch die wachsende Einnahme des digitalen Raumes bieten Online-Plattformen rechten Akteur*innen die Möglichkeit eine überproportionale Sichtbarkeit für radikale Stimmen zu generieren, wodurch der Eindruck einer breiten Zustimmung erzeugt wird, obwohl es sich in der Realität um eine Minderheit handelt. Gleichzeitig begünstigen diese Mechanismen der sozialen Netzwerke die Verbreitung emotionaler, konfliktbetonter Inhalte, welche ein gemeinschaftliches Kämpfen unter dem Motto: „Wir gegen die Anderen“ erzeugt und diese Abwehrhaltung verstärkt (vgl. Rau 2024).

Mit dem Einzug rechter Parteien in die Parlamente haben extrem rechte Akteur*innen Ressourcen und Kompetenzen dazugewonnen, was sich letztendlich auch in der stärkeren Vernetzung untereinander zeigt. Hierbei kann von einer Professionalisierung der strategischen Einflussnahmen gesprochen werden. Im Fall der AfD erhielt die Partei mit ihrem Einzug in die Parlamente erstmals deutlich erweiterte finanzielle Mittel und weitere personelle Ressourcen, welche sie zur Professionalisierung ihrer organisatorischen Strukturen einsetzte (vgl. Helmert 2022: 23; Heinze 2020: 45). Darüber hinaus zeigen Bischof und Wagner (2019), dass der erstmalige Einzug radikal rechter Parteien in das Parlament für die Akteur*innen nicht nur organisatorische Vorteile verschafft, sondern auch eine symbolische Wirkung mit sich bringt. Durch die institutionelle Präsenz erhalten ihre Positionen gesellschaftliche Legitimität, was wiederum zu einer stärkeren ideologischen Polarisierung innerhalb der Wählerschaft führt (vgl. Bischof / Wagner 2019: 890).

Besonders von extrem rechten Einflussnahmen betroffen sind engagierte Personen und Organisationen, welche sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einsetzen oder für mehr Diversität innerhalb der Gesellschaft einstehen (vgl. Helmert et al. 2022: 16). So gaben zwei Drittel der befragten Projekte aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ an, in den vergangenen zwölf Monaten aufgrund ihrer Arbeit bedroht worden zu sein. Dreiviertel der Befragten vermuten, dass die Übergriffe und Bedrohungen von rechten Akteur*innen aufgrund der politischen Ausrichtung ihrer Organisationen erfolgen (vgl. Ratzmann / Sommer 2022: 9 f.). Eine besondere Herausforderung stellen Angriffe und Einflussnahmen von extrem rechten Akteur*innen auf vulnerable soziale Gruppen, welche bereits mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert sind, sowie jüngere Menschen vom Jugendalter bis in das junge Erwachsenenalter und Einzelpersonen, welche sich zivilgesellschaftlich engagieren (vgl. Leber / Mertens / Küpper 2024: 3). Laut dem 16. Kinder- und

Jugendbericht teilt die Bundesregierung ebenfalls die Einschätzung, dass Jugendliche innerhalb unserer Demokratie zunehmend mit rechtsextremer und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert werden, womit das Ziel verfolgt wird Misstrauen zu erzeugen und die demokratischen Werte zu untergraben (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020: 7). Besonders häufig betroffen sind laut der Dunkelfeldstudie ebenso Personen, die sich öffentlich kritisch gegenüber rechten Inhalten äußern (77 %). Mehr als die Hälfte der Befragten geben an, die Einflussnahme über juristische Interventionen innerhalb ihres Ehrenamtes erlebt zu haben (vgl. Helmert et al. 2022: 43).

Insbesondere im Hinblick auf strategische Vorgehensweisen bei juristischen Interventionen liefern verschiedene Quellen umfassende Einblicke in die Abläufe und Handlungsweisen extrem rechter Akteur*innen. Im Vordergrund steht hierbei oftmals die Finanzierung von Projekten und Einrichtungen infrage zu stellen. Hierbei wird versucht vermeintlich vulnerable Organisationen oder Engagierte durch rechte Akteur*innen einzuschüchtern, zu schwächen oder in ihren Arbeitsabläufen zu stören. So zeigt die Dunkelfeldstudie, dass diese Interventionen oftmals strategisch eingesetzt werden, um eine kritische Berichtserstattung oder demokratisches Engagement im Allgemeinen zu unterbinden (vgl. Helmert et al. 2022: 7 f.). Dafür werden rechtliche Mittel beziehungsweise juristische Interventionen missbraucht, um politischen Gegner*innen Zeit, Ressourcen und Kapazitäten zu nehmen. Die tatsächliche juristische Klärung steht hierbei jedoch nicht im Vordergrund. So verfolgen solche Einsätze juristischer Interventionen das Ziel, Organisationen einzuschüchtern, zu diskreditieren und strukturell zu schwächen (vgl. Helmert et al. 2022: 25). So ist es ein strategisches Mittel Anzeigen bei den zuständigen Finanzämtern, sowie parlamentarische Anfragen aufzugeben, um die Gemeinnützigkeit von Vereinen in Frage zu stellen (vgl. Helmert et al. 2022: 17). Solche Verfahren können enorm viel Bearbeitungszeit in Anspruch nehmen und Vereinen den Zugang zu Fördermitteln streitig machen und zu existenziellen Notständen führen. Die enge Zusammenarbeit mit bestimmten Kanzleien, welche mit haltlosen Forderungen vorgehen, unterstreicht den strategischen Charakter dieser Form der Einflussnahmen (vgl. Helmert et al. 2022: 23).

Die Folgen dieser Angriffe sind vielfältig und reichen von finanziellen Belastungen und organisatorischen Einschränkungen bis hin zu psychischen Belastungen der Einzelpersonen. So spricht ein Großteil der befragten Personen der Dunkelfeldstudie und Pilotstudie „Bedrohte Zivilgesellschaft“ über erheblichen Stress, Angst und das Gefühl ständiger Wachsamkeit. Ebenso berichten die Betroffenen von einer emotionalen Erschöpfung und Entfremdung. Einige Betroffene äußert sogar, dass sie bereits darüber

nachgedacht haben, den Arbeitsplatz aufgrund der Bedrohungslage zu wechseln. Hinzu kommen erhöhte Kosten durch juristische Beratungen und Sicherheitsmaßnahmen, welche die ohnehin knappen Ressourcen zusätzlich beanspruchen (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 12 f.; Helmert et al. 2022: 33). Die Bedrohungen und damit verbundene Belastungssituation, lösen in vielen Betroffenen eine Rückzugstendenz und Selbstzensur aus. So ziehen sich häufig die engagierten Personen aus der Öffentlichkeit zurück, indem sie sich nicht mehr kritisch äußern, oder meiden Demonstrationen aus Angst vor weiteren oder stärkeren Angriffen auf ihr persönliches Wohl und dem ihres Umfeldes. Genau dieses Ziel verfolgen die juristischen Interventionen oder auch SLAPPs¹ genannt. In einer von der europäischen Kommission beauftragten Studie zu strategischen Klagen gegen die öffentliche Beteiligung wird aufgezeigt, dass juristische Interventionen vor allem darauf abzielen, kritische Äußerungen in der Öffentlichkeit zu unterbinden und Personen, sowie Organisationen durch Einschüchterung zur Selbstzensur zu bringen (vgl. Bayer et al. 2021: 19).

„SLAPPs do not only aim at shrinking the space for criticism, but they have an additional characteristic, namely the power imbalance between the parties, to the detriment of the defendant.“ (Bayer et al. 2021: 19)

Dieses Zitat verdeutlicht, dass juristische Interventionen oder auch SLAPPs nicht ausschließlich dazu dienen, kritische Äußerungen im öffentlichen Raum zum Schweigen zu bringen, sondern dass sie zusätzlich durch ein deutliches Machtungleichgewicht zwischen den klagenden Personen und den angeklagten Personen gekennzeichnet sind. Dies hat ein erhebliches Ungleichgewicht zur Folge, welches die mächtigere Partei begünstigt und die betroffene Partei benachteiligt, welche sich zur Wehr setzen möchte. So verfolgen sogenannte SLAPPs zum einen die Einschränkung der Meinungsfreiheit, als auch die strukturelle Schwächung der Verteidigungschancen der Kritiker*innen. Diese Form der Angriffe stellt ebenso eine besonders große Bedrohung für die Betroffenen und Zivilgesellschaft dar, da der Aufwand eine juristische Intervention zu beginnen für die Kläger*innen vergleichsweise sehr gering ist und die Kläger*innen kaum juristische Konsequenzen bei einer falschen Auslegung zu befürchten haben (vgl. Helmert et al. 2022: 4).

Zusammenfassend zeigen die dargestellten Entwicklungen des aktuellen Forschungsstandes, dass extrem rechte Akteur*innen zunehmend versuchen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen einzuschüchtern und öffentliche Diskurse zu verschieben. Von den hier genannten juristischen Interventionen (SLAPPs) über direkte

¹ SLAPP: Strategic Lawsuits Against Public Participation (strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung)

Bedrohungen bis hin zur gezielten Mobilisierung von rechten Kräften werden besonders Vereine, Organisationen und Einzelpersonen zur Zielscheibe, welche sich öffentlich für Demokratie, Vielfalt und kritische Auseinandersetzungen einsetzen. Diese Dynamik unterstreicht die wachsende Relevanz eines aktiven Schutzes der Zivilgesellschaft, Engagements und Betroffenen zum Schutz der demokratischen Grundwerte.

5.3 Schutz-, Resilienz- und Präventionsfaktoren

Wie in den vorherigen Kapiteln beschrieben sind zivilgesellschaftliche engagierte Personen, welche sich in ihren Vereinen und Ehrenämtern für demokratische Werte, Vielfalt und gegen rechtsextreme Tendenzen engagieren, zunehmend von verschiedensten Bedrohungen und Einflussnahmen konfrontiert. Diese reichen von Bedrohungen, Einschüchterungen, digitales Hate Speech bis zu juristischen Interventionen (SAPPs), welche strategisch eingesetzt werden, um das Engagement zu behindern oder delegitimieren. Gleichzeitig belegen die aktuellen Studien auf der Grundlage der Befragungen, dass diese Erfahrungen auch motivierende Anteile beinhalten, welche teilweise zu einer Stärkung des Engagements vor Ort führt.

So werden die Angriffe von einigen Befragten aus der Studie von Sommer und Ratzmann auch als Bestätigung für die Relevanz und Notwendigkeit ihres Engagements angesehen, da sich hierbei jene Problemlagen widerspiegeln, gegen die sie sich einsetzen. Die Umdeutung der Bedrohungen in Formen moralischer Stärkung kann der abschreckenden Wirkung der Übergriffe entgegenwirken und sogar zur Intensivierung des Engagements führen (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 13). Auch die Studien und Berichte von Helmert et al. (2022) sowie Leber et al. (2024) weisen ähnliche Tendenzen auf. Hierbei melden die Befragten zurück, dass juristische Interventionen oder generell Bedrohungen jeglicher Art zur Motivation führt, sich weiterhin aktiv gegen rechtsextreme Strukturen einzusetzen (vgl. Helmert et al. 2022: 34; Leber / Mertens / Küpper 2024: 3).

Aus den Studien geht hervor, dass die Bewältigungsstrategien von Bedrohungssituationen der engagierten Personen vielfältig und stark von den individuellen, wie institutionellen Möglichkeiten abhängen. So erhöhen manche Organisationen ihre öffentliche Präsenz, um durch die Sichtbarkeit und Solidarität Stärke zu vermitteln. Andere Organisationen hingegen versuchen die Risiken zu minimieren, indem sie personenbezogene Daten aus der Öffentlichkeit entfernen oder Anonymisierungsmaßnahmen wie Melderegistersperren erwirken (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 15). Diese Spannweite verdeutlicht, dass der Umgang mit Bedrohungen nicht immer strategisch geplant ist, sondern oftmals von situativen

Ressourcen, persönlichen Belastungsgrenzen und institutionellen Rahmenbedingungen abhängig ist.

Zunehmend ist zu beobachten, dass Organisationen auf institutioneller Ebene vermehrt Sicherheitskonzepte entwickeln, um den physischen und psychischen Angriffen entgegenzuwirken. Hierzu zählen bauliche und organisatorische Maßnahmen wie Videoüberwachung, Zugangsbeschränkungen, Alarmanlagen oder Polizeischutz bei Veranstaltungen. Zugleich wird auf psychologische Unterstützung, Supervision und kollegiale Beratung zurückgegriffen, um Reflexionsräume zu schaffen, in welchen Kolleg*innen eine individuelle Bewältigungsstrategie entwickeln können (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 15 f.). Neben diesen genannten Maßnahmen ist die Vernetzung mit anderen Organisationen und staatlichen Institutionen ebenso eine zentrale Bewältigungsstrategie. Dies hat zum Ziel eine gegenseitige Unterstützung durch die Vernetzung zu erreichen und Bedrohungen kollektiv begegnen zu können (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 17).

Ebenso zeigt die Dunkelfeldstudie, dass viele Engagierte und Organisationen wie zuvor bereits beschrieben mit juristischen Interventionen konfrontiert sehen, welche darauf abzielen, sie durch strategische Klagen in ihrer Arbeit zu behindern. Etwa 57 % der Betroffenen wehrten sich hierbei mit anwaltlicher Unterstützung gegen die sogenannten SLAPPs. Weitere 30 % reagierten mit dem Ignorieren der Forderungen. Die Hauptgründe für das Ignorieren der Forderungen und somit für ein Nicht-Handeln waren fehlende juristische Unterstützungen und das vergleichsweise hohe finanzielle Risiko (vgl. Helmert et al. 2022: 4 f.). Des Weiteren zeigen die Ergebnisse der Studien, dass es einen erheblichen Bedarf an strukturellen Hilfeangeboten gibt, welche finanzielle Risiken senken und rechtliche Beratung ermöglichen. Hierbei werden unter anderem zweckgebundene Fonds, niedrigschwellige Beratungsangebote und vernetzte Strukturen, welche juristische, finanzielle und psychosoziale Unterstützungen vereinen, als Möglichkeit gesehen (vgl. Helmert et al. 2022: 4 f.; 49 f.).

Bedrohungen durch extrem rechte Akteur*innen haben wie zuvor beschrieben primär schädliche Effekte auf das Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement. Zugleich fungieren solche Bedrohungen jedoch auch als Katalysator für Gegenreaktionen. Viele Organisationen verstärken wie bereits erwähnt ihr Engagement, fühlen sich in ihrer Arbeit bestätigt, verstärken ihre präventiven Schutzmaßnahmen und intensivieren ihre eigene juristische Aufklärung. Institutionell führt dies zu einer gesteigerten Vorsicht, besseren Vorbereitungen und dem Aufbau von Unterstützungsnetzwerken (vgl. Helmert et al. 2022: 35 f.). Gleichzeitig bleibt der Zugang zu juristischer Expertise und finanzieller Absicherung ein zentrales Defizit, welches viele Engagierte in ihrer Handlungsfähigkeit

einschränkt (vgl. Helmert et al. 2022: 46 ff.). Die Untersuchung von Leber, Mertens und Küpper ergänzen diese Befunde mit aktuellen Erkenntnissen zur sozialen Dimension von Bedrohungserfahrungen. Demnach verfügen viele Engagierte zwar über Erfahrungen im Umgang mit Bedrohungen, vor allem im Bereich der physischen Gewalt, jedoch weniger im Umgang mit politischen oder juristischen Interventionen. So melden viele der Befragten zurück, dass sie sich der Bedrohungslage eher anpassen, indem sie potenziell gefährliche Orte meiden, was einen gravierenden Einschnitt in das persönliche Leben widerspiegelt. Dennoch berichten 71 % der Befragten, dass die Bedrohungserfahrung ihr Engagement eher stärkt, und 42 % intensivieren sogar ihre politische Arbeit (vgl. Leber / Mertens / Küpper 2024: 3). Als Zentraler Stützpfeiler wird hierbei das Vorhandensein unterstützender Netzwerke gewertet. Die engagierten Personen erfahren insbesondere im unmittelbaren beruflichen und privaten Umfeld Solidarität und Rückhalt. Gleichzeitig fehlt hierbei jedoch die Unterstützung durch breite Bevölkerungskreise oder kommunale Strukturen. Diese Diskrepanz kann die subjektive Bedrohungswahrnehmung verstärken und das Sicherheitsgefühl mindern. Die Studien betonen deutlich die Notwendigkeit Austauschformate und Ressourcen zu schaffen, sowie eine Entwicklung gemeinsamer Strategien zu fördern und den Wissens- und Erfahrungstransfer zwischen Betroffenen zu erleichtern (vgl. Leber / Mertens / Küpper 2024: 3; Helmert et al. 2022: 48).

Insgesamt zeigen die drei Studien, dass Bedrohungen gegenüber der Zivilgesellschaft einerseits zu erheblichen Belastungen führen, andererseits aber auch Lern- und Resilienzprozesse anstoßen können. Der Schutz zivilgesellschaftlicher Akteur*innen erfordert somit nicht nur physische und juristische Sicherheitsmaßnahmen, sondern ebenso psychosoziale Unterstützung, institutionelle Reflexionsräume und solidarische Öffentlichkeitsarbeit. Besonders relevant sind dabei gut vernetzte Strukturen, die finanzielle, rechtliche und emotionale Unterstützung bündeln und so die Handlungsfähigkeit demokratischer Akteur*innen langfristig sichern (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 20; Helmert et al. 2022: 49 ff.; Leber / Mertens / Küpper 2024: 3).

6 Methodisches Vorgehen

Diese Masterarbeit befasst sich mit der Frage, welche wahrgenommenen Erfahrungen bezüglich rechtsextremer Einflussnahmen bei Akteur*innen im Ehrenamt und bürgerschaftlichen Engagement in Mecklenburg-Vorpommern existieren und welche Strategien diese Akteur*innen zum Schutz ihrer Mitglieder und zur Wahrung ihrer Werte und Ziele angesichts dieser Einflussnahmen entwickeln. Um dieser Fragestellung auf den Grund gehen zu können, sind Erfahrungsberichte aus der täglichen Praxis unumgänglich und von großer Bedeutung. Aus diesem Grund wurden insgesamt zwei Interviewpartner*innen aus der Sozialen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern zu dieser Thematik befragt. Die Interviewpartner*innen nahmen bereits 2024 an einer Befragung zur Datenerhebung mit dem Titel „Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern“ teil. Aus den Reihen der befragten Personen wählte ich zwei Interviewpartner*innen aus. Grundlegend habe ich bei meiner Wahl versucht Personen zu wählen, die Schnittpunkte mit dem Ehrenamt in ihrer Arbeit haben könnten, da dies besonders wichtig für die gesamte Thematik der Einflussnahmen von rechten Akteur*innen auf das Ehrenamt ist.

Vorab wurde ein Interviewleitfaden mit verschiedenen Themenblöcken von mir entworfen, welcher für die Interviewführung genutzt wurde. Inhalt dieses Leitfadens waren folgende Thematiken:

- Die Einrichtung und Aufgaben
- Allgemeine Beobachtungen der Einflussnahmen der extremen Rechten
- Einflussnahmen von Außen und Innen auf das Angebot Ihrer Einrichtung
- Strategien und Gegenstrategien

Die genauen Fragestellungen können im Anhang entnommen werden (Anhang A).

Im Anschluss an die geführten Interviews wurden aus den Tonaufnahmen schriftliche Interview-Transkripte erstellt. Die Interviews wurden mit Hilfe der Transkriptionsregeln nach Kuckartz transkribiert und bearbeitet und anschließend anonymisiert (vgl. Kuckartz / Rädiker 2022: 200 ff.; Dresing / Pehl 2018: 20). Auf die Anonymisierung wurde hierbei besonders viel Wert gelegt, um die Identität der Befragten zu schützen und Gefährdungen durch rechtsextreme Akteur*innen auszuschließen. Die Leitfadeninterviews wurden mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet.

6.1 Datenerhebung

Für die Auswertung und Interpretation der Interviewtranskripte wird in dieser Arbeit, wie bereits erwähnt, die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring genutzt. Dieses Verfahren stellt eine methodisch strukturierte Auswertungsmethode dar und verbindet qualitative Interpretationen mit quantitativen Techniken. Somit ist es mithilfe dieser Methode möglich eine große Textmenge systematisch und nachvollziehbar zu analysieren und zu interpretieren (vgl. Mayring / Fenzl 2022: 691). Die Methode setzt sich nicht nur mit den offensichtlichen Inhalten der Interviewtranskripte auseinander, sondern bezieht sich auch auf verdeckte, nicht-offensichtliche Bedeutungen. Somit ist es für die Auswertung essenziell situative, soziale, thematische, diskursive und forschungsbezogene Kontexte bei der Interpretation von Interviewtranskripten im Blick zu behalten. Die qualitative Inhaltsanalyse ist zwar eine Auswertungsmethode der Qualitätsforschung, jedoch beinhaltet sie durchaus auch quantitative Elemente. So ist ein Bestandteil der Methode die Kategorie Häufigkeiten zu eruieren und statistisch zu analysieren (vgl. Mayring / Fenzl 2022: 692).

In dieser Arbeit wird die zusammenfassende Inhaltsanalyse mit einer induktiven Kategorienbildung genutzt. Ziel dieser Technik ist es das Interviewmaterial so zu reduzieren, dass die wesentlichen Kerninhalte erhalten bleiben. Durch Abstraktion wird somit ein übersichtlicher Grundkörper geschaffen, welcher den grundsätzlichen Inhalt des Materials wiedergibt (vgl. Mayring 2022: 66). Bei dieser Technik wird das Textmaterial der Interviewtranskripte inhaltlich reduziert, indem zentrale Aussagen paraphrasiert und generalisiert werden. Hierbei werde ich auf die Schritte der Paraphrasierung und Generalisierung auf den Gesamttext verzichten und stattdessen zwei Selektionskriterien festlegen, die bestimmen, welche Textstellen berücksichtigt werden. Somit handelt es sich um eine induktive Kategorienbildung. In diesem Fall werden die Kategorien direkt aus den Transkripten heraus entwickelt. Aus diesen Kategorien lassen sich im Anschluss Hauptkategorien herausfiltern. Zentrale Elemente sind die Definition der Kategorien und die Festlegung, wie allgemein diese gefasst sein sollen (vgl. Mayring / Fenzl 2022: 695 f.).

6.2 Datenauswertung

Die Auswertung des Interviewmaterials erfolgt in insgesamt sieben Schritten, welche ich nachfolgend kurz erläutern werde. Jeder der nachfolgenden beschriebenen Teilschritte richtet sich nach bestimmten Kriterien beziehungsweise Regeln, welche bei der Auswertung unbedingt zu berücksichtigen sind. Diese Regeln werden nach Mayring aufgeteilt in Z1-, Z2-, Z3- und Z4-Regeln, welche im Anhangsverzeichnis (Anhang D) einzusehen sind (vgl. Mayring 2022: 70 f.).

Da die Forschungsfrage dieser Masterarbeit mehrdimensional ist, habe ich mich im ersten Schritt auf zwei Selektionskriterien festgelegt.

1. Wahrgenommene Einflussnahmen der extremen Rechten auf das Ehrenamt
2. Schutzstrategien

Im zweiten Schritt erfolgt das Paraphrasieren der ausgewählten, relevanten Textstellen aus dem Transkript. Hierbei werde ich die inhaltsrelevanten Textstellen sachlich aber vereinfacht zusammenfassen, um das Material auf wesentliche Aussagen zu reduzieren. Die inhaltstragenden Textstellen werden auf eine einheitliche sprachliche Ebene übersetzt und in eine grammatikalische Kurzform transformiert. Im Anschluss werden die paraphrasierten Inhalte generalisiert und auf ein höheres Abstraktionsniveau gebracht. Danach erfolgt die erste Reduktion, indem ähnliche Paraphrasen zu einem allgemeineren Ausdruck zusammengefasst werden. Liegen Paraphrasen unter dem zuvor festgelegten Abstraktionsniveau, müssen diese verallgemeinert werden. Liegen die Paraphrasen über dem Abstraktionsniveau, werden sie zunächst so belassen. Für alle Reduktionsschritte gilt, dass im Zweifel theoretische Vorannahmen zur Orientierung hinzugezogen werden müssen. Bei der zweiten Reduktion werden die Paraphrasen nochmals gebündelt und verdichtet, indem sinngleiche Aussagen nochmals zusammengefasst werden und Paraphrasen mit mehreren Aussagen zu einem Gegenstand komprimiert werden. Zum Abschluss dieser Reduktionsphase muss überprüft werden, ob das zusammengestellte Categoriesystem das Ausgangsmaterial immer noch repräsentiert (vgl. Mayring 2022: 70 f.).

7 Empirische Ergebnisse

Aus Gründen der Anonymisierung und zum Schutz der beiden befragten Personen, werden diese im folgenden Abschnitt als „A“ und „B“ bezeichnet. Zunächst werden in den nachfolgenden Kapiteln beide Interviews inhaltlich ausgewertet, sowie die zentralen Aussagen und relevanten Themen herausgearbeitet. Darauf aufbauend werden beide Interviews miteinander in den Kontext gesetzt, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet und die Ergebnisse im Zusammenhang der Forschungsfrage diskutiert. Abschließend wird ein Fazit gezogen, dass die wesentlichen Erkenntnisse aus beiden Interviews zusammenfassen wird.

7.1 Struktur und Zusammensetzung des Ehrenamtes

Die befragte Person A geht zunächst auf ihre Doppelrolle als Ehrenamtskoordinatorin und Beratungsstelle für die ansässigen Organisationen ein: „(...) Und auf der anderen Seite berate ich Vereine, Institutionen und Organisationen oder Initiativen zum Thema Ehrenamt. Vereine wissen, sie suchen, händierend ehrenamtliche Kollegen.“ (A 29 - 31). Daraus wird deutlich, dass Vereine sich ihres „intensiven Bedarfs“ an freiwillig Engagierten bewusst sind und aktiv nach Unterstützung fragen. Gleichzeitig weist die befragte Person A auf extreme personelle Engpässe in der hauptamtlichen Struktur hin, welche für sie wahrnehmbar sind. Hierbei gibt sie einen Einblick darüber, wie versucht wird dem Mangel an personellen Ressourcen entgegenzuwirken: „Ich bin Einzelkämpfer. Also der Landkreis [LANDKREIS] hatte eine Person im Landkreis. (...) Wir sind Einzelkämpfer. Und deswegen ist die Vernetzung und die Kollaboration mit den Kolleginnen und Kollegen extrem wichtig.“ (A 40 - 43).

Die befragte Person B beschreibt ihre Einrichtung als rein hauptamtlich organisiert: „Also wir sind nur hauptamtlich.“ (B 37 - 40). Die Verbindung zum Ehrenamt entsteht vor allem über Beratungsaufgaben: „Unsere Verbindung zum Ehrenamt ist innerhalb unserer Arbeit durchaus. Also wir beraten Ehrenamt immer (...) Es gehört immer dazu, Ehrenamtler zu beraten, wenn sie denn Fragen haben und auf uns zukommen.“ (B 37 - 40). Diese Beratung findet jedoch meist erst dann statt, „wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist.“ (B 37 - 40), also eher reaktiv und problembezogen. Im hauptamtlichen Team selbst gibt es eine große Vielfalt: „Wir haben unterschiedliche Nationalitäten, dementsprechend auch unterschiedliche Glaubensrichtungen. Wir sind ja ein christlicher Träger, in meinem Team spiegelt sich das sehr, sehr gering wieder tatsächlich. Die meisten haben aber keine religiösen Hintergründe.“ (B 60 - 63). Auch altersbezogen besteht eine breite Spanne bei den mitarbeitenden Personen: „Vom Alter her ist es tatsächlich auch sehr unterschiedlich (...) Wir haben hauptsächlich Frauen.“

(B 64 - 66). Gleichzeitig beschreibt B eine Verkleinerung des Teams: „Also unser Team hat sich stark verkleinert, weil wir über zwei Jahre betreuen und viele Ukrainer*innen seit zwei Jahren da sind. Dementsprechend hat sich unser Team auch verkleinert, weil wir weniger Klient*innen haben.“ (B 66 - 68). Der Umfang der Arbeit hängt damit direkt von der Zahl der Klient*innen ab.

Als aktuelle Strategie zur Bewältigung der personellen Engpässe werden Kooperationen und Vernetzungsstrukturen genutzt und ausgebaut, um die knappen Ressourcen im Ehrenamt und Hauptamt zu bündeln und die bestehende Arbeit nachhaltig zu stärken. Dennoch geht aus dem Zitat hervor, dass die Beratungsarbeit für Ehrenamtliche im gesamten Landkreis von einer einzelnen Fachkraft getragen wird. Auch B setzt vermehrt auf die Vernetzung mit anderen Organisationen. Auf die Nachfrage zur Zusammenarbeit mit anderen Organisationen zur Abwehr rechtsextremer Einflüsse nennt B mehrere Einrichtungen: „Ja, [EINRICHTUNG 2].“ (B 687 - 701). Sie führt aus, dass sie persönlich zwar noch nicht mit dieser Einrichtung zusammengearbeitet hat, andere Mitarbeitende jedoch schon: „Also alle wissen, wenn es ein Übergriff auf Klienten gab, dann ist das der erste Anruf und häufig sind die auch schon involviert.“ (B 687 - 701). Außerdem fügt sie hinzu: „Ansonsten wir arbeiten viel mit dem Flüchtlingsrat zusammen, aber das hat eher weniger mit rassistischen Übergriffen zu tun.“ (B 687 - 701). Sie verweist zudem auf den „Dachverband der Diakonie“, in dessen Rahmen man Themen wie „Rassismus an Schulen“ oder „Rassismus bei Ärzten“ einbringe (B 687 - 701). Unter den Trägern, „die die gleiche Arbeit machen“, beschreibt B eher einen kommunikativen Austausch und eine Art „Schulterschluss“ (B 687 - 701), weniger konkrete Möglichkeiten, sich gegenseitig praktisch zu entlasten. Zusätzlich beschreibt B eine „gute Zusammenarbeit mit dem Jobcenter“, wo es „viele Mitarbeitende im Jobcenter“ gebe, „die sehr offen sind.“ (B 687-701). Gleichzeitig beschreibt sie, „dass wir halt auch noch die alten Strukturen“ haben (B 687-701). Und benennt in diesem Kontext explizit die Ausländerbehörde: „Was wir halt wahrnehmen, Ausländerbehörde krass. Wirklich krass. Sozialamt teilweise auch, also in Ämtern und Behörden gibt es extrem viel Rassismus. Punkt.“ (B 687-701). Diese Aussage von B lässt sich auch durch eine empirische Bestandsaufnahme der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zu Diskriminierungsrisiken für Geflüchtete stützen. Hierbei fand eine Befragung von 252 Beratungsstellen statt, sowie 20 leitfadengestützte Interviews. Die Ergebnisse zeigen, dass über Diskriminierung in Behörden besonders häufig berichtet wurde. So gaben 68 % der befragten Organisationen an, dass Geflüchtete, die in Ämtern und Behörden Hilfe suchen, besonders häufig von Diskriminierung betroffen sind. Ebenso wird besonders die Diskriminierung in Jobcentern, Ausländerbehörden und auf dem Standesamt hervorgehoben (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2016: 8 f.).

Die Zusammensetzung der Ehrenamtlichen beschreibt A als vielfältig, benennt jedoch eindeutige Konzentration bei älteren und weiblichen Engagierten: „Ich muss sagen, dass die meisten, ich schätze mal so 70 %, die 65 überschritten haben oder die 60 überschritten haben, die in ihrem letzten Lebensdrittel (...) etwas Sinnvolles und Freudhaftes tun wollen.“ (A 53 - 57). Gleichzeitig betont die befragte Person A, dass etwa „70 bis 75 %“ der Engagierten Frauen sind (A 57). Somit ist das Ehrenamt vor Ort stark geprägt von älteren Frauen. Des Weiteren markiert Person A neben dieser Gruppe der Engagierten eine weitere, wachsende Zielgruppe. Junge Männer mit einem Migrationshintergrund, welche insbesondere im Care-Bereich aktiv werden möchten. Sie berichtet: „Ich hab auch relativ viele Anfragen gehabt und Beratungen gehabt von Männern, jungen Männern mit Migrationshintergrund, die gerne in der Pflege tätig werden wollten und dort auch ehrenamtlich sich engagieren wollten. Und das freut mich sehr.“ (A 57 - 60). Insgesamt schätzt Person A, „dass der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund oder eben auch Menschen, die noch den Flüchtlingsstatus haben, (...) so 15 %“ beträgt, „und die sind eben auch jünger bis 25.“ (A 64-67). Die in dem Interview beschriebene Zusammensetzung der Ehrenamtlichen verweist auf zwei zentrale Personengruppen. Zum einen auf junge Männer mit Migrationshintergrund und zum anderen auf Frauen im hohen Alter.

Die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen beschreibt B als „sehr wechselhaft“ (B 42 - 43). Oftmals begegnet sie Ehrenamtskreisen, „die häufig kirchlich sind“ (B 42 - 43). Auch im weiteren Verlauf betont sie, dass Ehrenamtliche im Kontext ihrer Arbeit meist „von einer Kirche oder von irgendwelchen Kirchenkreisen kommen, häufig auch Freikirchler. Hauptsächlich Frauen. (...) In der Regel auch schon nicht mehr im Berufsleben, also viele Rentner*innen, denen wir im Ehrenamt begegnen.“ (B 75-79). Somit begegnen auch B vermehrt Frauen im höheren Alter, die sich ehrenamtlich betätigen innerhalb ihrer Arbeit. Die Leitungsstrukturen dieser Kreise seien dagegen häufig männlich dominiert: „Tatsächlich häufig angeleitet von Männern, was wahrscheinlich einfach noch an den alten Strukturen liegt.“ (B 75 - 79).

Im Hinblick auf die Forschungsfrage: „Welche wahrgenommenen Erfahrungen bezüglich rechtsextremer Einflussnahmen existieren bei Akteur*innen im Ehrenamt und bürgerschaftlichen Engagement in Mecklenburg-Vorpommern, und welche Strategien entwickeln diese Akteur*innen zum Schutz ihrer Mitglieder und zur Wahrung ihrer Werte und Ziele angesichts dieser Einflussnahmen?“ ist die Zusammensetzung der Ehrenamtlichen für die Analyse extrem rechter Einflussversuche sehr bedeutsam, da sich Risiken und Angriffspunkte je nach Zielgruppe unterschiedlich darstellen können. Somit beeinflusst die Zusammensetzung der ehrenamtlichen Personengruppen,

maßgeblich auch wie Schutzstrategien gestaltet werden müssen, um nachhaltig wirksam zu sein und welche Einfallstore für rechte Narrative bestehen. Engagierte Personen mit einem Migrationshintergrund sind von direkten Abwertungen, Diskreditierungen, Anfeindungen und Ausschlussmechanismen durch rechte Narrative betroffen, da sich rechtsextreme Ideologien häufig gegen diese Personengruppe richten. Zudem geraten junge Männer mit Migrationshintergrund immer wieder in den Fokus abwertender Zuschreibungen durch rechte Narrative. Um genau diese gesonderte Gefährdung passend abbilden zu können, beziehe ich mich nachfolgend auf die diskursanalytische Studie von Vollmer und Karakayali aus den Jahren 2017 und 2018 zum deutschen Mediendiskurs über Menschen mit Fluchterfahrung. Die Autor*innen zeigen auf der Grundlage einer Analyse von Beiträgen aus deutschen Leitmedien, dass Geflüchtete vor allem dann als „schutzwürdig“ dargestellt werden, wenn sie als „gezwungen“ und handlungsunfähig erscheinen. Ebenso zeigt die Studie auf, dass insbesondere männliche Geflüchtete häufiger in der Legitimität ihrer Flucht- oder Migrationsgründe angezweifelt werden und häufiger als „Wirtschaftsmigranten“ gerahmt werden. Damit liefert die Studie eine empirisch gestützte Einordnung dafür, dass das angesprochene Narrativ in öffentlichen Deutungsmustern präsent ist und als mögliches Einfallstor für extrem rechte Einflussnahmen im Ehrenamt fungieren kann.

“The acceptance of refugees depends on their representation as „deserving“. Deservingness, as we will argue, negatively correlates with agency and choice on the side of the refugees. As data from a survey among volunteers in Germany suggests, the quite generic statement “being forced” to migrate is the reason that volunteers for refugees in Germany regard as most legitimate” (Karakayali / Kleist 2015). “Children and families, we argue, serve as narrative and visual markers for this condition as opposed to men, who often represent the figure of the rational choice individual, who – sometimes depicted with the term „asylum shopper“ – tends to be seen as illegitimate; an economic migrant, who does not deserve protection.” (Vollmer / Karakayali 2018: 6)²

Die in den Interviews erkennbar hohe Beteiligung von Frauen im hohen Alter ist für die Einordnung der Ergebnisse ebenso bedeutsam, da sie die Wahrnehmung und Bearbeitung extrem rechter Einflussversuche mitprägen könnte. Eine mögliche Hypothese ist, dass Einflussnahmen in solchen Engagementkonstellationen weniger über offene Provokation oder direkte Konfrontation erfolgen, sondern eher über alltagsnahe Gesprächsanschlüsse, die nicht unmittelbar als rechtsextrem erkennbar sind, aber entsprechende Narrative normalisieren können. Einflussnahmen können sich

² Die Arbeit nutzt die öffentlich zugängliche Accepted-Manuscript-Version (ResearchGate-Upload der Autor*innen). Seitenzahlen können von der Verlagsversion abweichen.

damit sowohl als direkte Anfeindungen gegen einzelne Engagierte als auch als subtile Deutungsangebote und Spaltungsstrategien entlang von Alter, Geschlechter und Zuschreibungen von Zugehörigkeiten zeigen. So können Deutungsmuster wie „Früher war alles besser.“ oder „Man darf heutzutage gar nichts mehr sagen.“ rechtsextreme Narrative subtil platziert werden, sodass sie zunächst unbemerkt anschlussfähig werden und Einfluss auf Wahrnehmungen und Deutungen nehmen. Zur theoretischen Einordnung dieser Hypothese, dass extrem rechte Einflussnahmen bei älteren Engagierten auch über scheinbar alltagsnahe Gesprächsanschlüsse durch beispielsweise nostalgische Vergleiche anschlussfähig werden können, beziehe ich mich auf die Open-Access-Studie von Menke und Wulf aus dem Jahr 2021. Die Studie untersucht am Beispiel rechtspopulistischer Kommunikation, welche Wirkung nostalgische Rahmungen auf die Zustimmung zu politischen Aussagen haben. So berichten die Autor*innen, dass die teilnehmenden Personen populistischen Aussagen stärker zustimmen, wenn diese nostalgische Rhetorik enthielten. *„(...) participants tended to agree more with populist statements if they contained nostalgic rhetoric (compared to non-nostalgic populist and control rhetoric). These findings suggest that right-wing populists can effectively exploit nostalgia and that it may ‘sugarcoat’ populist messages.“* (Menke / Wulf 2021: 237)

Dieses Zitat aus der Studie von Menke und Wulf stützt die Hypothese, dass Personen populistischen Aussagen eher zustimmen, wenn diese nostalgisch gerahmt sind. Die Autor*innen begründen die Wirksamkeit von nostalgischer Rhetorik im Zusammenspiel mit einer gezielten Diskursverschiebung damit, dass sie als Teil einer manipulativen Strategie gezielt eingesetzt werden, um bestimmte Deutungsmuster zu aktivieren. *„As we will show, those with radical or extreme agendas tend to exploit nostalgia for emotional manipulation to either stabilize or mobilize against the status quo.“* (Karakaya zitiert nach Menke / Wulf 2021: 238)

Daraus folgt, dass Nostalgie als wirkungsvolles rhetorisches Mittel fungiert, welches dazu dient, die Anschlussfähigkeit populistischer Botschaften zu erhöhen. Hierbei ist zu betonen, dass gerade die Personengruppe der älteren Menschen, wozu auch die in den Interviews benannten älteren Frauen zuzählen, ein ideales Ziel dieser Strategien und zugleich ein Resonanzraum für nostalgisch gerahmte Deutungsangebote ist. Nostalgie ist im höheren Alter stärker ausgeprägt und unter anderem mit dem Übergang in den Ruhestand, biografischen Rückblicken und veränderten Lebensbedingungen eng verwoben. Somit können idealisierende Rahmungen der Vergangenheit durch beispielsweise typische Sätze wie „Früher war alles besser.“ oder „Das hätte es früher

nicht gegeben.“ emotional aufgeladen werden und sind hierdurch besonders anschlussfähig.

Insgesamt erhöht die Koexistenz beider Gruppen die Bedeutung von Schutzstrategien, die sowohl klare Haltung und Unterstützung bei Anfeindungen als auch Sensibilisierung, Grenzziehung und eine konfliktfähige Kommunikationskultur umfassen, um Spaltungsdynamiken innerhalb des Ehrenamts zu vermeiden.

Neben organisierten Ehrenamtsstrukturen verweist B zusätzlich auf informelles Engagement: „Es gibt schon immer diejenigen, die für ihre Nachbarn mit Einkaufen gehen oder die mitnehmen, da ändern wir jetzt nichts dran. Das ist kein Ehrenamt, was offensichtlich ist. Das ist Nachbarschaftshilfe.“ (B 399 - 412). Ihr eigenes Dorf beschreibt sie hierbei als positiv: „Wir haben in unserem Dorf eine sehr gute Willkommensstruktur. Das ist tatsächlich recht selten.“ (B 399 - 412). Dieser Abschnitt ist für diese Arbeit bedeutsam, da B deutlich zwischen organisiertem Ehrenamt und informeller Nachbarschaftshilfe unterscheidet. Diese Differenz ist im Kontext extrem rechter Einflussnahmen zentral. Für organisierte Engagementstrukturen beschreibt Krüger, dass Engagement niedrighschwellige Einfallstore für extrem rechte Akteur*innen bietet, auf Angebote und Institutionen Einfluss zu nehmen (vgl. Krüger 2022: 537). Zudem kann das soziale Engagement genutzt werden, um sich als „Kümmerer“ zu inszenieren und auf die Strukturen von Institutionen einzuwirken (vgl. Krüger 2022: 538). Der Verweis von B auf eine sehr gute Willkommensstruktur lässt sich vor diesem Hintergrund als Hinweis auf inklusive lokale Normen lesen, die exkludierenden Deutungen von Hilfsbereitschaft entgegenstehen können. Gleichzeitig zeigt der Vergleich, dass Schutz- und Präventionsmaßnahmen vor allem auf der institutionellen Ebene, beispielsweise in Vereinen, Trägern und Organisationen, systematisch umsetzbar sind. Informelle Nachbarschaftshilfe ist hingegen weniger formal organisiert und damit kaum über standardisierte Konzepte steuerbar. In dem Interview bleibt ebenso offen, in welchem Ausmaß die Nachbarschaftshilfe von Einflussversuchen durch rechte Akteur*innen betroffen ist.

7.2 Einstellungen und Konflikte im Ehrenamt

Wie bereits aus der Beschreibung beider Hauptzielgruppen hervorgeht, gibt es eine eindeutige Altersdifferenz, welche sich auch in den Einstellungen der Ehrenamtlichen bemerkbar macht. Hinsichtlich der Einstellungen innerhalb des Ehrenamtes beschreibt Person A wahrnehmbare Vorbehalte von der älteren Zielgruppe gegenüber geflüchteten Menschen. „Die zu mir kommen, würde ich sagen bei den Älteren merke man immer manchmal eine gewisse Abneigung gegenüber Flüchtlinge. Und die möchten das nicht

so gerne mit Flüchtlingen zusammenarbeiten, aber das ist wirklich der geringere Teil. Aber man merkt es doch schon, aber das hauptsächlich bei den Älteren.“ (A 76 - 79). Bei jüngeren Ehrenamtlichen seien solche Haltungen bislang „noch nicht aufgefallen.“ (A 76 - 79). Diese Aussage könnte ein mögliches Indiz für die bereits beschriebenen Wirkungsmechanismen und den vorhandenen Resonanzraum für die rechtsorientierten Deutungsangebote. Als Erklärung für rechtsextreme Einstellungen verweist A nicht auf fehlende Bildung, sondern eher auf individuelle Motive: „Eine rechtsextreme Einstellung beziehungsweise rechtsextremes Verhalten ist häufig egoistisch motiviert.“ (A 246 - 249). Sie konkretisiert: „Ich glaube, dass ein Großteil Egoismus dahintersteckt, für mich nur das Beste und ich will, ich will. Aber das kann man auch anders machen, deswegen muss man nicht rechtsextrem sein.“ (A 246 - 249).

Auch B verweist auf Spannungen innerhalb der Einstellungen bei den Mitarbeitenden. In ihrem Fall durch Russlanddeutsche im Team: „Allerdings, was wir gerade letzte Woche besprochen haben, haben wir ja auch Russlanddeutsche natürlich in unserem Team und da ist manchmal die Thematik Russlandnähe natürlich.“ (B 86 - 92). Sie beschreibt die Schwierigkeit, diese Russlandnähe einzuordnen: „Inwieweit das mit dem deutschen Rechtsextremismus in Verbindung steht ist schwierig, weil natürlich irgendwie die Parteien aus dem rechten Spektrum auch Russland nah sind. Deshalb ist es immer ein bisschen schwer, da auszudifferenzieren.“ (B 86 - 92). Besonders irritierend war für B der Fall einer Mitarbeitenden Person mit AfD-Nähe: „Es gab auch mal eine Mitarbeiterin mit der Nähe zur AfD, was ich extrem verwunderlich fand tatsächlich. Also das hat mich ein bisschen schockiert.“ (B 92 - 96). B beschreibt, wie sie damit umgegangen ist: „Da half aber auch viel Kommunikation, viel über Wahlprogramme reden und so weiter. Auch auf ganz einfacher Ebene, wo man gefragt hat: Wie willst du nicht mehr nach Mallorca fahren im Sommer, oder was? Ist dir klar, dass du auch dann diejenige bist, die geht mit deinem Hintergrund und so?“ (B 92 - 96). B zieht dennoch eine differenzierte Grenze: „Ja, aber eine AfD Nähe würde ich nicht als rechtsextrem bezeichnen.“ (B 96 - 97). Diese Interviewaussage von B könnte auf die Diskursverschiebung und Normalisierung rechter Politik, über die des Öfteren bereits innerhalb dieser Arbeit Bezug genommen wurde, zurückzuführen sein. So verschwimmen nach und nach die Grenzen dessen, was als sagbar gilt und welche Deutungen schrittweise anschlussfähig werden. Wodak beschreibt solche Prozesse als Normalisierung und als Verschiebung der Grenze des Sagbaren, wenn ehemals tabuisierte Inhalte stärker akzeptiert werden (vgl. Wodak 2025: 19). Brown, Mondon und Winter fassen dies als Mainstream auf und führen aus, dass rechte Positionen durch diskursive Übernahmen in die gesellschaftliche Mitte einwirken, ohne dass die Personen, die diese rechten Deutungsmuster übernehmen,

sich selbst als rechts verstehen (vgl. Brown / Mondon / Winter 2023: 162). Ein typischer Disclaimer für die Verschiebung ist zum Beispiel der Satz „Ich bin ja kein Nazi, aber...“. Dies stellt oftmals eine Distanzierungsformel dar, welche dazu dient sich selbst moralisch abzusichern und die problematischen Aussagen zu relativieren oder als verständlich zu präsentieren (vgl. Augoustinos / Every 2007: 125 f.). So ist die Aussage von B als ein Hinweis zu verstehen, inwieweit rechte Narrative in der gesellschaftlichen Mitte bereits angekommen sind und von Personen, die sich selbst nicht rechts einordnen, normalisiert werden und keinesfalls ein Zeichen von Akzeptanz von derartigen Relativierungen. So lässt sich die Aussage, „dass nicht alle Personen, die die AfD wählen rechts seien“ zwar einordnen, jedoch nehmen die Wähler*innen nichtsdestotrotz in Kauf rechte Narrative zu unterstützen und weiterzutragen durch ihre Wahlbeteiligung oder Nähe zur Partei.

Konflikte entstehen vor allem dort, wo Ehrenamtliche sich für Geflüchtete engagieren. So berichtet A, dass Ehrenamtliche Anfeindungen aus dem eigenen Umfeld erleben, etwa wenn sie sich in einem Flüchtlingsheim engagieren oder mit Geflüchteten Freizeitaktivitäten gestalten: „(...) dass Ehrenamtliche gesagt haben, OK, bin von meinem Nachbarn angefeindet worden, warum ich dahingehe und mit den Flüchtlingen Fußball spiele oder warum die mit den Deutschlerner oder solche Sachen, also das merkt man doch schon ganz verstärkt.“ (A 98 - 103). Des Weiteren beschreibt A, dass dies für einige Engagierte gravierende Folgen hatte: „Bei zwei Fällen weiß ich, dass sie gesagt haben: Ich halte das nicht mehr aus. Such mir bitte was anderes, ich kann nicht im Flüchtlingsheim unterstützend wirken oder helfen, weil ich so angefeindet werde in meinem Umfeld.“ (A 113 - 116). Aus diesen Aussagen geht hervor, dass Anfeindungen im sozialen Umfeld nicht nur als Belastung erlebt werden, sondern teilweise konkrete Handlungsfolgen haben. So kommt es in einzelnen Fällen zum Abbruch des Engagements innerhalb der Geflüchteten-Hilfe. Hierbei wird sichtbar, wie soziale Sanktionierung und Konfliktdruck ehrenamtliche Tätigkeiten in Bereichen von Flucht und Migration delegitimieren und den Zugang zu Unterstützungsstrukturen schmälern können. Der Rückzug aus diesen Ehrenamtssparten ist folglich nicht primär als individuelles Scheitern zu bewerten, sondern viel mehr als Hinweis auf exkludierende lokale Diskurs- und Machtverhältnisse, welche das Engagement in migrationsbezogenen Feldern erschwert.

Auf die Frage nach politischen Einstellungen im Haupt- und Ehrenamt antwortet B: „Links-Grün versifft wird man wahrscheinlich sagen. Also zum größten Teil. Der Beruf bringt das mit sich, dass viele natürlich eher im linken Spektrum einzuordnen sind.“ (B

85 - 86). Damit beschreibt B sowohl eine Selbst- als auch Fremdwahrnehmung eines überwiegend links politisch verorteten Helfersystems. Diese Aussage lässt sich mit empirischer Forschung gut stützen. So haben Burzlaff, Kindler und Schwartz-Tayri in ihrer Einordnung bestehender Studien zur politischen Beteiligung von Sozialarbeiter*innen erörtert, dass Sozialarbeiter*innen in Deutschland (und der Schweiz) eine deutliche Präferenz für linke Parteien zeigen und sich selbst auf einer Links-Rechts-Skala klar links verorten (vgl. Burzlaff / Kindler / Schwarz-Tayri 2025: 1892). Damit passt der Eindruck von B zu dem, was in den empirischen Daten beschrieben wird.

7.3 Rechtsextreme Einflussnahmen und Diskursverschiebung

Die befragte Person A gibt an, keine direkten Angriffe durch extrem rechte Akteur*innen auf ihre Einrichtung erlebt zu haben. Sie führt jedoch an, dass es durchaus „natürlich indirekt“ (A 84 - 88) Einflussnahmen gegeben hat. So meldete A im Interview zurück, dass sich vermehrt Vereine bei ihr melden und über die Zunahme rechtsextremer Stammtischparolen berichten. „Vereine (...) sagen ja, aber uns werden diese Stammtischparolen immer größer. Was machen wir dagegen?“ (A 84 - 88). Diese sogenannten Parolen verortet A explizit im extrem rechten Spektrum. Auch insgesamt ist für A ein deutlicher Umschwung des öffentlichen Diskurses spürbar. Hierbei äußert A sich zur Offenheit extrem rechter Einstellungen: „Also bis vor zwei Jahren war es noch so subtil. Jetzt sagt auch jeder, dass er die AfD wählt. Jetzt sagt jeder ich will nicht, dass da ein Flüchtlingsheim entsteht. Ich will nicht, dass meine Kinder mit hmhm spielen und so, also jetzt ist es auch ganz klar.“ (A 107 - 109). Dieser Auszug aus dem Interview beschreibt die Normalisierung von rechten Narrativen in der gesellschaftlichen Mitte. Die FES-Mitte Studie aus den Jahren 2024 und 2025 beschreibt ebenso, dass auf eine vielfältige Weise Rechtsextremismus den Weg in die gesellschaftliche Mitte findet. So sind Normalisierungsprozesse von der bewussten bis zur unbewussten Übernahme rechtsextremer Begriffe, Bilder oder Ideologien und Narrative ein Treiber der Diskursverschiebung, woran auch Personen durchaus beteiligt sind, die sich selbst nicht als rechtsextrem wahrnehmen. Zudem betont die Studie, dass die Normalisierung oftmals über die Akzeptanz rechtspopulistischer und verschwörungsorientierter Haltungen entsteht und Rechtsextremismus hierbei als „Brückennarrativ“ fungiert. Die Konsequenz hieraus ist, dass rechte Narrative „salonfähig“ gemacht werden und Schritt für Schritt in den öffentlichen Diskurs eingespeist werden können. Vor diesem Hintergrund lässt sich die Interviewaussage als Ausdruck eines gesellschaftlichen Klimas interpretieren, in welchem rechte Deutungsmuster zunehmen und legitimiert werden. Die Folge dessen ist, dass Anfeindungen gegenüber dem Engagement in

Bereichen der Flucht und Migration wahrscheinlicher und sozial anschlussfähiger werden (vgl. Zick et al. 2025: 30). Ebenso geben die Autor*innen der Studie einen Anhaltspunkt dafür, weshalb dieses Vorgehen so wirkungsvoll ist. *„Populist:innen und Radikale schüren Emotionen und normalisieren dadurch rechtsextreme Positionen. (...) Sie greifen reale, teils ungelöste Probleme der Demokratie auf - etwa Wohnungsmangel, die Aufarbeitung der Coronapandemie, Energieversorgung oder Risiken der industriellen Transformation - und nutzen sie für vereinfachte ethnokulturell aufgeladene Erzählungen.“* (Zwick et al. 2025: 26). Hierbei zeichnet sich ein immer wiederholendes Vorgehen ab, was bereits am Beispiel der Nutzung von nostalgischer Rhetorik klar zu erkennen ist und sich auch in emotional aufgeladenen, sicherheitsbedrohenden Thematiken wie im Zitat beschrieben wiederfinden lässt.

Die Entwicklung hin zur Enttabuisierung und Relativierung von rechten Narrativen begegnet der befragten Person A auch in ihrem privaten Umfeld. So berichtet sie von Bekannten, die offen sagen: „Ich steh dazu, ich hab die AfD gewählt und dann könnt ihr mich Nazi nennen.“ (A 212 - 216). Zugleich betont A, dass Rechtsextremismus nicht auf „ungebildete“ Personen beschränkt sei: „Man sagt immer oder häufiges Vorurteil, Rechtsextreme sind nicht gebildet. Dem würde ich nicht unbedingt zustimmen.“ (A 216 - 217). Radikalisierung betreffe auch Menschen mit einem durchschnittlichen oder höheren Bildungsstand laut A (A 216 - 217).

Diese Interviewaussage wird durch die FES-Mitte-Studie differenziert gestützt. So diskutieren die Autor*innen zwar, dass die geringe Zustimmung rechter Narrative bei formal höher gebildeten Personen auch mit sozial erwünschten Antworten bei den Umfragen zusammenhängen könnte, zugleich zeigen die aktuellen Ergebnisse aber insgesamt kein eindeutiges Bildungsproblem. Hierbei ist entscheidend, dass eine hohe Schulbildung nicht automatisch mit einer geringeren Zustimmung rechter Narrative einhergeht und eine niedrigere Schulbildung nicht automatisch mit einer höheren Zustimmung. So fallen sogar bei mehreren Dimensionen, wie zum Beispiel Diktaturbefürwortung, Fremdenfeindlichkeit oder Verharmlosung des Nationalsozialismus, eine höhere Zustimmung durch Personen mit einem mittleren Bildungsniveau auf. Gleichzeitig lassen sich laut der Studie rechtsextreme Einstellungen in allen Bildungsgruppen feststellen (vgl. Zwick et al. 2025: 77 f.).

Deutlich wird die Eskalation von offener, rechter Sprache und die damit zusammenhängende Verschiebung des Sagbaren an einem Beispiel, dass A nach den jüngsten Messerattacken zitiert: „So ja, vor 45 hätte man gewusst, was man mit solchen Menschen macht und und und. Das ist schon heftig.“ (A 228 - 230). Diese Aussagen wertet A als Ausdruck einer massiven Verschiebung der Grenzen des Sagbaren.

Auch B nimmt zunehmend einen Wandel innerhalb der öffentlichen Haltung gegenüber Geflüchteten wahr und berichtet von einer zunehmenden Diskursverschiebung. Innerhalb des Interviews beschreibt B einen massiven Wandel der öffentlichen Wahrnehmung ihrer Arbeit seit dem Jahr 2022: „Also die letzten zwei Jahre haben massive Veränderungen gebracht, wirklich massiv.“ (B 131 - 133). Zu Beginn des Ukrainekrieges sei die Arbeit hoch anerkannt gewesen: „Als wir angefangen haben 2022, waren wir die Helden, dann waren wir diejenigen, die den Ukrainern helfen und man hat gerne gesagt, was man arbeitet.“ (B 109 - 111). Inzwischen berichtet B: „Jetzt spucken uns die Leute vor die Füße, wenn wir sagen, was wir arbeiten.“ (B 109 - 111). Im Nachgang fügt B hinzu, dass sie die Ursache dieses Wandels in der politischen Gesamtentwicklung in Deutschland sieht: „Das hat was mit der gesamten deutschen politischen Situation zu tun. Sachen, die man jetzt sagen darf, Sachen, die im Bundestag gesagt werden, in Debatten. Es hat sich einfach das ganze Gefühl verändert und dass darüber gesprochen wird.“ (B 111 - 114). Sie benennt konkret Diskurse über Ukrainer*innen: „(...) dass darüber gesprochen wird, wie viele Ukrainer arbeiten zum Beispiel, unabhängig davon, wie viele alleinerziehende Mütter hier sind und so weiter.“ (B 114 - 118). Sie betont zusätzlich, dass diese Diskussionen „nicht von einer extremen Rechten“ kommen, sondern „das kommt von den Rechten.“ (B 114 - 118). In Nachbarschaftskommunikation würden Probleme „konstruiert“ werden (B 114 - 118), was dazu führt, dass „wir merken, dass wir uns nicht so gerne zeigen in dem, was wir tun, weil wir Angst vor Übergriffen haben.“ (B 114 - 118). Diese Aussage kann als weiterer Hinweis gesehen werden, dass rechte Narrative bereits in der gesellschaftlichen Mitte anschlussfähiger geworden sind und dazu führt, dass ein gesellschaftliches Feindbild, was der rechten Ideologie entspricht, geschaffen wird.

Auch aus Sicht der Klient*innen ist dieser Wandel vermehrt wahrnehmbar. So berichtet B: „Diejenigen, die jetzt seit fast drei Jahren hier sind, die spüren einen deutlichen Unterschied. Das, was ich vorhin beschrieben habe. 2022, da haben alle noch die offenen Arme gehabt. Und jetzt nicht mehr, das spüren sie schon. Wenn der Nachbar sich über Kinderlärm beschwert, was vor drei Jahren noch kein Problem war oder irgendwelche Sachen untergeschoben werden, die vermeintlich gemacht wurden oder so tatsächlich auch.“ (B 197 - 202). Zusätzlich hätten „Beleidigungen auf der Straße und so weiter“ zugenommen, „das beschreiben auch Klient*innen.“ (B 202 - 203).

7.4 Rechtsextreme Strategien und Bedrohungsverhalten

Auf die Frage nach Strategien extrem rechter Akteur*innen nennt A vor allem Einschüchterung und Gewaltbereitschaft. Sie sagt: „Ja, also sind ja auch einschüchternd noch. Angst! Absolut (...)“ (A 232 - 237). Besonders eindrücklich schildert A die Situation im Dorf Jarmel, wo ein bekanntes Festival gegen rechte Gewalt stattfindet: „Wenn ich hier in Jarmel an die Familie [FAMILIENNAME] denke, die dort wohnen und immer dieses Festival einmal im Jahr machen Rock den Förster. Wenn da nachts irgendwelche Gestalten mit Stahlhelmen im Garten stehen.“ (A 232 - 237). Solche Erlebnisse wertet A als gezielte Einschüchterungsstrategie. Ebenso bei Demonstrationen beschreibt A eine bedrohliche Präsenz rechter Gruppierungen. In Bezug auf eine Gegendemonstration sagt A: „(...) da waren dann Leute, die für rechts demonstriert haben und naja die tragen wieder ihre Springerstiefel. Sie tragen wieder ihre Bomberjacken, sie sind schwarz ver mummt, das ist schon angsteinflößend. Sind das alles irgendwelche Kanten. Die sind dann auch nicht fröhlich, sondern das ist ja auch dieses Gehabe extremst aggressiv aufzutreten. Nicht mehr vernünftig in keinen Diskurs gehen zu können.“ (A 259 - 263). Sichtbare Szenensymbole und ein aggressives Auftreten dienen hier der Herstellung von Dominanz und der Abschreckung politischer Gegner*innen. Die rechten Einflussnahmen finden laut B „Sowohl als auch“ (B 164) subtil und offen statt. Anschließend differenziert B: „Also das Subtile ist sogar das schlimmere und ich würde denken, das ist sogar mehr. Also das, was jetzt so offen ist, ist eher selten tatsächlich. Also bei einer Demo, der Atem im Nacken, es wäre erstmal noch nichts. Ist nur das Gefühl, das ist schon das Stärkere.“ (B 168 - 170).

Innerhalb der Kommunalpolitik verweist B auf eine Zunahme von Angriffen: „Also grundsätzlich in der Kommunalpolitik gab es ja auch gerade eine Studie, dass es deutlich mehr Übergriffe auf Kommunalpolitiker gibt. Immer weniger Menschen sich dem stellen. (...) Ich habe im letzten Jahr auch stark darüber nachgedacht, ob ich mich denen noch mal stelle, weil ich von Kolleg*innen aus anderen Dörfern weiß, dass die Rechten da massiv Druck machen.“ (B 141 - 145). Sie beschreibt gezielt Situationen aus den Bürger*innensprechstunden: „Die stehen in einer Bürgersprechstunde. Also wenn man deutlich links ist, dann hat man Übergriffe zu erwarten. Das heißt, wenn man deutlich links ist, macht man das entweder nicht mehr oder man zeigt das nicht so deutlich.“ (B 145 - 147).

Ein zentrales Muster ist für sie „das Spiel mit der Angst“. Sie führt dies weiter aus: „Also es gibt so dieses, das sagt man ja auch immer so, das Spiel mit der Angst, das spielen sie schon sehr gut.“ (B 147 - 151). Konkret schildert sie: „Sich bei Demo für Demokratie und Vielfalt direkt hinter sich zu stellen, Fotos machen, Videos machen, zu zeigen, wir

sehen dich, wir wissen, wer du bist. Das hat man extrem häufig.“ (B 434 - 446). Früher seien Fotos „händisch verteilt“ worden, heute würden sie „einfach übers Internet geteilt“ werden. (B 434 - 446). Das Ergebnis beschreibt sie wie folgt: „Es ist schon so das Spiel mit der Angst, um Leute mundtot zu machen.“ (B 434 - 446). Wie bereits im Kapitel 4.2 beschrieben, setzen extrem rechte Akteur*innen gezielt Bedrohungslagen ein, um ein Klima der Verunsicherung zu schaffen und somit Handlungsspielräume der betroffenen engagierten Personen einzuschränken. Rechte Machtverhältnisse werden hierbei in den Vordergrund gerückt und sollen Druck auf die Betroffenen und ihr Umfeld ausüben (vgl. Sommer / Ratzmann 2022: 12 ff.). So schreibt auch Julia Ebner in einem wissenschaftlichen Sammelbandbeitrag aus dem Jahr 2019:

„Intimidation campaigns aimed at opponents involve trolling and coordinated hate campaigns have enabled far-right actors to harass, silence and publicly discredit critical voices and political opponents including journalists, activists and politicians.“ (Kreißel et al. zitiert nach Ebner 2019: 173)

So wird deutlich, dass diese gezielte Strategie der Einschüchterung und die dadurch ausgelöste Eigenzensur der Betroffenen auch im Umfeld von B wahrnehmbar ist und bereits wirksam wird. Ebenso geht B auf die Wirkung dieser Bedrohungen auf das eigene Verhalten ein: „Wir lassen uns einschüchtern, das nehme ich massiv wahr. Ich werde auch eingeschüchtert, ich lasse mich auch einschüchtern (...)“ (B 446 - 456).

Zudem meldet B zurück, eine Verschiebung im Diskurs wahrzunehmen: „Na, wie gesagt, tatsächlich das man darf ja gar nichts mehr sagen, als gäbe es tatsächlich einen Angriff auf die Meinungsfreiheit, ohne einzuordnen, dass man durchaus bestimmte Sachen nicht sagen darf, wenn man andere damit einschränkt.“ (B 432-434).

Rechte Einflussnahmen nimmt B auch im Bezug auf die Jugend wahr: „Grundgefühl und was ich auch erlebe, ist Jugendarbeit von Seiten der AfD. (...) Die gehen in die Jugendclubs, aktivieren die Jugendlichen, machen mit denen Sachen, benutzen die, um Plakate aufzuhängen, stacheln sie an, Plakate von anderen Parteien abzumachen und so weiter. (...) Ich würde es vielleicht nennen: Ehrenamtliches Streetwork von den Rechten.“ (B 254 - 259). Dass extreme Rechte niedrigschwellige Jugendangebote schaffen, kann durchaus belegt werden. So beschreibt Eva Grigori am Beispiel der extremen Rechten, dass Formate wie Jugendtreffs bewusst an offene Jugendarbeit anschließen und zugleich politisch-kaderförmig gerahmt sind. Sie beschreibt, dass niedrigschwellige Angebote, wie zum Beispiel in Jugendtreffs gemeinsam Tischkicker spielen, als Einfallstor fungieren mit dem Ziel Jugendliche im Sinne der extremen Rechten zu formen (vgl. Grigori 2020: 17).

Zu der Erkennbarkeit von rechten Symbolen und Codes sagt sie: „Es gibt wenige Symbole, die erkennbar sind (...) Dieses White-Power Zeichen hätte ich niemals erkannt.“ (B 493 - 497). Erst durch spätere Information sei ihr „erschreckend“ aufgefallen, „wie weit es verbreitet ist“ (B 497 - 501), etwa auf Instagram. Sie vermutet zugleich: „Vielleicht wissen die anderen es auch nicht.“ (B 497 - 501). Marken wie „New Balance“ oder „Lionsteel“ seien nicht mehr eindeutig zuzuordnen: „Das ist nichts, das bedeutet gar nichts mehr. (...) Up to Date zu sein unmöglich, wirklich unmöglich.“ (B 501 - 507).

Die zunehmenden rassistischen Erfahrungen der Klient*innen und Kolleg*innen von B stellen ein zentrales Thema dar. So berichtet B, dass es zwar „keine körperlichen Angriffe“ und „keine massiven psychischen Angriffe“ im Sinne von direkten Übergriffen im Projekt gegeben hat (B 118 - 125), es jedoch konkrete Fälle von Rassismus gibt: „Wir haben eine Kollegin, die Schwarz ist, die jetzt offen auf der Straße rassistisch beleidigt wird oder eine Kollegin, die ein Kopftuch trägt, die jetzt ganz anders behandelt wird.“ (B 118 - 125). B ordnet dies als „eine gesamtgesellschaftliche Veränderung“ ein, „die jetzt nicht speziell von der extremen Rechten kommt oder von speziellen Personen, was einfach so ein Grundgefühl ist.“ (B 118 - 125). Dieses Grundgefühl beschreibt sie als durchgehend in vielen Bereichen vorhanden: „Das fängt bei Ärzten, geht über die Schule und hört auf der Straße auf, wo Leute anders angeguckt werden. Das beeinflusst uns natürlich, weil es so ein Dauergefühl ist.“ (B 118 - 125). Die von B beschriebene gesamtgesellschaftliche Veränderung lässt sich empirisch als Zunahme und stärkere Sichtbarkeit von Diskriminierung, sowie als Normalisierung rechter Deutungsmuster in der breiteren Bevölkerung einordnen. Im Jahre 2024 verzeichnete die Antidiskriminierungsstelle des Bundes 11.405 Beratungsanfragen. Hierbei bezog sich der größte Anteil der Anfragen auf rassistische Diskriminierungen (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2024: 11 f.). Ebenso dokumentiert CLAIM für das Jahr 2024 rund 3080 antimuslimische Vorfälle. Im Vergleich zum Vorjahr ist hierbei ein Anstieg zu verzeichnen (vgl. CLAIM 2025: 2 f.). Dieser Anstieg ist nicht als Randphänomen der extremen Rechten zu deuten. Die Mitte-Studie aus den Jahren 2022 und 2023 stützt die Aussage eines Anstieges rechtsextremer Einstellungen. So zeigt die Studie, dass 8 % der Bevölkerung in Deutschland ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild hat. Insgesamt deuten die Befunde auf eine Normalisierung rechtsextremer Positionen hin und auch auf einen wachsenden Graubereich ambivalenter Zustimmungen zu rechtsextremen Einstellungen. So sei laut Studie die politische Selbstverortung von den Teilnehmer*innen der Befragung rechts der Mitte auf 15,5 % angestiegen. In den Jahren zuvor soll dieser Anteil bei knapp 10 % gelegen haben (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2023: 1 f.).

„Mehr Menschen in der Mitte stimmen rechtsextremen Einstellungen zu als in den Vorjahren. Es sind keine Mehrheiten, aber es ist eine Mitte, die in Krisenzeiten mehr Halt im Nationalchauvinismus, einer Befürwortung von Diktatur, einem völkischen Sozialdarwinismus und Herabwürdigungen von Minderheiten sucht. Mitten in globalen Krisen suchen mehr Menschen Halt in einem rechtsautoritären Nationalismus.“ (Zick zitiert nach Friedrich-Ebert-Stiftung 2023: 2)

Unter den von Zick angesprochenen „Krisenzeiten“ können zum Beispiel die Nachwirkungen der COVID-19 Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine seit dem 24.02.2022, sowie die damit verknüpfte Energie- und Teuerungskrise genannt werden, die öffentliche Debatten und Unsicherheitswahrnehmungen in der Bevölkerung stark geprägt haben. Zudem betont die Studie, dass Bausteine der Ideologie, wie zum Beispiel Menschenfeindlichkeit oder Diktaturbefürwortung, Brücken von Rechtsextremismus in die gesellschaftliche Mitte bilden können (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung 2025: 4). Die im Interview mehrfach betonte Schnelligkeit des gesamtgesellschaftlichen Wandels kann möglicherweise damit begründet werden, dass populistische Kommunikation vereinfachte Zuspitzungen und emotionsaktivierende Botschaften strategisch nutzt und sich als „Stimme“ der „normalen Leute“ inszeniert (vgl. Struck 2024: 15 ff.). Passend dazu zeigt das IFO Institut, dass wenn der Anteil einkommensarmer Haushalte in einer Region steigt, auch gleichzeitig der Stimmenanteil nationalistischer Parteien steigt. Auf der anderen Seite sinkt zugleich die Zufriedenheit mit der Demokratie und das Vertrauen in etablierte Parteien (vgl. Dorn / Gstrein / Neumeier 2024: 20 f.).

Die zeitliche Dimension hebt B hierbei nochmals besonders stark hervor: „Also die letzten zwei Jahre haben massive Veränderungen gebracht, wirklich massiv.“ (B 131 - 133). Ihre schwarze Kollegin wohne „seit vielen Jahren in [STADT 1] und hat in den letzten zwei Jahren Angriffe quasi auf ihre Person verbaler Natur erlebt, die es vorher nicht gegeben hat.“ (B 131 - 133). Zu ihrer eigenen Person reflektiert B: „Für mich ist es super schlimm, weil ich bin weiß, ich bin nicht gefährdet und kann mich gut wehren, wenn mich jemand schlecht behandelt und ich kann es ja nur in einem ganz kleinen Maße nachvollziehen in Bezug auf Diskriminierung als Frau.“ (B 208 - 214). Sie verweist explizit auf Mehrfachdiskriminierungen: „Und kann mir kaum vorstellen, wie schlimm es sein muss, wenn da mehrere Diskriminierungsfaktoren zusammenkommen, wie eben noch die Nationalität, die Sprache. Dass sie immer als dumm wahrgenommen werden, weil sie nicht perfekt Deutsch sprechen. Und wenn dann eben noch ein Kopftuch dazu kommt (...)“ (B 208 - 215).

Aus dem Interview geht hervor, dass konkrete Konsequenzen auch Wegzugsentscheidungen sind. B berichtet von einer Kollegin mit Familie, die den Landkreis verlassen hat: „Die Kinder kamen tatsächlich gut in der Schule an, aber die Erwachsenen nicht, die haben gesagt, wir können hier nicht ankommen, wir können hier nicht leben und sind gegangen. Und das ist eine Konsequenz, die viele ziehen, die ich durchaus nachvollziehen kann.“ (B 215 - 222). Rassistische Strukturen sieht B auch in Behörden: „Aber was wir halt wahrnehmen, Ausländerbehörde krass. Wirklich krass. Sozialamt teilweise auch, also Ämter und Behörden gibt es extrem viel Rassismus. Punkt.“ (B 687 - 701).

7.5 Spezifika des ländlichen Raums und regionale Kontexte

Die befragte Person A sieht einen engen Zusammenhang zwischen den ländlichen Raum und der Verbreitung rechter Positionen. So beschreibt sie den Landkreis [LANDKREIS] als „sehr ländliches Gebiet“ (A 116 - 118) und verweist gleichzeitig auf den sozialen Druck vom äußeren Umfeld: „Wenn man im Dorf geächtet wird oder gemieden wird, weil man nicht die AfD wählt, ist das natürlich ein Punkt, den man nicht außenvor lassen kann.“ (A 116 - 118). Auf die Frage nach einem Zusammenhang zwischen Rechtsorientierung und ländlichem Raum antwortet A: „Absolut, absolut, absolut. Wenn Sie sich die Wahlergebnisse hier anschauen, ist in den einzelnen Kommunen und Gemeinden der AfD-Anteil doch sehr, sehr, sehr hoch.“ (A 120 - 121). Zugleich beschreibt A, dass gerade Menschen mit wenigen Berührungspunkten zu Migrant*innen besonders präsent gegen diese auftreten: „Die Leute, die auf dem Land wohnen haben ja kaum Berührungspunkte mit ausländischen Mitbürgern. Jedenfalls hier in [LANDKREIS]. Und aber das sind die, die am größten schreien, Flüchtlinge nicht mehr reinlassen, alle ausweisen und so weiter. (A125 - 131). Sie verweist auf Studien, die zeigen, „je weniger Kontakt solche Leute mit Ausländern haben oder mit Flüchtlingen haben, desto größer ist die Angst und die Antipathie.“ (A 125 - 131), ebenso bestätigt A: „Das ist auch meine Beobachtung hier auf dem Land.“ (A 125 - 131). Auf welche Studie sich A hierbei genau bezieht ist nicht eindeutig erkennbar, jedoch lässt sich der Kern der Aussage durch Wolter, Schiener und Preisendörfer stützen. In einer postalischen Befragung in Mainz mit 580 befragten Personen zeigt sich: *„Je größer die geografische Distanz der Befragten zu Flüchtlingsunterkünften, desto ablehnender äußern sie sich bezüglich geflüchteter Menschen.“* (Wolter / Schiener / Preisendörfer 2020: 562). Zudem berichten die Autor*innen, dass die Analysen darauf hindeuten, dass der Zusammenhang zwischen größerer räumlichen Distanz zu Flüchtlingsunterkünften und ablehnenden Einstellungen teilweise dadurch erklärbar ist, dass seltener ein persönlicher Austausch und sozialer Kontakt mit Geflüchteten stattfindet. Als Erklärung

greifen Wolter, Schiener und Preisendörfer die Kontakthypothese auf: Sozialer Kontakt zwischen Gruppen kann Vorurteile abbauen, wenn dieser unter günstigen Bedingungen stattfindet (vgl. Wolter / Schiener / Preisendörfer 2020: 562). Hierbei wird ein positiver Rahmen der Begegnung angesprochen, welcher sich durch gleiche Interessen, ähnlichem Status oder institutionelle Rahmen ergeben kann. Beispiele für derartige Rahmen sind gemeinsame Tätigkeiten im Sportverein oder auf der Arbeit im Kollegium zusammenarbeiten.

Des Weiteren macht A deutlich, dass es regionale rechtsextreme Hotspots in Mecklenburg-Vorpommern gibt: „Das haben wir hier auch, wirklich hardcore Nazis wie in Jarmel und Grevesmühlen ist ziemlich verseucht. Das ist schon heftig.“ (A133-136). Damit beschreibt A eine regionale Verankerung rechtsextremer Szenen im ländlichen Raum von Mecklenburg-Vorpommern.

Auch B sieht einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Aktivitäten von extrem rechten Akteur*innen und dem ländlichen Raum. So äußert sich B im Verlauf des Interviews mehrfach zu den wahrgenommenen Besonderheiten ihres ländlichen Umfeldes. Sie beschreibt den Landkreis als groß, jedoch kleinteilig: „Wir sind jetzt hier in [STADT 4] mit knapp 5000 Einwohnern. Nochmal 5000 ungefähr im Amtsbereich (...) Man kennt sich, man kennt sich einfach. Und dadurch weiß man auch, was der andere denkt, der dir gegenübersteht.“ (B 175 - 179). Sie führt weiter aus, dass rechte Ansichten nichts Neues wären: „Also diese Einstellung wird es schon immer gegeben haben, aber sie wird halt jetzt befeuert und sie wird als etwas befeuert, was ja sagbar ist und was völlig in Ordnung ist. Vorher gab es da glaube ich noch kleine Hemmungen.“ (B 179 - 182). Auch hier wird deutlich, dass die enorme Diskursverschiebung des Sagbaren und die damit zusammenhängende Verharmlosung rechter Deutungen und Ausdrücke zunehmend wahrnehmbar sind.

B beschreibt zusätzlich eine sehr geringe Diversität: „Und dann gibt es ja hier keine Diversität, also die Angst vor dem Unbekannten ist ja hier extrem groß, was du in Großstädten nicht hast oder in Westdeutschland, wo es einfach schon eine viel längere Migrationskultur gibt, mit unterschiedlichen Nationalitäten. Die gibt es hier nicht und es gibt hier auch extrem wenig Menschen anderer Hautfarbe im Stadtbild, in den Schulen.“ (B 182 - 186). Sie verweist darauf, dass „80 % der Syrer die 2017 nach Demmin kamen, sind wieder weg. Die sind hier nicht geblieben.“ (B 186 - 189). Daraus schließt sie: „Also diese Feindschaft gab es offensichtlich schon immer und jetzt ist sie einfach noch viel offensichtlicher.“ (B 186 - 189).

Besonders eindrücklich beschreibt B [STADT 6]: „Ich würde mir, weil ich gerade noch mal ein Buch gelesen hab, mit gerade über [STADT 6] wünschen, dass darüber auch deutschlandweit noch mal mehr gesprochen wird. Um diese Massensuizide nach dem zweiten Weltkrieg, das wird einfach so wenig besprochen und das ist so absurd eigentlich, dass in dieser Stadt, wo so viel passiert und was so viel zeigt von dem, was da so schlimm ist, dass das so noch immer. Der ärmste Landkreis Deutschlands, extrem hohe Arbeitslosigkeit und hat auch ein Vibe, wenn man nach [STADT 6] reinfährt. Man spürt diese Beklemmung und dass das nicht weiter aufgearbeitet wird, das finde ich zum Beispiel extrem.“ (B 456 - 464). Zugleich geht B auf strukturelle Vernachlässigung ein: „Und diese Menschen, die sich so ungesehen fühlen, die auch ungesehen sind, ist ja so am Rand unseres Landkreises (...) Das wurde nie beachtet und wird auch weiterhin nicht beachtet und das führt dazu, dass die Menschen sich zu Extremen hingezogen fühlen, dass es einen hohen Alkoholkonsum gibt, dass es eine hohe Arbeitslosigkeit gibt, einen geringen Bildungsstand und alle, die einen höheren haben, hauen ab.“ (B 464 - 471)

7.6 Besonders gefährdete Bereiche des Ehrenamts

Auf die Frage nach wahrgenommenen Bereichen des Ehrenamtes die besonders von rechter Einflussnahme betroffen sind, berichtet Person A eindeutig: „Ja. Alle, die mit Integration zu tun haben,“ (A 266 - 273). Dies betrifft vor allem Initiativen und Projekte, die sichtbar mit Migrant*innen arbeiten. A berichtet im Interview beispielsweise von einer Ehrenamtsmesse, bei welcher eine Initiative mit kopftuchtragenden Frauen einen Stand hatte: „(...) selbst auf der Ehrenamtsmesse letztes Jahr passiert, da kommen ältere Damen, deutsch, die sagen, bei uns trägt man kein Kopftuch oder solche Sachen.“ (A 266 - 273). Solche Äußerungen bedeuten eine direkte rassistische Konfrontation von Ehrenamtlichen, „die alle erkennbar nicht deutsch sind“ (A 273 - 278). Im Hinblick auf das Projekt „Stadtmütter“ beschreibt A konkrete Sicherheitsüberlegungen und Bedenken: „Da gucken wir auch immer, wenn die Stadtmütter unterwegs sind (...), dass diese Aktionen dann tagsüber sind und dass sie nur auf öffentlichen Plätzen stattfinden, wo man gegebenenfalls auch einschreiten kann.“ (A 273 - 278). Sie kommentiert das kritisch: „Was ist das für ne tragische Gesellschaft. Wenn wir uns dann darüber Gedanken machen, dass wir fünf, sechs, sieben Stadtmütter, die alle erkennbar nicht deutsch sind, dann man da Angst haben muss einen Auftritt hinzulegen.“ (A 273 - 278). Neben solchen öffentlichen Aktionen sieht A auch Flüchtlingsheime als besonders bedroht: „Genau alles, was mit Integration zu tun hat, ist sicherlich Flüchtlingsheime. Das wird, glaube ich verschärft.“ (A 282 - 283).

B sieht eine weitere Personengruppe stark gefährdet von der Einflussnahme durch rechte Akteur*innen. Wie bereits im vorherigen Kapitel erwähnt, nehmen extrem Rechte Akteur*innen auch im Bezug auf die Jugendarbeit Einfluss. So lässt sich erahnen, dass Jugendliche und Kinder ebenfalls eine relevante Gruppe der Betroffenen von Einflussversuchen durch extrem rechte Akteur*innen darstellen. So beschreibt B Kinder und Jugendliche im Interview als besonders vulnerabel. Sie verweist auf fehlende Angebote: „Also wir haben ja aus den 90er Jahren nicht viel gelernt, die Jugendlichen hängen ja immer noch auf der Straße ab ohne großartige Angebote. Das wird auch alles weniger, gerade hier im Landkreis, der so arm ist.“ (B 268 - 272). Beratungsangebote seien abgebaut worden: „Es wird ja immer an sozialen gespart und so wie wir in [STADT 6] keine allgemeine soziale Beratung oder keine Schuldnerberatung oder keine Drogen- und Suchtberatung mehr haben, so werden natürlich auch die Angebote für Kinder und Jugendliche zurückgeschraubt.“ (B 268 - 272). Auch diese Aussage lässt sich durch den Beitrag von Grigori gut stützen. So zeigt die Autorin, dass extrem rechte Akteur*innen ihre Jugendarbeit unter anderem mit einer angeblichen Krise der Jugend begründen und dabei Probleme wie Perspektivlosigkeit ansprechen. Gleichzeitig betont sie, dass rechte Angebote insbesondere dort wirksam werden können, wo Angebote für eine junge Zielgruppe lebensweltnah gestaltet werden. Die Wirkungen dieser Art von Formaten dürfen laut Grigori dabei nicht unterschätzt werden. Sie verweist zudem darauf, dass gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie ein Rückbau sozialer Infrastrukturen ein Umfeld schaffen können, in dem menschenrechtliche und demokratische Orientierung in der Jugendarbeit besonders aktiv sichtbar gemacht werden muss (vgl. Grigori 2020: 17 f.).

Des Weiteren beschreibt B Familien, in denen „Eltern, die im Bürgergeldbezug sind und noch nie gearbeitet haben als Vorbild, also bildungsfern auch in der Regel, die häufig auch mit Alkoholproblematik oder anderen Drogen, die kümmern sich nicht um ihre Kinder.“ (B 272 - 282). Für die Kinder bedeutet das laut B: „Da findet das Leben der Kinder und Jugendlichen halt auf der Straße statt und wenn dann jemand kommt und so einen sicheren Hafen bietet. (...)“ (B 272 - 282). Hierbei zieht B explizit Parallelen zu ihrer eigenen Jugend in den 1990er Jahren (B 272 - 282). Die Schilderung von B lässt sich an Forschungen zu sozialer Desintegration und Anerkennungsdefiziten belegen. Jugendliche, die in ihren Familien oder schulischen Kontext nur wenig verbindliche Unterstützungen, Bindungen und / oder Anerkennung erfahren, fühlen sich zu Gruppen stärker hingezogen, die die Zugehörigkeit steigern und einen Status anbieten. Diese Funktionen können in diesem Sinne auch durch rechtsextreme Cliquen oder Ideologien erfüllt werden (vgl. Sitzer / Heitmeyer 2007: 6 f.). Empirische Studien zeigen ebenso, dass ökonomische Unsicherheiten in der Herkunftsfamilie mit einer höheren Affinität zu

extrem rechten Orientierungen und fremdenfeindlichen Einstellungen zusammenhängt (vgl. Siedler 2006: 3 ff.). Auch aktuellere Arbeiten befassen sich mit der Thematik und diskutieren außerdem, dass soziale Deprivation und Einsamkeit Radikalisierungsprozesse begünstigen können, da extreme Milieus sich Anschluss und Entlastung von der gesellschaftlicher Isolation erhoffen (vgl. Langenkamp 2025).

Ebenso beschreibt B die Kirche als Gegenpol mit einer begrenzten Reichweite: „Wir haben als Gegenpol tatsächlich immer nur die Kirche, die noch mal was anderes vermittelt. Aber die ist halt nicht cool.“ (B 282 - 286). Laut B kämen dort „Kinder und Jugendliche zusammen, die in Führungsstrichen anders sind. Die schon früh spüren, dass sie vielleicht homosexuell sind, dass sie einen Migrationshintergrund haben.“ (B 282 - 286). An einem speziellen Beispiel aus ihrem Alltag weist B auf die unreflektierte Wiedergabe von rechten Narrativen durch Kinder hin. B berichtet, ein Mädchen mit Migrationshintergrund habe auf ihrem Handy über einen Anschlag gelesen und dabei geäußert: „Ach, diese Ausländer wieder.“ (B 286-292). Dazu kommentiert B: „Da spürt man, wie wenig reflektiert das ist. Ja, ich glaube tatsächlich, Kinder und Jugendliche ohne viel elterlichen Einfluss in der Schule wird es nicht thematisiert oder aufgegriffen.“ (B 286 - 292). Gleichzeitig geht B auf die existierenden Präventionsmaßnahmen ein, die aber laut ihrer Aussage zu wenig gestreut sind: „Also präventiv wird tatsächlich wenig getan, wir haben einen Respektcoach und die betreut halt zwei Schulen. Und sagt, eigentlich bräuchten wir das in jeder Klasse, in jeder Schule.“ (B 301 - 305). Über den Einflussfaktor von Social Media fügt B zusätzlich hinzu: „Dann gibt es TikTok, Facebook für die Alten und Instagram. Und wer da das Sagen hat, das weiß man ja mittlerweile auch. Dazu gibt es halt kein Gegengewicht. Ich glaube, das ist das größte Problem.“ (B 305 - 307). Zu dieser Aussage liefert B ein direktes Beispiel aus ihrem Umfeld. Ein 17-Jähriger aus bürgerlichem Elternhaus äußerte „die kommen ja nur her wegen des Geldes“. Aussagen wie diese ordnet B als „Snippet von TikTok“ ein (B 367 - 372). Im gleichen Zuge schlägt B einen Bogen zu den Wahlergebnissen: „Es gab gerade diese Umfrage für Bundestagswahl U18 (...) Wo wir in den neuen Bundesländern über 30 % der unter 18-Jährigen haben, die die AfD wählen.“ (B 392 - 394). Im Alltag der Jugendlichen schildert sie heterogene Peer-Gruppen: „Du musst mit denen, die da sind irgendwie und dann bist du auch mit dem Nazi befreundet und der eine ist ein bisschen extremer und der eine ist ein bisschen liberaler und der andere ist eigentlich links, aber sagt es nicht. Die miteinander müssen irgendwie klarkommen und die brauchen Unterstützung.“ (B 382 - 389).

7.7 Rolle des christlichen Trägers und Teamkultur

B beschreibt ihren Träger als christlich geprägt. So beschreibt sie in Bezug auf ihren Träger: „Wir unterschreiben jetzt eine Loyalitätserklärung, aber trotzdem spürt man das ‚C‘ ganz deutlich.“ (B 638 - 644) und hebt eine starke Fehlerkultur und Fürsorge hervor: „(...), dass Fehlerkultur sehr hochgehalten wird, dass keiner da verloren gehen darf, was, so der Slogan ist, wirklich gelebt wird.“ (B 638 - 644). Gleichzeitig erwähnt B die Möglichkeit freiwillig zu spenden in Form von zum Beispiel „Aufrunden“, sodass „immer ein paar Cent in so eine Stiftung gehen für Mitarbeitende, die in schwierigen Situationen kommen.“ (B 638 - 644). Ebenso hebt sie in Bezug auf den christlichen Träger hervor, dass Teammeetings „immer mit einer Besinnung, die kann auch weltlich sein.“ beginnen (B 644 - 653). Im Zusammenhang mit ihrer Arbeit beschreibt B den „sozialen Faktor“ und die „Menschlichkeit“ als „extrem hoch, der Umgang untereinander und natürlich auch mit den Klient*innen.“ (B 644 - 653). Diese Unternehmenskultur sieht B als Schutz: „Ich glaube, dass das schon ein gutes Instrument ist, um extreme Gesinnungen fernzuhalten und auch zu erkennen.“ (B 644 - 653).

Im gleichen Zuge geht B auch darauf ein, wie ihr Team regelmäßig sensible Themen bearbeitet: „In den Teammeetings habe ich immer einen Part drinnen, wo wir über Transgender reden, wo wir über gleichgeschlechtliche Beziehungen reden, da ist nicht jeder offen für, das ist schon gerade im christlichen Kontext, beißt sich das manchmal auch, aber wir sind im Kontakt und wir sind in Kommunikation.“ (B 653 - 656). Es sei „auch okay, wenn jemand sagt, Uh ich fühle mich damit gar nicht so gut, aber dann haben wir darüber gesprochen, warum eigentlich und warum es aber wichtig ist, den Menschen, der davon betroffen ist, trotzdem gegenüberzutreten.“ (B 653 - 659). Am Ende zieht sie ihr Fazit: „Ich denke immer, dass Bildung und Kommunikation eigentlich das Einzige ist, was hilft.“ (B 673 - 681).

7.8 Gegenstrategien und institutionelle Maßnahmen

Als zentrale Strategien gegen extrem rechte Einflussnahmen nennt die befragte Person A Aufklärung, Gespräche und Fortbildungen. Grundsätzlich sei es für A wichtig: „auf(zu)klären, mit den Leuten reden.“ (A 293 - 296). Ebenso schätzt A die Situation realistisch ein: „(...) aber ich glaub Zeit des Redens, das muss man machen, aber es wird schwierig werden.“ (A 293 - 296). Angesichts der zunehmenden Öffentlichkeit rechtsextremer Meinungen fordert A, „mehr in den Diskurs“ zu gehen und zu zeigen, „dass es eben auch anders laufen kann.“ (A 293 - 296).

A betont, dass Rechtsextremismus aus ihrer Sicht auch mit wirtschaftlichen Deutungen zusammenhängt. Viele Menschen blenden laut A aus, „dass es kaum ein Land gibt, wo es den Leuten so gut geht wie in Deutschland.“ (A 296 - 303). Gleichzeitig hält sie dagegen, dass Sozialleistungen nicht von Geflüchteten „weggenommen“ werden: „Der Hartz 4 Empfänger oder Bürgergeldempfänger würde auch nicht mehr bekommen, wenn die Asylbewerber nicht da wären oder Flüchtlinge nicht da wären. Aber das geht in deren Hirn nicht rein, weil es einfach geschürt wird.“ (A296 - 303). Ihr Fazit zur Gegenwirkung dieser rechten Narrativen und Einflussversuche bleibt: „Ich würde immer aus dem Bauch sagen, ja, redet mit den Leuten, aufklären, aufklären, aufklären. Schwierig.“ (A 296 - 303).

Auf Einrichtungsebene reagiert A vor allem mit Fortbildungs- und Netzwerkstrategien. A fasst zusammen: „Wir machen Fortbildung.“ (A 308). Konkret berichtet A von einem Workshop mit der [EINRICHTUNG 3]: „(...) einen Workshop (...) zum Thema Stammtischparolen, wie ist meine Haltung? Wie gehe ich darauf ein? Mit welchen Argumenten kann ich kommen? Und das versuchen wir auch bei den Vereinen oder an den Verein weiterzugeben.“ (A 89 - 94). Darüber hinaus verweist sie auf externe Fachstellen: „Das sind Gesellschaften, an die man sich wenden kann, wenn man mit Rechtsextremismus in Berührung gekommen ist. (...) Und werde auch die Ehrenamtlichen dazu einladen, weil es ganz wichtig ist, dass Fortbildungsmaßnahmen und Weiterbildungsmaßnahmen, das braucht momentan jeder.“ (A 311 - 320).

Auch B sieht einen großen Mehrwert in Bildungsangeboten und Aufklärungen in Form von Kommunikation. Gleichzeitig spricht sie noch den Faktor der Sicherheit an und die finanzielle Sicherung von sozialen Angeboten, welche präventiv wirksam sind. So äußert sich B konkret auf die Frage nach möglichen Gegenstrategien wie folgt: „Bildung, Bildung, Bildung. Bildung und Sicherheit. Also wenn wir die ganzen Unsicherheitsfaktoren irgendwie abgebaut kriegen, dann haben wir eine Chance.“ (B 524 - 525). Gleichzeitig äußert sie starke Kritik an der strukturellen Unterfinanzierung der Sozialen Arbeit und innerhalb des Bildungssystems: „Es wird ja immer am Sozialen gespart.“ (B 268 - 272). Hierbei nimmt sie direkt Bezug auf den Jugendmigrationsdienst, wo Mittel „so massiv gekürzt“ worden sind, „dass in [STADT 4] von drei auf eine Stelle gekürzt wurde.“ (B 571 - 577). Ebenso kritisch beleuchtet B die Projektlogik vieler Förderprogramme: „Also ich glaube diese ganzen kleinen Popelprojekte so schön die Ideen auch immer sind, sehe ich keine Chance. Das bringt nichts, das sind dann wieder drei Jahre und dann verschwindet das in einer Versenkung. Also grundsätzlich bitte keine Förderprojekte mehr, das hilft nicht. (...) Da brauchen wir feste Strukturen, Institutionen, die auskömmlich finanziert werden.“ (B 555 - 561).

In Bezug auf Kommunikation mit Menschen aus dem rechten Spektrum betont B deutlich: „Und nicht mit den gleichen Mitteln arbeiten, also Kommunikation, weil wenn ich jemanden anschreie, werde ich ihn nicht überzeugen.“ (B 526 - 530). Sie erkennt zwar, „dass es extrem schwierig“ ist, „weil man ja auch nicht emotionslos sein kann“ (B 526 - 530), markiert allerdings eindeutig und langfristig „gute Bildungsarbeit und Sicherheit“ für den einzigen Weg (B 526 - 530). Im Umgang mit der umfangreichen und oft ungefilterten Medienlandschaft beschreibt B, welche Problematik sie an dieser Stelle sieht: „Wir haben Spotify, wir haben Soziale Medien, ich kann mir aussuchen, welche Kanäle ich abonniere, um Informationen zu erhalten.“ (B 536 - 545). Hierbei betrachtet sie kritisch, dass viele Nutzer*innen keine Faktenchecks nutzen: „Das benutze ich, weil ich es in meinem beruflichen Kontext den Zugang dazu habe, überhaupt habe, weil ich davon erfahre.“ (B 536 - 545). Daraus schließt B: „Deshalb glaube ich tatsächlich, dass wir nur die Chance über die Schulen haben und das in dem Fall jetzt auch die große Politik helfen kann.“ (B 536 - 545).

Zum Schutz von Räumen und Zielgruppen formuliert A klare institutionelle Grenzen. In einem offenen Treff werden Personen, die sich rassistisch äußern, „des Hauses verwiesen“ (A 324 - 329). Sie betont: „Also wir sind ein offener Treff für alle, egal welcher Nationalität, welcher Religiosität, welcher Farbe, ist völlig egal.“ (A 324 - 329). Dies setzt voraus, „(...) dass unsere Mitarbeiter geschult“ sind. (A 324 - 329). Darüber hinaus verfolgt A im Bereich der Ehrenamtsvermittlung individuelle Präventionsstrategien. So erzählt sie, dass sie im digitalen Raum Personen entfernt, die sich offen rechtsextrem äußern, aus den Social-Media-Kanälen der Einrichtung: „(...) wer sich da öffentlich zu Rechtsextremismus bekennt, schmeiß ich raus und da achte ich und dass, deswegen trifft es doch schon irgendwie meine Arbeit, dass ich schon schaue, was sind das für Menschen, die ich dorthin vermitteln und ich treffe mich ja eben auch mit denen, also ich mach das nicht, OK, sie suchen was und das und das, und dann gebe ich Ihnen das.“ (A 163 - 166). Hieraus wird deutlich, dass die individuelle Schutzstrategie von A teilweise aus persönlichen Gesprächen mit Interessent*innen für das Ehrenamt besteht. Sie führt weiter aus: „Ich begleite auch diesen Prozess und möchte auch die Menschen, die sich betätigen wollen, kennenlernen (...) Und sollte sich da jemand rechtsextrem äußern, den würde ich auch nicht vermitteln. Da würde ich sagen tschüss.“ (A 164 - 170). Hierbei gibt A an, Social Media Profile gezielt als Prüfmedium zu nutzen: „(...) und dann mach ich schon mal so einen Cross Check. Wie äußert die sich? Und wer da ständig die AfD Parolen weiterveröffentlicht oder andere Leute einfach total schlecht macht, (...) dann ist das so.“ (A 179 - 182). Auf den ersten Blick könnte diese Aussage widersprüchlich wirken, da A zu Beginn darauf verwies, Aufklärung und Diskurse führen sei eine wirkungsvolle Gegenstrategie. Dies lässt sich als pragmatische Doppelstrategie

verstehen. A setzt in ihrer Arbeit auf Aufklärung und Gespräche als allgemeine Präventions- und Deeskalationspraxis, zieht jedoch gleichzeitig im konkreten Vermittlungskontext eine klare Schutzgrenze. In den Diskurs zu gehen erscheint laut den Interviewaussagen dann als sinnvoll, wo eine mögliche Gesprächsbereitschaft vermutet wird. Die Ehrenamtsvermittlung wird jedoch als Vertrauensraum gewertet, in welchem Teilnehmer*innen und Engagierte vor Abwertung oder potenzieller Gewalt geschützt werden sollen. Damit ist die Aussage nicht direkt als Widerspruch zu bewerten, sondern eher als Spannungsfeld zwischen demokratischer Bildungsarbeit und institutioneller Verantwortung. Ebenso betont A, dass man in persönlichen Unterhaltungen bereits einen guten Eindruck davon generieren kann, ob eine interessierte Person für das Ehrenamt geeignet ist: „Man kriegt das ja da auch im Gespräch raus. Man sagt, OK, (...) wo sind ihre Interessen? Was würden Sie da ganz gerne machen? Würden Sie auch Deutschunterricht geben können. Niedrigschwellig Deutschunterricht für Personen mit Migrationshintergrund (...). Das und da entwickelt man schon ein Gefühl dafür.“ (A 181 - 186). A beleuchtet ihr Vorgehen differenziert und äußert sich gleichzeitig zu Herausforderungen im Bezug auf größeren Organisationen. Sie verweist darauf, dass diese auf persönliche Einschätzung gestützte Strategie in ihrer vergleichsweise kleinen Struktur gut funktioniert, sieht jedoch massive Herausforderungen bei größeren Organisationen: „Das lässt sich wahrscheinlich in meinem Fall ganz gut durchziehen. Aber bei größeren Organisationen oder auch Vereinen ist das wahrscheinlich schwieriger.“ (A 196 - 197).

Schließlich verweist A auf geschichtsbezogene Bildungsarbeit als Mittel gegen die Verharmlosung rechtsextremer Ideologien. So äußert sie: „Ich würde die mal alle nach Auschwitz schicken, damit sie einfach mal ein Gefühl dafür kriegen, was ist da eigentlich passiert?“ (A 223 - 225). Damit betont sie die Bedeutung historischer Lernorte, um die NS-Verbrechen ins Bewusstsein zu rücken und gegen Relativierungen zu arbeiten.

Insgesamt zeigt das Interview mit Person A, dass das Ehrenamt im ländlichen Raum einer Doppelbewegung ausgesetzt ist. Auf der einen Seite steht eine stark engagierte, überwiegend ältere und weibliche Ehrenamtsbasis, ergänzt durch eine wachsende Gruppe junger Menschen mit Migrationshintergrund. Auf der anderen Seite wirken zunehmende Anfeindungen, eine Normalisierung rechtsextremer Sprache und ein spezifisches Bedrohungsklima, insbesondere in integrationsbezogenen Feldern des Ehrenamtes. Person A reagiert darauf mit einer Kombination aus klaren institutionellen Grenzen, individueller Vorauswahl, Netzwerkarbeit und Fortbildungsangeboten. Gleichzeitig hebt sie die Grenzen dieser Strategie im Kontext mit anderen

Organisationsstrukturen hervor und angesichts eines sich verschärfenden gesellschaftlichen Klimas.

7.9 Zusammenfassung der Kerninhalte

Im Kapitel 4.1 wurde bereits auf die Einflussnahme in Form von „Strukturen angreifen“ eingegangen. In den Interviews zeigt sich diese Form in vielfältiger Ausführung. So auch am Beispiel der Aussage von A, wo Ehrenamtliche durch Anfeindungen ihr Engagement abbrechen: „Bei zwei Fällen weiß ich, dass sie gesagt haben: Ich halte das nicht mehr aus. Such mir bitte was anderes, ich kann nicht im Flüchtlingsheim unterstützend wirken oder helfen, weil ich so angefeindet werde in meinem Umfeld, das geht nicht mehr.“ (A 113 - 115). Ebenso beschreibt B vergleichbare Dynamiken aus der Kommunalpolitik, wenn rechte Akteur*innen gezielt Druck erzeugen, sodass Menschen sich zurückziehen oder sich weniger klar positionieren in der Öffentlichkeit: „Also ich habe im letzten Jahr auch stark darüber nachgedacht, ob ich mich denen noch mal stelle, weil ich von Kolleginnen aus anderen Dörfern weiß, dass die Rechten da massiv Druck machen. Die stehen in einer Bürgersprechstunde. Also wenn man deutlich links ist, dann hat man Übergriffe zu erwarten. Das heißt, wenn man deutlich links ist, macht man das entweder nicht mehr oder man zeigt das nicht so deutlich.“ (B 143 - 148). Beide Beispiele zeigen, wie extrem rechte Akteur*innen bestehende, ehrenamtliche und kommunale Strukturen schwächen, indem sie die Handlungsfähigkeit und Sichtbarkeit durch Einschüchterung begrenzen.

Im Kapitel 4.2 lässt sich ergänzend die Einflussnahmen „Bedrohen“ als Querschnittsstrategie herausarbeiten. A beschreibt, dass Ehrenamtliche eine „diffuse Angst“ entwickeln, weil sie im Alltag Anfeindungen aus ihrem Umfeld erleben: „diffuse Angst (...) bin von meinem Nachbarn angefeindet worden, warum ich dahingehe“ (A 98 - 102). Gleichzeitig zeigt sich Einschüchterung auch als Sicherheitsrisiko bei öffentlichen Auftritten, wenn Personen mit Migrationshintergrund involviert sind. „(...), dass man da Angst haben muss einen Auftritt hinzulegen“ (A 278). B benennt diese Bedrohung explizit als Drohkulisse: „(...) dieses Spiel mit der Angst, eine Drohkulisse aufzubauen (...) Fotos machen, Videos machen, zu zeigen, wir sehen dich, wir wissen, wer du bist.“ (B 434 - 437) und ordnet dies als Strategie ein „Leute mundtot zu machen“ (B 444 - 445). Insgesamt belegen die Aussagen aus den Interviews, dass „Bedrohen“ darauf abzielt, Engagement und demokratische Positionen durch Angst, Beobachtung und soziale Sanktionierung einzuschränken, sodass sich Betroffene weniger zeigen, zurückziehen oder Angebote nur noch mit Sicherheitsbedingungen durchführen.

Im Kapitel 4.3 wurde außerdem die Einflussnahme über „sozialräumliche Inszenierungen“ thematisiert. Innerhalb des Interviews mit A wird diese Form sehr anschaulich über das Auftreten rechter Akteur*innen auf Demonstrationen beschrieben: „(...) die tragen wieder ihre Springerstiefel. Sie tragen wieder ihre Bomberjacken, sie sind schwarz ver mummt, das ist schon angsteinflößend. Sind das alles irgendwelche Kanten. Die sind dann auch nicht fröhlich, sondern das ist ja auch dieses Gehabe extremst aggressiv aufzutreten.“ (A 260 - 262). B ergänzt ähnliche Beobachtungen für ländliche Räume und nennt konkrete Situationen bei öffentlichen Veranstaltungen: „(...) wenn so Demokratiefeste in kleinen Dörfern sind. Da kommen die Rechten und stellen sich demonstrativ hin.“ (B 158 - 160). Zudem wird diese Inszenierung als Drohkulisse beschrieben und über das Überwachen durch das Filmen der Akteur*innen konkreter beschrieben: „Fotos machen, Videos machen (...) zu zeigen, wir sehen dich.“ (B 435 - 436). Zusammengenommen belegen diese Stellen, dass sozialräumliche Inszenierungen weniger über inhaltliche Debatten funktionieren, sondern über sichtbare Präsenz und Bedrohungsatmosphäre, welche Engagierte im Alltag einschüchtert.

Im Kapitel 4.4 wurde auch „Agenda Setting“ angesprochen. A beschreibt im Interview eine Verschiebung vom Subtilen ins Offene: „Also bis vor zwei Jahren war es noch so subtil. Jetzt sagt auch jeder, dass er die AfD wählt.“ (A 107 - 108). Gleichzeitig zeigt sich „Agenda Setting“ darin, dass Vereine, Träger und Ehrenamtliche sich vermehrt gegen rechtspopuläre Narrative wappnen müssen: „Und wie gesagt, ich weiß, dass Vereine, die zu mir kommen und Beratung brauchen die sagen ja, aber uns werden diese Stammtischparolen immer größer. Was machen wir dagegen?“ (A 84 - 86). B benennt sehr klar typische Diskursstrategien wie das Meinungsfreiheits-Narrativ: „(...) man darf ja gar nichts mehr sagen, als gäbe es tatsächlich n Angriff auf die Meinungsfreiheit, ohne einzuordnen, dass man durchaus bestimmte Sachen nicht sagen darf, wenn man andere damit einschränkt.“ (B 432 - 434). Zusätzlich wird eine gezielte, eher verdeckte Einflussnahme in jugendbezogenen Räumen geschildert: „Die gehen in die Jugendclubs, aktivieren die Jugendlichen, machen mit denen Sachen, benutzen die, um Plakate aufzuhängen, stacheln sie an, Plakate von anderen Parteien abzumachen und so weiter. Das ist glaube ich keine offizielle Soziale Arbeit, sondern tatsächlich eher. Wir gehen dorthin, ehrenamtliches Streetwork würde ich es vielleicht nennen von den Rechten.“ (B 256 - 259). Diese Aussagen stützen insgesamt, dass „Agenda Setting“ darauf abzielt, Diskurse zu normalisieren, zu verschieben und alltägliche Themen- und Deutungsrahmen zu prägen. Dies geschieht teilweise subtil über die sogenannten „Stammtischparolen“ und teilweise auch durch konkrete Praxis in Sozialräumen wie Jugendclubs.

8 Fazit und Ausblick

Diese Masterarbeit ging der Frage nach, welche wahrgenommenen Erfahrungen mit rechtsextremen Einflussnahmen Akteur*innen im Ehrenamt und bürgerlichen Engagement in Mecklenburg-Vorpommern machen und welche Strategien sie entwickeln, um Mitglieder zu schützen, sowie Werte und Ziele ihrer Organisation zu wahren. Zur Beantwortung der Forschungsfrage und mit dem Ziel, praxisnahe Erfahrungsberichte zu erfassen, wurden zwei leitfadengestützte Expert*inneninterviews mit Fachkräften aus der Sozialen Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern geführt und qualitativ ausgewertet.

Aus den Interviews geht deutlich hervor, dass „Einflussnahme“ im Feld des Ehrenamtes nicht nur als klar abgrenzbarer „Vorfall“ wahrgenommen wird, sondern häufig als schleichender Prozess, der sich in Diskursverschiebungen, sozialen Sanktionen und einer veränderten „Sagbarkeit“ rechter Positionen ausdrückt. Besonders eindrücklich ist hierbei die Zunahme rechtsextremer Stammtischparolen in Vereinen, die in der Beratungspraxis als wachsende Herausforderung benannt wird. Diese Verschiebung zeigt sich zugleich darin, dass extrem rechte oder rechtspopulistische Positionierungen weniger verdeckt, sondern offener vorgetragen werden. Dies geschieht etwa dann, wenn die Ablehnung von Geflüchtetenunterkünften oder die explizite AfD-Wahlabsicht ohne große Hemmung ausgesprochen wird. Insbesondere das ehrenamtliche Engagement in Bereichen der Migration und Flucht stehen in der Konsequenz unter einem erhöhten Konfliktdruck. Durch soziale Abwertung und Sanktionierung wird das Ehrenamt delegitimiert, was zu einer Erschwerung von Zugängen zu Unterstützungsstrukturen führen kann und in einzelnen Fällen zum Rückzug oder Abbruch der Tätigkeit. Neben diesen diskursiven Dimensionen treten Bedrohungen und Einschüchterungen als weitere zentrale Erfahrungsaspekte hervor. In den Interviews wird beschrieben, dass extrem rechte Akteur*innen über Angst, Beobachtung und das demonstrative Sichtbarmachen von Engagierten eine Drohkulisse aufbauen. So wird berichtet, wie rechte Akteur*innen zum Beispiel ungefragt Fotos von engagierten Personen oder Teilnehmer*innen auf Demonstrationen machen und diese im Netz veröffentlichen. Diese Strategie dient dem Zweck, die Personen einzuschüchtern und sie „mundtot zu machen“ oder zumindest ihre öffentliche Meinungsäußerung zu begrenzen.

Solche Einflussnahmen wirken nicht nur individuell belastend, sondern treffen auch Strukturen. Wenn Ehrenamtliche aufgrund von Anfeindungen im eigenen Umfeld nicht mehr in Unterkünften unterstützen können oder wollen, schwächt dies die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher Angebote. Hierbei werden Einflussnahmen nicht ausschließlich über Inhalte ausgetragen, sondern auch über sozialräumliche

Inszenierungen in Form einer klar erkennbaren Präsenz im öffentlichen Raum der rechten Akteur*innen, demonstratives Auftreten bei Veranstaltungen und das Erzeugen einer bedrohlichen Atmosphäre, die im Alltag einschüchtert. Ergänzend wird „Agenda Setting“ als Strategie sichtbar, die darauf abzielt Deutungsrahmen zu normalisieren und Verschiebungen im Alltagsdiskurs zu manifestieren. Dies geschieht teilweise über subtile wiederkehrende Parolen und teilweise auf sehr praktischer Ebene in jugendbezogenen Räumen, wenn rechte Akteur*innen gezielt Jugendclubs aufsuchen und Jugendliche aktivieren.

Die Ergebnisse verweisen zudem auf sozialräumliche Besonderheiten Mecklenburg-Vorpommerns, welche die Einflussnahmen begünstigen können. Gerade im ländlichen Räumen wirken geringe Anonymität, enge soziale Netzwerke und begrenzte Rückzugsmöglichkeiten als Verstärker. Sowohl extrem rechte Akteur*innen als auch Engagierte sind häufig namentlich bekannt, wodurch Engagement für Vielfalt und Demokratie schneller zur Zielscheibe werden kann. Gleichzeitig zeigt sich hier auch eine Ambivalenz. Die gegenseitige Bekanntheit und lokale Verzahnung kann unter bestimmten Bedingungen ebenso Schutz bieten, wenn sie solidarische Unterstützungsnetze aktivieren und ausbauen. Mit Blick auf Schutzfaktoren und Gegenstrategien wird deutlich, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen nicht auf eine gezielte Maßnahme setzen, sondern ein Bündel von Strategien entwickeln müssen. In den Interviews wird eine Kombination aus klaren institutionellen Grenzen, Fortbildungs- und Sensibilisierungsangeboten, individueller Vorauswahl im Ehrenamtskontext, sowie Netzwerkarbeit beschrieben. Zugleich wird in den Interviews betont, dass solche Strategien in größeren oder anders strukturierten Organisationen an Grenzen stoßen könnten und sich die Wirksamkeit angesichts eines sich verschärfenden gesellschaftlichen Klimas nicht automatisch vorausgesetzt werden kann.

Übergreifend stützen die in der Arbeit herangezogenen Befunde außerdem, dass Schutz nicht allein als Sicherheitsfrage verstanden werden darf. Neben physischen und juristischen Maßnahmen werden psychosoziale Unterstützung, institutionelle Reflexionsräume und solidarische Öffentlichkeitsarbeit als entscheidend hervorgehoben. Besonders relevant sind gut vernetzte Strukturen, die rechtliche, finanzielle und emotionale Unterstützungen bündeln, damit engagierte Personen im Ehrenamt langfristig handlungsfähig bleiben. Ebenso sind die Ergebnisse dieser Arbeit in ihrer Reichweite wie folgt einzuordnen: Das qualitative Design mit zwei verschiedenen Interviews ermöglicht dichte Einblicke in Wahrnehmungen, Deutungen und Praxisstrategien, beansprucht jedoch keine Repräsentativität. Gerade deshalb erscheint es sinnvoll, die gewonnenen Perspektiven als Ausgangspunkt zu nutzen, um

weiterführende Forschung anzuschließen, wie zum Beispiel durch zusätzliche Interviews mit Ehrenamtlichen selbst, Vereinsvorständen und Akteur*innen aus unterschiedlichen Bereichen des Ehrenamtes. Ebenso erscheint es sinnvoll durch sozialräumliche Designs die Rolle von Sichtbarkeit, Anonymität und lokale Machtverhältnisse näher zu untersuchen. Zusätzlich legt diese Masterarbeit nahe, dass Prävention und Schutz vor Einflussnahmen langfristig angelegt sein müssen. Durch Austauschformate, Ressourcen, Wissenstransfer und gemeinsam entwickelte Strategien können Belastungen abgefedert und Resilienzprozesse ausgebaut werden.

Insgesamt zeigt die Masterarbeit, dass Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern zugleich demokratischer Möglichkeitsraum und Ziel rechtsextremer Einflussnahmen sein kann. Einflussnahmen manifestieren sich dabei sowohl als Diskursverschiebung und Normalisierung als auch als Einschüchterung, Bedrohung und strategische Schwächung von Unterstützungsstrukturen. Dem begegnen Akteur*innen mit einer Mischung aus Haltungsklärung, Grenzziehung, Qualifizierung, Netzbildung und Schutzkonzepten, deren Tragfähigkeit jedoch wesentlich davon abhängt, ob sie durch stabile institutionelle und solidarische Strukturen geschützt werden.

Quellenverzeichnis

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2016): *Diskriminierungsrisiken für Geflüchtete in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme*. Verfügbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/diskriminierungsrisiken_fuer_gefluechtete_in_deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=12 [abgerufen am: 09.01.2026]

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2025): *Jahresbericht 2024: Gleiche Chancen für alle*. Verfügbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2024.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [abgerufen am: 10.01.2026]

Aronson, Elliot / Wilson, Timothy D. / Akert, Robin M. / Sommers, Samuel R. (2019): *Social Psychology*. 10. Aufl. New York: Pearson Verlag

Arriagada, Céline / Tesch-Römer, Clemens (2021): Freiwilliges Engagement, politische Partizipation und Einstellungen zur Demokratie. Politische Partizipation. In: Simonson, Julia/ Kelle, Nadiya / Kausmann, Corinna / Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden: Springer VS, S. 263–289

Augoustinos, M. / Every, D. (2007): The language of “race” and prejudice: A discourse of denial, reason, and liberal-practical politics. *Journal of Language and Social Psychology*, 26(2), S. 123-141

Ayyadi, Kria (2023): *Parlamentarische Anfragen: Die AfD versucht, Zweifel an der Demokratie zu nähren*. Verfügbar unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/parlamentarische-anfragen-die-afd-versucht-zweifel-an-der-demokratie-zu-naehren-94873/> [abgerufen am: 01.11.2025]

Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (1993): *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Bundeszentrale für Politische Bildung

Bayer, J. / Bárd, P. / Vosyliute, L. / Luk, N. C. (2021): *Strategic Lawsuits Against Public Participation (SLAPP) in the European Union: A comparative study* (Version v.3) [Study commissioned by the European Commission]. Brüssel: EU-CITIZEN: Arcademic Network on European Citizenship Rights. Verfügbar unter: https://commission.europa.eu/system/files/2022-04/slapp_comparative_study_0.pdf [abgerufen am: 05.11.2025]

Bischof, Daniel / Wagner, Markus (2019): Do voters polarize when radical parties enter parliament? *American Journal of Political Science* 63(4): S. 888–904.

Brown, K. / Mondon, A. / Winter, A. (2023): The far right, the mainstream and mainstreaming: Towards a heuristic framework. *Journal of Political Ideologies*, 28(2), S. 162-179

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): *16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter* (Drucksache 19/24200). Berlin: BMFSFJ, Verfügbar unter: <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238> [abgerufen am: 03.11.2025]

Bundeszentrale für politische Bildung (2014): *Debatte um die Extremismustheorie* [Video], Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/200097/debatte-extremismustheorie/> [abgerufen am: 13.09.2025]

Burzlauff, M. / Kindler, T. / Schwartz-Tayri, T. (2025): The engagement in policy practice of social workers in Germany and Switzerland – A comparative study. *The British Journal of Social Work*, 55(4), S.1889-1905. Verfügbar unter: <https://academic.oup.com/bjsw/article/55/4/1889/7998838> [abgerufen am: 09.01.2026]

Kopke, C. / Rensmann, L. (2000): Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 45(12), S. 1451-1462

CLAIM (2025): *Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus: Antimuslimische Vorfälle in Deutschland 2024* (Ausgabe 2025), Verfügbar unter: https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2025/06/claim_lagebild-2024-stand-17.6.25-1.pdf?x49682 [abgerufen am: 10.01.2026]

Deckert, O. / Weißmann, M. / Kiess, J. / Brähler, E. (2010): *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/do/07504-20120321.pdf> [abgerufen am: 20.10.2025]

Demokratiebahnhof Anklam e. V. (2025): Was ist der Demokratiebahnhof? *Demokratiebahnhof Anklam e. V.* Verfügbar unter: <https://demokratiebahnhof.de/bahnhof/spenden> [abgerufen am: 01.10.2025]

Demokratiebahnhof Anklam e.V. (2017): Menschenverachtender Brand- und Farbanschlag auf das Jugend- und Kulturzentrum Demokratiebahnhof in Anklam, *Demokratiebahnhof Anklam e. V.* Verfügbar unter: <https://demokratiebahnhof.de/aktuelles/2017/06/menschenverachtender-brand-und-farbanschlag-auf-das-jugend-und-kulturzentrum-demokratiebahnhof-in-anklam> [abgerufen am: 01.10.2025]

Dorn, F. / Gstrein, D. / Neumeier, F. (2024): *Wirtschaft und Stabilität der Demokratie* (ifo Forschungsbericht N.146), München: ifo Institut Verfügbar unter: <https://www.ifo.de/publikationen/2024/monographie-autorenschaft/stabile-demokratien-wirtschaftlich-schweren-zeiten> [abgerufen am: 10.01.2026]

Dresing, T. / Pehl, T. (2018): *Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende*. Marburg: Eigenverlag

Ebner, J. (2019): Counter-Creativity: Innovative Ways to Counter Far-Right Communication Tactics. In: Fielitz, M., Thurston, N. (Hrsg.): *Post-Digital Cultures of the Far Right: Online Actions and Offline Consequences in Europe and the US*. Bielefeld: transcript, S. 169-181. Verfügbar unter: <https://d-nb.info/1238392733/34> [abgerufen am: 12.01.2026]

Friedrich-Ebert-Stiftung (2023): *Ergebniszusammenfassung der Mitte-Studie 2022/23: Die Mitte auf Distanz zur Demokratie?*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Verfügbar unter: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91825&token=be50708e89f1f84ed6955ca5a2a54de16902a186> [abgerufen am: 10.01.2026]

Braun, S. / Geisler, A. / Gerster, M. (2009): Die extreme Rechte. Einleitende Betrachtung. In: Braun, S. / Geisler, A. / Gerster, M. (Hrsg.): *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-17.

Friedrich-Ebert-Stiftung (2025): *Zentrale Ergebnisse der Mitte-Studie 2024/25*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Verfügbar unter: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=159793&token=a099ca93e22c1a570a0bd707dadbd78916d8a27f> [abgerufen am: 10.01.2026]

Gille, C. / Krüger, C. / Wéber, J. (2022): *Einflussnahmen der extremen Rechten – Herausforderungen für die Soziale Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa

Grigori, E. (2020): “Jugend im Sturm” oder viel heiße Luft? Zur Jugendarbeit der extremen Rechten. *FORUM für Kinder und Jugendarbeit*, (2), S. 16-19. Verfügbar unter: https://www.kinder-undjugendarbeit.de/fileadmin/user_upload/FORUM_2-2020Teil1.pdf [abgerufen am: 12.01.2026]

Heinze, A.-S. (2020): *Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten*. Baden-Baden: Nomos.

Helmert, C. / Thürling, M. / Treidl, J. / Möning, A. (2022): *Eine Dunkelfeldstudie zum strategischen Einsatz von juristischen Mitteln durch rechtsextreme Akteurinnen gegen die Zivilgesellschaft*. Jena: Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. und Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ). verfügbar unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Dunkelfeldstudie_GegenRechtsSchutz.pdf [abgerufen am: 09.10.2025]

Hewstone, M. / Martin, R. (2023): Sozialer Einfluss. In: Jonas, K. / Stroebe, W. / Hewstone, M. (Hrsg.): *Sozialpsychologie*. 7. Aufl., Berlin und Heidelberg: Springer Verlag, S.265-299

Holtmann, E. / Jaeck, T. / Wohlleben, O. (2023): *Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden: Springer VS

Hüttmann, J. (2011): Extreme Rechte – Tragweite einer Begriffsalternative. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 327-346.

Jesse, E. (2004): Formen des politischen Extremismus. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): *Extremismus in Deutschland*. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme. Wiesbaden: Bundesministerium des Innern. S. 7-24

Katapult MV (2024): Rechtsextreme und antidemokratische Lokalpolitiker:innen. *Katapult MV*. Verfügbar unter: <https://katapult-mv.de/artikel/rechtsextreme-und-antidemokratische-lokalpolitiker-innen/> [abgerufen am: 29.08.2025]

Krüger, C. (2022): Engagement recht(s) extrem: Einflussnahmen der extremen Rechten auf soziales Engagement. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 35(3), S. 527-539. Verfügbar unter: https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb_2022-3_krueger.pdf [abgerufen am: 09.01.2026]

Kuckartz, U. / Rädiker, S. (2022): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. 5. Aufl. Weinheim: Beltz Juventa

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (o. D.): Extremismus: Geschichte und Kritik des Begriffs, *lpb-bw.de*. Verfügbar unter: <https://www.lpb-bw.de/extremismus-kritik?kontrast=0&cHash=0608eb44833d678a3deb5757686350fe> [abgerufen am: 13.09.2025]

Langenkamp, A. (2025): Linking social deprivation and loneliness to right-extreme radicalization and extremist antifeminism. *Current Opinion in Behavioural Sciences*, 63. S. 1-5. Verfügbar unter: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2352154625000440> [abgerufen am: 14.01.2026]

Leber, T. / Mertens, F. / Küpper, B. (2024): *Bedrohung der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit. Kurzbericht aus dem Projekt BEWARE: Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen*. Niederheim: BMBF.

Malteser Hilfsdienst e.V (o.D.): Ehrenamt bei der Freiwilligen Feuerwehr, Malteser. Verfügbar unter: <https://www.malteser.de/aware/stories/einsatz-bei-der-freiwilligen-feuerwehr.html> [abgerufen am: 29.08.2025]

Mayring, P. (2022): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 13. Aufl. Weinheim und Basel: Beltz

Mayring, P. / Fenzl, T. (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, N / Blasius, J. (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. 3. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S.691-706

Menke, M. / Wulf, T. (2021): The Dark Side of Inspirational Past: An Investigation of Nostalgia in Right-Wing Populist Communication. *Media and Communication*, 9 (2), S. 237-249, Verfügbar unter: https://epub.ub.uni-muenchen.de/75813/1/MaC%209%282%29%20-%20The%20Dark%20Side%20of%20Inspirational%20Pasts_%20An%20Investigation%20of%20Nostalgia%20in%20Right-Wing%20Populist%20Communication.pdf [abgerufen am: 11.12.2025]

Pfahl-Traugber, A. (2013): Kritik der Kritik der Extremismustheorie. In: Ders. (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013*. Bonn: Statistisches Bundesamt. S. 31-55

PuLS (2025): Stellungnahme Fraktion PuLS zur Entscheidung des Ausschusses für Kultur und Tourismus vom 29. April 2025 zur Kunst- und Einkaufsnacht. *Wählergemeinschaft PuLS*, Neustrelitz, Verfügbar unter: <https://www.puls-neustrelitz.de/presse/> [abgerufen am:05.10.2025]

Rau, J. (2024): Das Internet als rechtsextreme Erfolgsgeschichte? *Bundeszentrale für politische Bildung*, Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/544565/das-internet-als-rechtsextreme-erfolgsgeschichte/> [abgerufen am: 01.11.2025]

Schroeder, W. / Ziblatt, D. / Borchert, F. (2025): *Is the Brandmauer ("Firewall") Breaking From Below? Party Cooperation with the 'Alternative for Germany (AfD)' in all German Local Government Councils (2019-2024)*. Discussion Papers SP V 2025-501en. Berlin: WZB Berlin Social Science Center.

Siedler, T. (2006): *Family and politics: Does parental unemployment cause right-wing extremism?* IZA Discussion Paper No. 241. Bonn: Institute of Labour Economics.

Simonson, J. / Kelle, N. / Kausmann, C. / Tesch-Römer, C. (2021): Zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2019. In: Simonson, J. / Kelle, N. / Kausmann, C. / Tesch-Römer, C. (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden: Springer VS. S. 1-10

Sitzer, P. / Heitmeyer, W. (2007): Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30250/rechtsextremistische-gewalt-von-jugendlichen/> [abgerufen am: 09.01.2026]

Sommer, H. (2025): Lange Kunst- und Einkaufsnacht in Neustrelitz steht auf der Kippe. In: *Nordkurier*. Verfügbar unter: <https://www.nordkurier.de/regional/neustrelitz/lange-kunst-und-einkaufsnacht-in-neustrelitz-steht-auf-der-kippe-3543451> [abgerufen am: 05.10.2025]

- Sommer, M. / Ratzmann, N. (2022): *DeZIM Research Notes. Bedrohte Zivilgesellschaft. Ergebnisse einer Pilotstudie unter den Modellprojekten im Handlungsfeld „Vielfaltgestaltung“ des Bundes Programms „Demokratie leben!“*. DeZIM Research Notes. Berlin: DeZIM
- Stimpel, T. / Olk, T. (2012): Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen. *GWP- Gesellschaft, Wirtschaft, Politik*, 61 (1), S.35-44, Berlin
- Stöss, R. (2010): *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Struck, O. (2024): *Populismus als Strategie: Mechanismen von Vereinfachungen und falschen Aussagen* (Working Paper Studienförderung Nr.4) Hans-Böckler-Stiftung. Verfügbar unter: [://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008956](https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008956) [abgerufen am: 10.01.2026]
- Tuschling, P. (2024): Begriffe der äußeren Rechten. Rechtspopulismus, Rechtsaußenparteien, Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und Neonazismus. Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/556195/begriffe-der-aeusseren-rechten/> [abgerufen am: 09.09.2025]
- Virchow, F. (2016): Rechtsextremismus: Begriffe - Forschungsfelder - Kontroversen. In: Virchow, F. / Langebach, M. / Häusler, A. (Hrsg.): *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS. S. 5-41
- Vollmer, B. / Karakayali, S. (2018): The Volatility of the Discourse on Refugees in Germany. *Journal of Immigrant & Refugee Studies*, 16 (1-2), S. 118-139. Verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/15562948.2017.1288284> [abgerufen am: 11.12.2025]
- Wodak, R. (2025): Normalising, mainstream, and democratic backsliding: Discursive shifts to the populist far right. In: Sponholz, L., Meuth, A. M., Weiberg, M., Zajak, S., Berger, S. (Hrsg.): *Radicalising the mainstream in Western Europe*. Cham: Palgrave Macmillan. S. 19-37

Wolter, F. / Schiener, J. / Preisendörfer, P. (2020): Einstellungen und Verhalten gegenüber geflüchteten Menschen: Ist die räumliche Distanz von Bedeutung? In: Mays, A. / Dingelstedt, A. / Hambauer, V. / Schlosser, S. / Berens, F. / Leibold, J. / Höhne, J. K. (Hrsg.): *Grundlagen-Methoden-Anwendungen in den Sozialwissenschaften. Festschrift für Steffen-M. Kühnel*. Wiesbaden: Springer VS. S. 561-578. Verfügbar unter: https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-15629-9_30 [abgerufen am: 07.01.2026]

Zick, A. / Küpper, B. / Mokros, N. / Eden, M. (Hrsg.) (2025): *Die angespannte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25*. Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH. Verfügbar unter: <https://www.fes.de/mitte-studie> [abgerufen am: 13.12.2025]